Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

24. April 1978
Jg. 6 Nr. 17

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

1. Mai – Gründe genug, gegen Kapitalisten und Regierung zu marschieren

Überhaupt kein Grund, sich durch die Sozialdemokratie fesseln zu lassen

Recht auf Arbeit! ruft die Sozialdemokratie an diesem 1. Mai noch lauter als in den vorhergehenden Jahren. Das bedeutet, daß die Regierung die Maßnahmen zur kaum noch verhüllten Zwangsarbeit verschärfen will. Verbot der Aussperrung, auch das ruft die Sozialdemokratie in diesem Jahr voller Inbrunst. Es bedeutet, daß sich in den Schubladen des Innen- und Justizministeriums die Pläne zur Einschränkung des Streikrechts zu stapeln beginnen. Verbot der Aussperrung ja, dann aber auch Verbot von Teilstreiks, hört man Kapitalisten und bürgerliche Politiker reden. Es bahnt sich also ein Komplott an. Es ist die Antwort der Kapitalistenklasse auf die Kämpfe der Arbeiterbewegung.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Wehrdienstnovelle der Regierung aufgehoben. In dieser Wehrdienstnovelle war die Gewissensprüfung außer Kraft gesetzt worden, um die Ausdehnung der staatlichen Zwangsarbeit, zu der die Wehrdienstverweigerer seit eh und je gezwungen sind, zu verhüllen. Kasernierung der Wehrdienstverweigerer und Bereitstellung von Dienststellen steckten hinter der angeblichen Liberalisierung des Prüfungsverfahrens bei der Wehrdienstverweigerung. Der Beauftragte für Zivildienstpflichtige, der Sozialdemokrat Iven, hat diese Absicht der Ausdehnung der Zwangsarbeit vor dem Bundesverfassungsgericht vorgetragen, und die Bundesregierung ist bereits dabei, diese Absicht in die Tat umzusetzen [illegible] dienstverweigerung geöffnet, um durch diese Schleusen das Reservoir staatlicher Zwangsarbeiter aufzufüllen. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Wehrdienstnovelle wegen mangelnder Verfassungsübereinstimmung zurückgewiesen hat, wird nicht diese Absicht der Regierung zurückgewiesen, sondern wird die Regierung verpflichtet, bei diesen Maßnahmen einen Zahn zuzulegen. Die Einsatzmöglichkeiten für Dienstpflichtige sollen vermehrt werden und der Einsatz der Dienstpflichtigen soll gegenüber dem Wehrdienst verlängert werden. Seien diese Bedingungen geschaffen, dann könne man auch über eine Liberalisierung des Prüfungsverfahrens reden. Vorher nicht. Schon gehen die drei Parlamentsparteien daran, gemeinsam das Verfassungsgerichtsurteil auszuschöpfen. Was dabei herauskommt, kann man an der Liberalisierung des Abtreibungsparagraphen sehen. Als Fristenregelung hat die Sozialdemokratie damals eine Verschärfung der staatlichen Kontrolle über Familien und Frauen per Gesetz eingeführt. Das Verfassungsgericht hat die Fristenregelung zurückgewiesen, und gemeinsam gingen Sozialdemokratie, FDP und CDU daran, den Rahmen des Urteils auszuschöpfen und die staatlichen Kontrollmaßnahmen noch weiter auszudehnen. Nach diesem Muster läuft jetzt die Liberalisierung des Prüfungsverfahrens für Wehrdienstverweigerer ab. So wie sich die Frauen nach der Reform des Paragraphen 218 in der Beratungsfalle wiederfanden, so sollen sich die Wehrdienstverweigerer nach der Reform des Prüfungsverfahrens in der Kaserne mit zweijähriger Verpflichtung zur Zwangsarbeit wiederfinden. Eine erste Verwirklichung des Rechts auf Arbeit. Arbeit macht frei, stand über den KZs. Über den Zwangsanstalten der Sozialdemokratie, die nicht umsonst dem Ehrenberg-Ministerium unterstellt werden, kann dann „Dem Recht auf Arbeit" stehen. Das Tätigkeitsfeld für die Dienstverpflichteten wird bereits vorbereitet. Der Bundesbahn werden Jahr für Jahr Rationalisierungs- und Entlassungsauflagen gemacht. Im Tarifkampf hat die Bundesbahn den Tarifabschluß von 4,5% im öffentlichen Dienst und bei der Bundespost bis jetzt nicht übernommen. Gleichzeitig rühmt sich die Bundesregierung in ihrem Fi-

Fortsetzung Seite 2

Hafenarbeiterstreiks in Großbritannien

500 Reparaturarbeiter im englischen Hafen Southampton haben auf einer Versammlung am 15.4. einstimmig beschlossen, ihren damals bereits 10 Tage anhaltenden Streik unbeschränkt fortzusetzen. Der Streik richtet sich gegen ein Lohnangebot der Hafenkapitalisten von weniger als 10%. Die Arbeiter fordern den gleichen Lohn wie die übrigen Hafenarbeiter. Der Lohnunterschied beträgt jetzt 6 Pfund (rund 24 DM) pro Woche. Die Kapitalisten hatten eine entsprechende Lohnerhöhung schon zugesagt, sagen aber jetzt, sie könnten die Zusage wegen der Lohnleitlinien der Regierung nicht erfüllen. Der Streik hat zuerst den Containerverkehr, dann den ganzen Frachtverkehr des Hafens unterbrochen.

In Cardiff in Wales hat ein Streik von 250 Schauerleuten den Hafen lahmgelegt. Der Streik richtet sich gegen die Anordnung der Kapitalisten, Paletten mit neuseeländischer Butter beim Entladen in einer Weise zu stapeln, die den Abkommen über die Arbeitsvorschriften widerspricht. Das Schiff mit dieser Ladung liegt schon seit über 14 Tagen im Hafen.

Streik japanischer Lokomotivführer entfacht große Streikwelle

Am Donnerstag, dem 13.4., 0.00 Uhr, legten die Arbeiter und Angestellten von 247 größeren Eisenbahnstationen in Japan die Arbeit nieder. 24 Stunden später traten die 48000 japanischen Lokomotivführer in den Streik. Gegen Rationalisierung, Massenentlassungen und für 9% mehr Lohn ist die Streikfront aufgebaut worden. Die Drohung der Kapitalisten, auf den Lohnkampf mit Aussperrungen und Massenentlassungen zu antworten, konnte die Arbeiter und Angestellten nicht einschüchtern. 80% aller Schnellzugverbindungen in Japan sind lahmgelegt worden. Die Kollegen im Post- und Fernmeldewesen, in der Forstwirtschaft und vielen staatlichen Verwaltungen beteiligten sich an dem 48-Stunden-Streik. Der Streik zwang die Kapitalisten anderer Branchen Angebote vorzulegen: Schiffbau 4,37%, Stahlindustrie 4,2%. Gegen diese Angebote wird der Streik vorbereitet. Am Dienstag, dem 19.4., traten die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Japan wieder in den Streik gegen das Angebot des japanischen Arbeitsministers von 3,8%. 11000 Schauerleute legten die Arbeit nieder. Bei der Eisenbahn, der Post und dem Fernmeldewesen ruhte erneut die Arbeit. Mit einem umfassenden Streik wollen die Arbeiter und Angestellten mehrerer Branchen Ende April die Kapitalisten endgültig in die Knie zwingen.

Rohstoffkartell der Länder der Dritten Welt gegründet

Anfang April hat in Genf eine Konferenz der Länder der Dritten Welt stattgefunden zur Gründung einer Rohstoffkartellorganisation. Vertreter aus 37 Ländern nahmen daran teil. In einer Resolution werden die Länder der Dritten Welt aufgefordert, so rasch wie möglich Mitglied des Rohstoffkartells zu werden und die Zusammenarbeit untereinander zu verstärken. Die Bedeutung des Rohstoffkartells für den Aufbau einer eigenständigen Wirtschaft in den Ländern der Dritten Welt wird betont. Das Kartell soll dem Zweck dienen, feste und gerechte Exportpreise für Rohstoffe zu sichern und darüber die Rohstoffproduktion planmäßig betreiben zu können, die Kaufkraft der Länder der Dritten Welt in bezug auf ihre Importe zu heben sowie die Handelsbilanz auszugleichen, die die Imperialisten durch ständige Erpressungen und Druck auf die Rohstoffpreise immer weiter in die Verschuldung zu treiben versuchen. Gleichzeitig soll das Kartell den Austausch wissenschaftlicher und technischer Forschungsergebnisse unter den Ländern der Dritten Welt organisieren.

Streiks der australischen Hafenarbeiter

Mit einer Welle von kurzen, wiederholten Streiks haben die Hafenarbeiter alle australischen Häfen außer denen an der Westküste lahmgelegt. Die Gewerkschaft fordert eine Lohnerhöhung von 25 australischen Dollar pro Woche. Gleichzeitig kämpfen die Arbeiter in diesen Streiks und mit Überstundenboykott und „Dienst nach Vorschrift" gegen die kapitalistische Rationalisierung.

Am 10.4. wurde in allen Häfen geschlossen gestreikt aus Solidarität mit dem Kampf der Schlachthausarbeiter. Die verhindern seit mehreren Wochen durch Streikposten die Ausfuhr von lebenden Schafen aus Australien im Kampf für ihre Arbeitsplätze. Die Hafenarbeiter weigern sich, die Streikposten der Schlachthausarbeiter zu durchbrechen. Der Streik am 10.4. richtete sich gegen den Versuch der Farmkapitalisten, mit Hilfe von Streikbrechern die Schafe zu verladen, und gegen die Verhaftung von 48 Streikposten.

Massendemonstrationen in Griechenland gegen „Antiterrorgesetze"



Am 14. April fanden in ganz Griechenland große Demonstrationen von Tausenden Arbeitern, Bauern und Studenten gegen den „Antiterrorgesetz"-Entwurf der Regierung Karamanlis statt. (Bild: Protestkundgebung in einem Vorort von Athen.) Der Entwurf sieht für die „Gründung terroristischer Vereinigungen" sowie für deren „Unterstützung" oder die „Beteiligung an ihren Aktienen" die Todesstrafe vor, mindestens jedoch lebenslängliche Haft. Zur „Gründung einer terroristischen Vereinigung" genügen zwei Personen. „Befürwortung" und „Anleitung zu Gewalttaten" sollen mit mindestens zwei Jahren Zuchthaus verfolgt werden. Anfang März hatte Bundeskanzler Schmidt bei seiner Zusammenkunft mit dem griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis geäußert, daß „mindestens die Übernahme des Vertrages des Europäischen Rates zur ‚Terroristenbekämpfung' auch für Griechenland" dringend geraten sei. Im Zusammenhang mit dem anstehenden EG-Beitritt Griechenlands nimmt die Einmischung der Imperialisten immer schärfere Formen an. Der Aufschwung der Kämpfe der Volksmassen in Griechenland ist die Antwort auf diese Einmischung.

Die VW-AG wird zahlen müssen!

Die VW-Arbeiter lassen sich nicht kleinkriegen

Donnerstagnacht um punkt 24.00 Uhr gibt die IG Metall Bezirksleitung Hannover das Urabstimmungsergebnis bei den sechs inländischen VW-Werken bekannt. 71661 stimmten für Streik. Das waren 88,58%. Das war ein großer Erfolg der VW-Arbeiter.

Die IG Metall hatte von vornherein keine Einzelergebnisse bekanntgegeben. Die Streiktaktik war noch nicht festgelegt. Die bürgerlichen Presseleute wollten unbedingt Einzelergebnisse auf der nächtlichen Pressekonferenz erfahren. Sie wurden abgeblitzt.

Zu der Urabstimmung bei VW war es gekommen, nachdem die Tarifkommission das Angebot des VW-Vorstands abgelehnt hatte. Schmücker wollte 5%, 62 Pfennig Vorweganhebung und eine einmalige Zahlung von 150 DM zahlen. Das ist zu wenig, war der einstimmige Beschluß der Tarifkommission.

Blitzartig wurde von den Vertrauensleuten die Urabstimmung vorbereitet. Nur der Hauptvorstand wollte die Urabstimmung nicht beschließen. Dann endlich, am Dienstag, wurde der Beschluß gefaßt.

Am Tag zuvor wurden im Nordverbund die 5% durch die Tarifkommission gebilligt. Heftige Diskussionen fanden in Hamburg auf der Tarifkommissionssitzung statt. 15 bis 20 Redner traten für Ablehnung ein, um einen einheitlichen Tarifkampf mit den Arbeitern von VW zu organisieren. Diese Linie setzte sich nicht durch, trotzdem, 294 gegen 59 ist kein schlechtes Abstimmungsergebnis. Wenn man geschickt weiter operiert, kann noch was werden. Zahlreiche Resolutionen waren bei der Tarifkommission eingegangen, für Ablehnung und man soll es machen wie die VW-Arbeiter. Nach diesem Beschluß war klar, ohne weiteres kann es nicht mehr zum gemeinsamen Tarifkampf zwischen Nordverbund und VW kommen. Dies merkten auch die VW-Arbeiter, die Aktionen werden jetzt reiflicher überlegt, die in der letzten Woche noch an der Tagesordnung waren. Da waren die Arbeiter im Nordverbund noch eine direkte Eingreifreserve. Das ist nicht mehr der Fall.

Keiner arbeitet schnell bei VW, warum auch. Ohne Lohnerhöhung keine Arbeit, damit muß sich Schmükker abfinden. Der Geheimtip bei VW heißt deshalb auch, kauf dir im Moment keinen VW, weiß der Kuckuck, was mit denen im Moment los ist. Da fehlt dies und dann das Teil, komisch. Der Ausstoß ist merklich gestiegen.

Schmücker selber gibt bekannt, die Vorstandsbezüge werden um 16% angehoben. Für Schmücker sind dies im Jahr weit mehr als 100000 DM zusätzlich. Die Wut der VW-Arbeiter wächst. Zu diesem Zeitpunkt laufen die Vorbereitungen der Urabstimmung. Die VW AG organisiert ebenfalls verschiedene Spaltungsmanöver, die letztlich nichts bringen.

So veröffentlicht die VW AG am Donnerstagfrüh in zwölf norddeutschen Zeitungen eine Hetzanzeige, in der die Arbeiter zur Vernunft aufgerufen werden. Die Empörung wächst. Der Graf Lambsdorff prescht für die VW AG vor. Die tarifpolitischen Auseinandersetzungen bei VW sollten die regionalwirtschftlichen Aspekte im Auge behalten, erklärte der Bundeswirtschaftsminister in Braunschweig auf einer Versammlung.

All dies läßt die VW-Arbeiter aber kalt, eher steigt dumpf die Wut über diese Blutsauger. Große Beteiligung bei der Urabstimmung. Der Streik wird mit einer großen Mehrheit beschlossen. Die Stimmung ist gut, die VW-Arbeiter würden sofort in den Streik treten, wenn die IG Metall aufruft. Man muß abwarten was der Hauptvorstand macht. Unterdessen treffen unzählige Solidaritätsadressen ein. Unter anderem schickt die Vertrauenskörperleitung von Opel ein Solidaritätstelegramm. Am Freitag, als das Urabstimmungsergebnis raus ist, erfahren die VW-Arbeiter, daß auch bei Opel gestreikt worden ist. Die Spannung steigt.

Kurz vor Mittag ist zu erfahren, daß die VW AG mit der Verhandlungskommission der IG Metall und des Betriebsrates verhandelt. Verschiedene Arbeiter sind verblüfft. Schlecht ist, die Verhandlungskommission besteht nicht darauf, daß Schmücker ein Angebot vorlegt. Die Verhandlungskommission fordert aber, daß die Ausfallstunden durch die Warnstreiks bezahlt werden müssen. Die VW AG muß nachgeben. Erst dann sollen die Verhandlungen aufgenommen worden sein, wie man erfahren konnte.

Am Freitag in der Spätschichtwerden die Arbeiter unsicher, ob die Verhandlungskommission, die ohne Auftrag der Tarifkommission die Verhandlungen aufgenommen hat, die Sache richtig macht. „Wir wollen streiken", steht an den Windschutzscheiben der Autos, die das Band entlang laufen in verschiedenen Betriebsabteilungen.

Die Verhandlungen werden unterbrochen. Samstagfrüh werden sie fortgesetzt. Die Arbeiter, die die Sonderschicht am Samstag haben, bringen sich Radioapparate mit. Mit der Arbeit hat es keiner eilig. Was wird passieren? Der Rundfunk bringt nichts. Die IG Metall macht keine Erklärung vor diesen Pressefritzen. Schnell wird aber unter den Arbeitern bekannt: Schmücker bietet 5,9% und 70 Pfennig für die unteren Lohngruppen. Das ist ein Mindestbetrag von 120 DM. Die Tarifkommission kommt am Samstagnachmittag zusammen und berät bis tief in den Abend.

Man wird sehen, wie die Tarifkommission entscheidet. Auf jeden Fall ist am Montag in Wolfsburg Betriebsversammlung, wo die Sache zur Sprache kommt. Ob dieses Angebot reicht. Sicher nicht. Wo hat Schmücker zum Beispiel die 150 DM einmalige Zulage hinversteckt. Das neue Angebot hat eine Erklärungsfrist bis zum 27. April. Am Montag wird auf der Betriebsversammlung in Wolfsburg geklärt, wie die Sache weiterläuft. – (N-Red.)

1. Mai – Gründe genug, gegen Kapitalisten und Regierung zu marschieren

Fortsetzung von Seite 1

nanzbericht 1978, die Investitionszuschüsse für die Bundesbahn zu steigern.

„Der Deutschen Bundesbahn wird mit Investitionszuschüssen in Höhe von rund 2,2 Mrd. DM in 1977, ansteigend auf fast 2,9 Mrd. DM in 1981, ermöglicht, den notwendigen Aus- und Neubau des Streckennetzes für ein modernes Leistungsangebot voranzubringen." Ausbau und Neubau des Streckennetzes mit immer weniger Arbeitern? Immer noch ist der Ausbau und Neubau des Streckennetzes der Eisenbahn eine sehr arbeitsintensive Produktion. Es ist bloß eine Frage der Zeit, bis die Regierung angesichts des „Mangels an geeigneten Stellen" für die Flut von Wehrdienstverweigerern Stellenangebote beim Ausbau und Neubau der Bundesbahn aus dem Zylinder zieht. Der Bau der Magnetschienenbahn böte hier etliche Möglichkeiten. Als Schmidt neulich sein Kabinett von Gewerkschaftssozialdemokraten säuberte und sich seine Bande von Ministerialbürokraten zusammenstellte, besuchte er nach getanem Werk Krauss-Maffei in München. Der Konzern ist federführend für das Magnetbahnprojekt. Mit dem Einsatz der zwangsverpflichteten Arbeitskraft bei der Autobahn zu beginnen, wagt Schmidt wahrscheinlich nicht, sich herauszunehmen. Verwirklichung des Rechts auf Arbeit durch staatliche Beschlagnahme der Arbeitskraft, um sie nicht bezahlen zu müssen, ist ein typisch sozialdemokratisches Konzept, das bereits in Mache ist. Die AB-Maßnahmen sind bekannt. Aber bis zu einem gewissen Grad muß selbst die Zwangsarbeit finanziert werden, denn auch die beschlagnahmte Arbeitskraft darf nicht ganz verhungern, wenn sie während der Zeit ihrer Beschlagnahmung funktionieren soll. Die wichtigste Finanzierungsquelle sollen die Versicherungen sein, allen voran die Arbeitslosenversicherung. Die Beiträge dafür will die Regierung erhöhen. Eine weitere Finanzierungsquelle sind die Steuern, allen voran die Lohnsteuer, die durch die Progressionsfalle Lohnerhöhungen absahnt. Das Bankkapital schwimmt in Geld, für das es nach Anlagesphären sucht. Der Staat als Kreditnehmer ist für das Finanzkapital noch immer der beste Schuldner gewesen, denn seine Schulden werden durch die Steuerausplünderung der Massen garantiert. Mit wachsender Steuerausplünderung können wachsende Zinslasten finanziert werden, die beim Finanzkapital allemal positiv zu Buche schlagen.

Das Finanzkapital drängt jetzt immer heftiger, die staatlichen Investitionsausgaben zu erhöhen, und ruft gleichzeitig nach „strengstem Durchforsten der öffentlichen Haushalte". So der Geschäftsbericht der Commerzbank.

Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt verschärft sich, und mit der Verschärfung der Konkurrenz um den Weltmarkt verstärken die imperialistischen Staaten ihre Kriegsvorbereitungen. Entscheidend für den Ausgang der Konkurrenz wie für den Krieg ist die Sicherstellung von menschlicher Arbeitskraft wie die Sicherstellung von Energie und Rohstoffen. Neben Arbeitsbeschaffungsprogrammen und ihrer Finanzierung beschäftigt sich die Regierung deshalb vorrangig mit Energie- und Rohstoffprogrammen und ihrer Finanzierung. „Ungelöst ist auch das volkswirtschaftliche Problem der künftigen Energieversorgung zu konkurrenzfähigen Kosten", heißt es in dem schon zitierten Geschäftsbericht der Commerzbank. Richten sich die Arbeitsbeschaffungsprogramme der Regierung vor allem gegen die Arbeiterklasse des eigenen Landes, so richten sich die Energie- und Rohstoffbeschaffungsprogramme vor allem gegen die Völker der Dritten Welt. Die Kap-Route ist von entscheidender Bedeutung für den Öltransport aus dem Nahen Osten und dem Iran nach Europa. Im südlichen Afrika, in den von Kolonialregimen beherrschten Ländern Zimbabwe, Namibia und Azania selbst befindet sich ein beträchtlicher Teil wichtiger Rohstoffe. Kein Wunder, daß die BRD innerhalb der NATO auf Ausdehnung des Aktionsgebietes der NATO bis ins südliche Afrika plädiert. Kein Wunder, daß sie sich über ihre Mitgliedschaft im Sicherheitsrat gegen die Befreiung Namibias stellt und daß sie alles tut, um den bewaffneten Befreiungskampf in Zimbabwe zu unterdrücken und das Kolonialregime in Azania zu stärken. Einstweilen übt die BRD unter der UNO-Flagge Lufttransporte in den Libanon, wie sie ähnliche Einsätze bereits unter der Flagge der Stern-Hungerhilfe in Äthiopien geübt hatte. Früh übt sich . . .

Die Völker der Welt haben ihre Gegenwehr und ihren Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus weiter verstärkt. Sie spüren täglich die Unterdrückung und Ausbeutung durch die beiden Supermächte und die restlichen imperialistischen Staaten. Aber auch die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern verstärkt ihre Kämpfe gegen Ausbeutung, Ausplünderung und Unterdrückung. Die Arbeiterklasse ist nicht gewillt, die Expansionspläne der Finanzbourgeoisie mit ihrem Schweiß und Blut zu bezahlen.

Die Streikkämpfe der Arbeiter in den letzten Monaten zeigen das. Die Bourgeoisie reagiert nicht nur mit verschärfter Unterdrückung. So einfältig ist sie nicht. Sie reagiert auch mit Kübeln von Reformismus, die sie über der Arbeiterklasse ausleert. Längst bekämpft die Bourgeoisie die Arbeiterbewegung nicht nur frontal, sondern versucht sie von innen heraus immer erneut zu zersetzen, um sie in den Fesseln von Reformismus und Revisionismus zu halten. Heute verbietet die Bourgeoisie den 1. Mai nicht. Heute versucht sie ihn für ihre Propaganda zu nutzen. Instrument ist die Sozialdemokratie. Auf der zentralen Kundgebung des DGB in Essen treten Schmidt und Vetter als Gespann auf. Keine Phrase über Recht auf Arbeit, Verbot der Aussperrung etc. wird fehlen. Was damit gemeint ist, wird man dem drohenden Unterton von Schmidt anhören. Die Arbeiterklasse hat allen Grund, am 1. Mai gegen die Bourgeoisie und den Imperialismus zu marschieren. Sie hat überhaupt keinen Grund, auf die sozialdemokratischen Schalmeienklänge hereinzufallen. Wir rufen auf, am 1. Mai an den gewerkschaftlichen Maidemonstrationen teilzunehmen und die Forderungen des Klassenkampfes zu erheben. Wir rufen auf, den Kampf der unterdrückten Völker zu unterstützen und an den Demonstrationen zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes in Zimbabwe und für die Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung teilzunehmen.

Erst Brasilien, jetzt USA, Kanada und Ägypten – die VW-Monopolisten jagen um den Erdball

Am 3. April hat das Montagewerk von VW in den USA die Produktion des Golf aufgenommen. Das Werk steht in New Stanton (Pennsylvania). 70 Millionen Dollar sind von dem US-amerikanischen Gouverneur Shapp an Vorfinanzierung dem VW-Monopolisten geschmiert worden, damit er seinen Standort in New Stanton nimmt. Der Gouverneur erwartet 80 Millionen jährlich an Steuereinnahmen für die Zukunft. Unter der Parole „Sicherheit der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik" und der Erhaltung der „Konkurrenzfähigkeit des Volkswagens" haben die BRD-Imperialisten vor zwei Jahren die Verlagerung des Werks in die USA mit einstimmigem Beifall und Zustimmung des sozialdemokratischen Vorstands der IG Metall beschlossen. Von 1970 bis 1975 war der Verkauf des Volkswagens in den USA von 504600 auf 246200 zurückgegangen. Die anderen europäischen und vor allem die japanischen Automobilmonopolisten hatten den bis dahin unumstritten profitbringendsten Kleinstwagen, den VW-Käfer, angeschlagen. Durch die Veränderung des Wechselkurses wegen der Dollarabwertung wurde der Volkswagen in den USA teurer. Der entscheidende Grund für die Verlagerung ist, daß die VW-Monopolisten auf die verschärfte Ausbeutung der US-amerikanischen Automobilarbeiter setzen, um ihren Profit zu erhöhen. Auch die Verkürzung der weiten Transportwege, d.h. schnellerer Umschlag, erleichtert die Eroberung von neuen Märkten in den USA. 400 bis 500 Mark billiger soll die Produktion eines Golf in den USA sein, so die Kalkulation des VW-Vorstandes. Das sind vor allem niedrigere Lohnkosten. Das Montagewerk hat eine Produktionskapazität von 200000 Wagen. Jeden Tag sollen 800 Golf produziert werden. Die Produktion läuft über ein einziges Montageband, in baldiger Zukunft soll eine zweite Schicht eingeführt werden. 1976 hat Schmücker seine Kalkulation bekanntgegeben. 60 Millionen Dollar (Kurs 1976 – 153 Millionen Mark) an Löhnen und Gehältern soll die Ausgabe für 5500 bis 6000 Beschäftigte sein (Frankfurter Rundschau, 24.4.76) Rechnet man diese Lohn- und Gehaltssumme pro Beschäftigten um, so sind das zwischen 2083,– DM und 2318,16 DM (bei 5500 Beschäftigten) monatlich brutto. Das sind bei 30% Abzügen für Steuer und Versicherung 1400 DM netto monatlich. Die Rechnung ist eigentlich nicht zulässig, weil sie von gleichen Löhnen ausgeht und die Millionen von Schmiergeldern, die allein die Direktoren und Aufseher des US-amerikanischen Werkes – die ja alle in der Lohn- und Gehaltssumme von 60 Millionen enthalten sind – nicht mitberücksichtigen kann. Eine Million hat z.B. allein der Einkauf des Direktors für das Werk in den USA gekostet. Selbst der genannte Durchschnitt liegt noch unter dem in den USA üblichen Lohn. Der Stundenlohn eines Automobilarbeiters in den USA beträgt nach der Statistik 7,11 Dollar die Stunde, das sind ca. 1200 Dollar im Monat. Die US-amerikanische Statistik gibt weiter ein Bild davon, wie es den Kapitalisten in den USA gelungen ist, die Schranken des Normalarbeitstages einzureißen und Überstunden auf der Grundlage des sinkenden Lohns durchzusetzen. Von 1976 bis Oktober 1977 ist die wöchentliche Arbeitszeit in der Autoindustrie von 42,9 auf 45,8 Stunden in der Woche gestiegen. Die Überstundenarbeit lag im gleichen Zeitraum zwischen 6 und 7 Stunden wöchentlich.

Die BRD-Imperialisten haben kühne Pläne. Schmücker vom VW-Vorstand spricht schon heute von einem zweiten Montagewerk in den USA. Die gesamte Zulieferindustrie soll ebenfalls in die USA verlagert werden. In Kanada ist ein weiteres Werk geplant. 5% Marktanteil in den USA sei der mittelfristige Plan, erklärt der VW-Vorstand. Bereits wenige Tage, nachdem die Produktion des Golf in den USA begonnen hatte, gaben die VW-Monopolisten den Plan eines „neuen Großprojekts" bekannt: die Eröffnung einer Automobilfabrik am Nil. „Einzelheiten" für die Produktion in Ägypten sind die Ausbeutung billigster Arbeitskraft in Ägypten und die Heranschaffung von ähnlich wohlfeilen Einzelteilen aus dem Werk Brasilien, „weil dort die Lohnkosten erheblich niedriger liegen als in der BRD", berichtet die „Welt am Sonntag" (16.4.78). Die Gier nach Höchstprofit treibt das Kapital über den Erdball und zwingt die Millionenheere von Arbeitern unter ein einheitliches Joch. – (Z-Red.)

Zwischen Ausländerbehörde und Arbeitsamt

Seit dem Anwerbestopp für ausländische Arbeiter 1973 führen die westdeutschen Imperialisten die beständige Rotation, d.h. in zweijährigem Rhythmus den Umschlag verbrauchter, junger Arbeitskraft durch. Die Handhabe dafür bieten die Bestimmungen des Ausländergesetzes über die Erteilung der Arbeitserlaubnis und der Aufenthaltserlaubnis.

Ein türkischer Arbeiter berichtet: „Die Aufenthaltserlaubnisse erteilen sie auf der Ausländerpolizei meist nur noch für ein Jahr; Verlängerungen geben sie auch nur jeweils um ein Jahr. Früher haben sie das oft für einen längeren Zeitraum gemacht. Wenn Du die Verlängerung beantragst, mußt Du mitbringen: 1. die Aufenthaltsbestätigung vom Polizeirevier, 2. die Arbeitsbescheinigung des Kapitalisten, daß Du ungekündigt bei ihm beschäftigt bist. Bist Du gekündigt oder arbeitslos, verlangen sie einen Versorgungsnachweis.

Mit dem Versorgungsnachweis wird es schlimm. Dann schicken sie Dich zwischen Ausländerpolizei und Arbeitsamt hin und her. Das Arbeitslosengeld, wenn Du überhaupt etwas bekommst, zahlen sie erst nach langer Zeit aus. Außerdem haben sie die Arbeitsvermittlung an Ausländer erschwert im § 19 des Arbeitsförderungsgesetzes. Danach darf ein Ausländer erst auf eine Stelle vermittelt werden, wenn drei Deutsche sie abgelehnt haben. Du kannst Dir vorstellen, was das für eine Arbeit ist."

In dem Maße, wie auch ausländische Arbeiter arbeitslos sind und ihre eingezahlten Versicherungsbeiträge als Arbeitslosengeld erhalten, setzt die Bourgeoisie alles daran, diese Teile der Arbeiterklasse schnell abzuschieben. 1976 hatten 77283 ausländische Arbeiter Anspruch auf Arbeitslosengeld. Die geringe Zahl erklärt sich dadurch, daß ein Anspruch auf Arbeitslosengeld nur besteht, wenn man dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Das ist bei den ausländischen Kollegen aber nur dann der Fall, wenn sie eine gültige Arbeitserlaubnis haben. Die wird meist auch nur auf ein Jahr gewährt und wird direkt an einen Betrieb oder eine Branche gebunden; bei Entlassung erlischt sie. Muß ein Arbeiter dann Sozialhilfe in Anspruch nehmen, so ist das laut § 10.10 des Ausländergesetzes ein Ausweisungsgrund (vergl. KVZ 14/78, S. 16).

Der Arbeiter berichtet weiter: „Schwierigkeiten kann es ferner durch das Konsulat geben. Dort mußt Du Deinen Paß verlängern lassen, solange Du in der Türkei Deinen Wehrdienst noch nicht geleistet hast, muß Dein Paß im Alter zwischen 19 und 29 jährlich verlängert werden, spätestens, wenn Du 29 bist, mußt Du zurück und Deinen Wehrdienst ableisten. Das benutzen sie natürlich, um Dich unter Druck zu setzen.

„Die türkische Botschaft hat die rund 130 ‚Arbeitnehmervereine' gegründet, um Repressalien und Bespitzelung gemeinsam mit dem türkischen Geheimdienst MIT und der faschistischen MHP (Milli Hareket Partisi) zu organisieren. Offiziell unterstehen die Vereine dem Arbeitsattaché der Türkischen Botschaft. Aber immer mehr Vereine entziehen sich der Kontrolle der Botschaft."

Die Arbeiterbewegung muß am 1. Mai die Forderung erheben nach völliger Gleichberechtigung der Ausländer, die in der BRD leben. Kostenlose und obligatorische Einbürgerung nach drei Monaten.

„Wir wollen weder Bordell noch Militärübungsplatz Europas sein"

Das kanarische Volk kämpft für die Unabhängigkeit seines Landes

„Autonomie für die Sahara und die Kanarischen Inseln", „Es lebe die Republik", „Nieder mit dem Fischereivertrag", das sind nur einige der Parolen, die heute auf den Mauern der Kanarischen Inseln zu sehen sind. Die Inselgruppe der Kanaren wird von 1,5 Millionen Menschen bewohnt. Schon bald nach der Kolonialisierung zwangen die Spanier den Inseln eine künstliche Monokultur auf. Auf den Anbau von Färbemitteln für die Textilindustrie folgte im neunzehnten Jahrhundert das Zuckerrohr, später der Tabak. Heute werden fast ausschließlich Tabak, Tomaten und Bananen angebaut, außerdem Nelken, die in Flugzeugladungen in die Blumengeschäfte Europas geflogen werden.

Die koloniale Geschichte der Kanaraischen Inseln ist die Geschichte eines sich ändernden aber beständigen wirtschaftlichen Chaos, das durch erste Elemente einer industriellen Produktion in den letzten zehn Jahren noch verschärft wurde. Die umfangreiche Fischerei wird zwar von kleinen selbständigen Fischern betrieben, ihr Absatz aber vollständig von spanischem Staatskapital kontrolliert. Ebenso der Bausektor, in den auch US-amerikanisches und westeuropäisches Kapital eingedrungen ist. Die Errichtung ganzer Hotel- und Appartementstädte durch westdeutsche Reiseunternehmen hat die Zerrüttung der Wirtschaft durch Zerrüttung der Moral ergänzt. Die Arbeitslosigkeit auf den Inseln ist größer als in irgendeiner Provinz Spaniens, Hunderttausende von Kanariern sind nach Südamerika ausgewandert.

Das Ende des Franco-Regimes und vor allem die Aufgabe des spanischen Kolonialbesitzes an der gegenüberliegenden Küste, der Sahara, zwang die bürgerlichen Parteien zu verschiedenen Manövern. Die revisionistische PCE taufte den kanarischen Teil ihrer Partei in „Kommunistische Partei der Kanaren" (PCC) um, ohne ihn organisatorisch aus der PCE herauszulösen. Selbst die Christdemokratische UDP, deren Regierung heute alle Anstrengungen unternimmt, die faschistische Diktatur fortzusetzen, fordert die Autonomie der Kanarischen Inseln. Und die Wahrheit ist: Beiden Supermächten käme die sofortige Unabhängigkeit unter bestimmten Bedingungen sehr gelegen, eröffnet sie doch neue, direktere Einmischungsmöglichkeiten im nordwestafrikanischen Bereich.

Wer das Gebiet des südlichen Nordwestatlantik, südlich der Linie Lissabon–Azoren, beherrscht, kontrolliert den Mittelmeerausgang ebenso wie die Ölroute um das Kap der Guten Hoffnung. Für die USA war die Herrschaft Spaniens über die Sahara und die Kanaren in der Vergangenheit deshalb von unschätzbarem Wert. Die Sozialimperialisten haben erst vor einem Jahr einen Sprung versucht, mit einem „Fischereiabkommen" in Madeira Fuß zu fassen.

Ebenso wie bei der Sahara will die spanische Regierung bei den Kanaren eine Lösung erreichen, die die Fortsetzung imperialistischer Vorherrschaft garantieren soll. Während sie sich selbst zurückzieht, versucht sie Marokko in die Rolle des imperialistischen Statthalter-Nachfolgers zu drängen. Ein mit Marokko abgeschlossener Fischereivertrag hat genau diese Funktion und ist direkt gegen das kanarische Volk gerichtet. Er sieht die Gründung gemischter Fang- und Verarbeitungsgesellschaften in Marokko vor mit je 50% spanischem und marokkanischem Kapital, wobei der marokkanische Anteil von Spanien als Kredit eingebracht wird. Die Gesellschaften sollen volle Fischereilizenz in den kanarischen Gewässern erhalten.

Doch das kanarische Volk hat den Kampf bereits aufgenommen und verbindet ihn mit dem Kampf des saharauischen Volkes. „Es ist wahr, daß wir mit unseren Schiffen in ihre 200-Meilen-Zone eindringen, weil man dort oft mehr fängt", sagte ein Fischer dazu, „aber in jedem Fall ist es nicht unsere Schuld, sondern die Schuld derer, die uns dazu treiben. Wir meinen, man soll die Hoheit der Saharauis über ihre 200-Meilen-Zone anerkennen." Grundlage des Kampfes des ganzen Volkes ist der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Im November demonstrierten 15000 in Tenerife zur Unterstützung der Lohnforderungen der Busfahrer. Nach den Gewerkschaftswahlen im Februar und März hat es überall Kämpfe zur Durchsetzung höherer Löhne gegen den Pakt von Moncloa gegeben. Mitte März wurde die erste Gewerkschaft der kleinen Bauern und Landarbeiter gegründet.

Auf der Grundlage dieses Aufschwungs der Volksbewegung hat die Organisierung der Avantgarde der Arbeiterklasse in wenigen Monaten große Fortschritte gemacht. Noch im November bestand eine falsche Einheit der Aktion, in der Revisionisten, verschiedene bürgerliche Kräfte und Marxisten-Leninisten unter der allgemeinen Forderung nach Autonomie zusammengeschlossen waren. Der Schein der Einheit war vorbei, als die spanische Regierung die Einsetzung einer „kanarischen Junta" anbot, in der Reformisten und Revisionisten von der Regierung Sitze geschenkt bekamen. Dieses Organ der von oben dekretierten „Autonomie" ist vor zwei Wochen eingesetzt worden, und die PCC sorgt heute in ihm für die Fortsetzung der alten Ordnung.

Die Marxisten-Leninisten haben daraus gelernt. Unter einem Programm für Selbstbestimmung, Beendigung der wirtschaftlichen Abhängigkeit durch Enteignung des imperialistischen Kapitals, Ausrichtung der Wirtschaft an den Möglichkeiten und Bedürfnissen der Inseln und Wahl einer kanarischen Regierung durch das Volk, haben sie die „Kanarische Volkseinheit" UPPC geschaffen, der sich zwei bürgerlich-fortschrittliche Parteien angeschlossen haben: die Kanarische Volkspartei PPC, die die Interessen der kleinen Hotelbesitzer und Händler vertritt, und die Sozialistische Partei der Kanaren PSC der Handwerker und Gewerbetreibenden. „Wir wollen weder das Bordell noch der Militärübungsplatz Europas sein", hat der Sprecher der PPC erklärt. Gestützt auf die Kraft der Arbeiterklasse und der Volksmassen, geleitet von einem demokratischen Aktionsprogramm werden diese Hoffnungen verwirklicht und die wirkliche Unabhängigkeit erreicht werden können. – (Z-Red.)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 17 / 78: 32000

Zusammenschluß der Indianerstämme Nordamerikas

Gesetz soll ihnen Land und Selbstbestimmungsrecht endgültig rauben / Aktionen der Navajos

500 Delegierte von 120 Indianerstämmen auf dem Territorium der USA und Kanadas haben sich in Window Rocks, der Hauptstadt des Gebiets der Navajos in Arizona, zur ersten allamerikanischen Indianerkonferenz versammelt und die „Organisation für die Rechte der eingeborenen Amerikaner" gegründet. Die Konferenz richtete sich in erster Linie gegen die bekanntgewordenen Pläne der US-Bundesregierung, durch ein neues Gesetz, den „Native American Equal Opportunity Act" (Gesetz zur Gleichberechtigung der eingeborenen Amerikaner) die tatsächlich noch vorhandenen Rechte der Indianer vollständig zu vernichten und sie von dem letzten ihnen noch verbliebenen Land gegen Zahlung einer lumpigen Entschädigung zu enteignen. Es entspricht der frommen Hinterlist Carters, dies als „Gleichberechtigung" der Indianer zu präsentieren. Nach dem, was über den Inhalt dieses Gesetzesvorhaben bisher verlautet ist, soll es sich um nicht weniger als die einseitige Aufkündigung der mit den Indianern im Lauf von 200 Jahren geschlossenen Verträge handeln. Diese Verträge sind das Ergebnis der großartigen Widerstandskriege der indianischen Völker gegen die Kolonisatoren gewesen, worin sie sich ihrer völligen Ausrottung und Versklavung widersetzt haben. In diesen Verträgen, die den Charakter von Friedensverträgen haben, wurden den Indianern begrenzte Gebiete ihres Landes als sog. „Reservate" überlassen, in denen sie – wenngleich unter der Oberhoheit der weißen Bundesregierung – doch nach eigenem Recht leben können sollten. Der Boden mit allen Bodenschätzen und Nutzungsrechten, mit Gewässern und Wäldern für Jagd und Fischfang, sollte ihnen gehören.

Diese Verträge sind fast immer, schneller, als die Tinte getrocknet war, wieder gebrochen worden. Der Raub des Indianerlandes hat sich immer weiter fortgesetzt. Ansätze eines eigenständigen Wirtschaftsaufbaus sind systematisch zunichte gemacht worden. Die Bundesregierung in Washington hat den Öl- und Bergbaukonzernen eigenmächtig Konzessionen zur Ausbeutung der Bodenschätze erteilt gegen ein bloßes Almosen für die Indianerstämme, denen das Land gehört.

Insbesondere in den letzten 10 Jahren haben die Indianer sich in verschiedenen Organisationen von neuem zusammengeschlossen und haben den organisierten Kampf um ihre Rechte aufgenommen. Zum Fanal wurde die bewaffnete Besetzung von Wounded Knee 1973. Ihre Forderungen sind klar: Rückgabe aller ihnen nach den Verträgen zustehenden Gebiete, deren ungeschmälerter Besitz und freie Nutzung, Anerkennung als eigenständige Nation auf eigenem Territorium, mit eigenem Recht, eigener Verwaltung und Justiz, eigenen Steuern und eigener Regierung, berechtigt, eigene auswärtige Beziehungen mit anderen Staaten aufzunehmen, vor allem mit den Staaten der Dritten Welt. Kurzum: *Land und Recht auf Selbstbestimmung!* Diese Forderungen haben die Delegierten der indianischen Völker Nord- und Südamerikas auf einer Konferenz der UNO in Genf von neuem feierlich bekräftigt. (Vgl. KVZ, 42/1977)

Die US-Bourgeoisie hat mit großer Schlauheit reagiert. Sie fürchtet den Kampf der Indianer und aller von ihr unterdrückt gehaltenen Nationalitäten. Eine ganze Serie von Gerichtsurteilen hat in den letzten Jahren den Klagen verschiedener Indianerstämme auf Land, Jagd- und Fischrechte etc. nachgegeben, aber mit dem einzigen Ziel, eine Flut von Gegenklagen der unmittelbar betroffenen weißen Siedler und Anwohner, oft kleinen Bauern und Fischern, systematisch zu erzeugen und so eine chaotische und unhaltbare Lage zu schaffen, die nur auf den „Gesetzgeber" wartet. Jetzt scheint der Carter-Administration also die Lage reif zu sein, um die Indianergebiete insgesamt und ihre Selbstverwaltung zu kassieren.

Dennis Banks, der jetzige Vorsitzende von AIM, der „Amerikanischen Indianerbewegung", die sich als eine Befreiungsbewegung versteht, hat die Pläne der Bundesregierung als einen Versuch gekennzeichnet, die Indianer endgültig als Nation auszulöschen. „Die US-Monopole können die Länder der Dritten Welt nicht mehr nach Belieben ausplündern, und deshalb sind sie jetzt gezwungen, immer mehr von unserem Land an sich zu reißen, das 30 % aller Kohlevorräte und 80 % der Uranvorkommen (der USA) trägt", sagte einer der Sprecher von AIM kürzlich auf einer Kundgebung von 2000 Indianern in Sacramento, von wo aus sich mehrere Hundert zum „längsten Marsch" quer durch die USA nach Washington aufmachten, um gegen die Pläne der Regierung zu demonstrieren und eine Protestnote niederzulegen." (The Call, 27.2.78)

Die jetzige Konferenz in Window Rocks hat günstige Voraussetzungen für einen breiten Zusammenschluß der Indianer geschaffen. Sie war begleitet von einer bewaffneten Aktion von mehreren hundert jungen Navajos, die zwei Wochen lang ein von der Texaco ausgebeutetes Ölfeld auf ihrem Territorium besetzten und dicht machten, um sich gegen die Umweltverseuchung und die Frechheiten der Agenten der Ölgesellschaft zur Wehr zu setzen sowie eine Erhöhung ihrer Abgaben zu verlangen. Die Kapitalisten wurden gezwungen, zu verhandeln. Sie haben zusagen müssen, künftig die Organe der Selbstverwaltung der Indianer anzuerkennen und ihnen „mit größtem Respekt sowie Höflichkeit" zu begegnen, erhöhte Zahlungen an die anliegende Gemeinde zu leisten, eine größere Zahl indianischer Arbeiter einzustellen, Maßnahmen zum Umweltschutz zu treffen und in der nächsten Zukunft über die ganze Konzession für die Ölquellen neu zu verhandeln. (International Herald Tribune, 18.4.78)

Der Häuptling der Navajos, des größten Stammes der nordamerikanischen Indianer, der die Konferenz leitete, rühmte die „heroische Tat" der jungen Stammesgenossen. Zugleich sagte er über die Fortführung des Kampfes: „Wir müssen uns neue Verbündete suchen und dürfen uns nicht in einen ethnischen Isolationismus zurückziehen." Es liegt in der Verantwortung der proletarischen Revolutionäre in den USA, die ausgezeichnete Lage im Klassenkampf, die durch die energische Wiederaufnahme des Kampfes der eingeborenen Amerikaner für ihr Land und ihr Selbstbestimmungsrecht, überhaupt durch den Kampf der unterdrückten Nationalitäten der Vereinigten Staaten, geschaffen wird, für die sozialistische Revolution zu nutzen. – (Z-Red)



Der „längste Marsch" der Indianer von Kalifornien nach Washington durchquert die Sierra Nevada im Westen der USA

Pressestimmen arabischer Zeitungen zum Einsatz der UNOTruppen im Südlibanon

Mindestens 6 000 UNO-Soldaten, anstatt wie bisher vorgesehen 4 000, sollen nach dem Willen der israelischen Regierung im Südlibanon stationiert werden. (Süddeutsche Zeitung, 20.4.) Die „Frankfurter Allgemeine" vom 20.4. drängt darauf, die Stationierung der UNO-Truppen auf Beirut und den gesamten Libanon auszudehnen, um auch dort „nicht mehr das Feld gänzlich den Palästinensern, den Syrern und der Sowjetunion zu überlassen". Die Zeitung der österreichischen Finanzbourgeoisie, „Die Presse", die nach eigenen Angaben des öfteren Hinweise von UNO-Generalsekretär Waldheim erhält, was sie lancieren soll, berichtet exakt zur gleichen Zeit, daß bereits im März und April 1976 österreichische UNO-Soldaten in Beirut „unter der Hand, zur Sicherung von Versorgungsbewegungen Dienst versehen haben".

Dagegen wird in einem Kommuniqué der Al Fatah Anfang April festgestellt: „Der UN-Beschluß 425 hat die Beschleunigung des israelischen Rückzugs als Aufgabe der UN-Truppen festgelegt. Das heißt, daß die Truppen Widersprüche zum Feind haben. Wir bekämpfen diese Truppen jetzt insofern nicht, als sie den israelischen Rückzug betreiben. Wir müssen sie aber bekämpfen, wenn sie unser Nachrücken in die von Israel verlassenen Gebiete verhindern, d.h. wenn sie versuchen, uns im Kampf gegen den zionistischen Feind einzuschränken. In der zweiten Phase, nach Abzug der zionistischen Truppen, müssen wir die UN-Truppen bekämpfen, wenn sie die Einhaltung des Kairoer Abkommens, d.h. unsere Stationierung im Süden, verhindern. Eine gewisse Gefahr stellt die Anwesenheit französischer Truppen dar. Diese begünstigen und verstärken den imperialistischen Einfluß im Libanon. Die Isolationskräfte nutzen diese Anwesenheit aus, um ihren Einfluß im Libanon zu erhöhen. Die französischen Truppen stellen keine selbständige militärische Gefahr dar, aber eben eine politische, indem sie die rechten Elemente zu stärken versuchen."

Zur Entsendung von Fallschirmjägertruppen durch die französischen Imperialisten hält die Zeitung „*Emirate News*" fest: „Das Frankreich, das der Libanon akzeptieren kann, ist ein Frankreich als Alliierter der arabischen Sache und der Anerkennung des palästinensischen Volkes. Es ist nicht das Frankreich der Fallschirmjäger." „*Al Watan*" (Kuwait) ruft den Einsatz der Fallschirmjägertruppen gegen die Völker Indochinas und Algeriens in Erinnerung und warnen die französischen Imperialisten, daß sie im Nahen Osten die Rolle des Gendarmen spielen, der die Aufgabe hat, den Kampf des palästinensischen Volkes zu schlagen. „*Al Ittihad*" (Vereinigte Arabische Emirate) greift die UNO-Truppen an, weil sie im Südlibanon Stellungen besetzen, die die Israelis nicht besetzen konnten, anstatt den Rückzug der israelischen Truppen von libanesischem Territorium zu überwachen und schreibt dann weiter: „Die Aufgabe der UNO-Truppen ist die Überwachung des Rückzugs der israelischen Truppen und nicht die Duldung dieser Invasionstruppen." Die saudi-arabische Zeitung „*Al Nadwa*" erklärt: „Es scheint so, als hätte die Resolution des Sicherheitsrats den UNO-Truppen den Auftrag gegeben, Territorien zu besetzen, die die Zionisten nicht besetzen konnten, also Positionen in der Nähe der palästinensischen Truppen, daß aber jene Stützpunkte, die die Zionisten besetzt haben für sie verboten sind, weil sie einen Sicherheitsgürtel für das zionistische Gebilde darstellen."

Die algerische Zeitung „*El Moudjahid*" schreibt: „Die erste Aufgabe der UNIFIL (Interimsstreitkraft der Vereinten Nationen im Libanon) wäre es gewesen, ohne Zögern die israelischen Truppen von dort, wo sie sich befinden, zurückzudrängen, bis zu ihrem völligen Rückzug jenseits der internationalen Grenze des Libanon. Indem die UNO-Truppen sich aber im Innern des Libanon niederlassen und ihre Füße gemächlich in Richtung der israelischen Stellungen bewegen, geben sie in offensichtlicher Weise Anlaß zu der Feststellung, daß sie die illegale Besetzung nur verlängern." In der Zeitung „*Al Wahda*" (Libanon) heißt es: „Abgesehen davon, daß wir den Beschluß 425 und die stationierten UN-Truppen aufmerksam beobachten, müssen wir sehen, daß der Kampf jetzt in erster Linie gegen Israel geführt werden muß. Falls die UN-Truppen ihre Kompetenzen überschreiten, d.h. sich nicht auf die Gewährleistung des israelischen Rückzugs beschränken, haben sie ihr Aufenthaltsrecht im Libanon verloren. ... Bekämpft werden müssen ebenso die Pläne der isolationistischen Kräfte, die eine Stationierung der UNO-Truppen im ganzen Libanon als ‚Abschreckungstruppen' fordern."

Der „*Baghdad Observer*" schließlich stellt fest: „Die UNO-Truppen sollten gewarnt werden, ihre offizielle Aufgabe ist es, das Territorium des Südlibanon von den zionistischen Okkupanten zu säubern und nicht die Störung der Aktivitäten der palästinensischen Kämpfer gegen diese Besetzung. Ansonsten wäre der palästinensische Widerstand zu Zusammenstößen mit den UN-Truppen gezwungen. Das wiederum macht es für alle fortschrittlichen arabischen Kräfte zur Pflicht, den Widerstand materiell und politisch, auf arabischer und internationaler Ebene zu unterstützen." – (Korrespondentenbericht Wien)

Massenerhebung des georgischen Volkes für das Recht auf Gebrauch der eigenen Sprache

Die neuen Zaren wollen in allen Republiken der UdSSR neue Verfassungen durchsetzen

Am 14.4. haben in der georgischen Hauptstadt Tiflis große Massenerhebungen stattgefunden. Sie richteten sich gegen den neuen Verfassungsentwurf der Georgischen Sowjetrepublik, der gerade vom ZK der Georgischen Kommunistischen Partei beraten wurde. In ihm ist ausdrücklich das Recht der georgischen Volksmassen auf Gebrauch ihrer eigenen Sprache beseitigt. In der 1937 unter der Herrschaft der Arbeiterklasse in der UdSSR in Kraft getretenen und seither gültigen Republikverfassung heißt es eindeutig:

> „Die Staatssprache der Georgischen Sozialistischen Sowjetrepublik ist die georgische Sprache. Nationale Minderheiten haben das Recht auf die freie Entwicklung und den Gebrauch ihrer Muttersprache und auf ihre eigenen kulturellen und staatlichen Einrichtungen."

Demgegenüber ist in dem jetzigen Verfassungsentwurf nur die Rede von der „Möglichkeit" des Gebrauchs der Muttersprache, was faktisch ihrer Unterdrückung gleichkommt.

Nach einem Bericht des Moskauer Korrespondenten des Österreichischen Rundfunks beteiligten sich bis zu 50000 Arbeiter und Bauern an den Demonstrationszügen. Sie zogen mit Plakaten vor das Gebäude des ZK der Georgischen Kommunistischen Partei und forderten die Beibehaltung der bisherigen Verfassung. „Als Eduard Schewardnadse (Erster Parteisekretär) das Gebäude verließ und die Menge sah, fragte er: ‚Meine Kinder, was macht ihr da?', worauf die Rufe laut wurden: ‚Wir sind nicht deine Kinder!' berichtet die österreichische Zeitung „Die Presse" am 18. April.

Nachdem der Versuch der revisionistischen Machthaber, die Erhebungen der georgischen Volksmassen totzuschweigen, trotz eines Einreiseverbotes über Tiflis nicht geglückt ist, beteuerten sie zunächst, daß die großen Demonstrationszüge „Freudenfeiern" und Demonstrationen *für* die neue Verfassung seien. Offenbar, um Schlimmeres zu vermeiden, erklärte der Statthalter Schewardnadse nach Rücksprache mit den Moskauer neuen Zaren, die „Volksdiskussion" hätte die „Notwendigkeit aufgezeigt, die gut bekannte alte Formel beizubehalten, wonach Georgisch die Staatssprache der Republik" sei. Das spricht für sich.

Gegenwärtig sollen in allen Unionsrepubliken der UdSSR neue Verfassungen verabschiedet werden. Sie basieren auf der im Oktober vergangenen Jahres in Kraft getretenen Unionsverfassung. Mit ihr wollen die Sozialimperialisten, nachdem sie bereits sämtliche sozialistische Errungenschaften zerstört und den Kapitalismus restauriert haben, ihre Herrschaft abrunden. Um ihr Völkerzuchthaus weiter auszubauen, propagieren sie wie die alten Zaren den großrussischen Chauvinismus, wollen sie die unterdrückten Völker der verschiedenen Nationalitäten ihrer elementaren Rechte wie der eigenen Sprache und der eigenen Kultur berauben, um sie schließlich als Nationen vollständig auszulöschen und die Volksmassen als Arbeitsvieh und Kanonenfutter in den großrussischen Schwamm aufzusaugen. Sicherheitshalber haben sie das in der Verfassung der UdSSR von 1937 garantierte Recht der Unionsrepubliken, eigene Truppen zu bilden, ersatzlos gestrichen.

In der Verfassung der sozialistischen UdSSR wurde hingegen jedem großrussischen Chauvinismus ein Riegel vorgeschoben. In Artikel 123 hieß es:

> „Die Gleichberechtigung der Bürger der UdSSR auf sämtlichen Gebieten des wirtschaftlichen, staatlichen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Lebens, unabhängig von ihrer Nationalität und Rasse, ist unverbrüchliches Gesetz. Jede wie immer geartete direkte oder indirekte Beschränkung der Rechte oder, umgekehrt, eine Festlegung direkter oder indirekter Bevorzugungen von Bürgern mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu einer Rasse oder Nationalität, ebenso wie jegliche Propagierung einer rassenmäßigen oder nationalen Exklusivität oder eines Rassen- oder Nationalitätenhasses und der Mißachtung einer Rasse oder einer Nationalität werden gesetzlich geahndet."

Dieser Artikel wurde von der neuen Bourgeoisie ebenfalls aus der Verfassung beseitigt. Während in der Verfassung von 1937 das selbstverständliche Recht auf Bildung in der Muttersprache verankert ist, besteht in der jetzigen Verfassung wiederum nur die „Möglichkeit". Gleichzeitig propagieren die neuen Zaren großmannssüchtig die russische Sprache als „zweite Muttersprache" und der georgische Parteisekretär versucht die Niederlage, die die georgischen Arbeiter und Bauern den revisionistischen Machthabern beigebracht haben, wettzumachen. Einige Tage nach den großen Demonstrationen in Tiflis erinnerte er in der georgischen Zeitung „Zaria Vostoka" „das Volk und insbesondere die Jugend an die Notwendigkeit, die reiche und bemerkenswerte Sprache des großen russischen Volkes zu respektieren und zu lernen, um mit der zeitgenössischen Wissenschaft und Zivilisation in Kontakt zu bleiben". Bereits auf dem 25. Parteitag der KPdSU hatte er den neuen Zaren seine Unterstützung bei der Unterjochung der georgischen Nationalität zugesichert und betont: „Für uns Georgier geht die Sonne nicht im Osten auf, sondern im Norden, in Rußland."

Das georgische Volk hat genug von der „zeitgenössischen Zivilisation" der Herrschaften aus dem Norden. Genauso wie die alten Zaren unterdrükken die neuen gewaltsam die Entwicklung der Produktivkräfte, halten sich Georgien weitgehend als Agrarland und verhindern die Entwicklung einer eigenen nationalen Industrie. Jeden Kampf gegen ihre Ausbeuterherrschaft suchen sie im Ansatz auszumerzen. Schewardnadse hat kurz nach seinem Amtsantritt im Jahre 1972 die Abgabe von Krummsäbeln und alten Feuerwaffen angeordnet. Den erbitterten Kampf der georgischen Arbeiter und Bauern gegen ihre hemmungslose Despotie können die revisionistischen Machthaber dennoch nicht ersticken. Im April 1976 wurde eine Bombe in unmittelbarer Nähe des Ministerratsgebäudes gezündet. Allein in den letzten zwei Jahren mußten sie mehr als 100 Bomben- und Brandanschläge registrieren, vor allem auf Einrichtungen, in denen den georgischen Volksmassen die „russische Zivilisation" beigebogen werden sollte, wie Filmstudios und Konzerthallen. 1974 wurde die Oper in Tiflis in Brand gesetzt.

> „Es ist außerdem bekannt, daß sich die Nationen und die nationalen Sprachen durch eine außerordentliche Stabilität und kolossale Widerstandskraft gegen die Assimilierungspolitik auszeichnen. Die türkischen Assimilatoren, die grausamsten aller Assimilatoren, haben die Balkannationen jahrhundertelang gemartert und gepeinigt, sie haben es jedoch nicht nur nicht fertiggebracht, sie zu vernichten, sondern sahen sich gezwungen, zu kapitulieren. Die zaristisch-russischen Russifikatoren und die preußisch-deutschen Germanisatoren, die den türkischen Assimilatoren an Grausamkeit wohl kaum nachstanden, haben im Verlauf von mehr als hundert Jahren die polnische Nation zerstückelt und gepeinigt, genauso wie die persischen und türkischen Assimilatoren die armenische und georgische Nation im Verlauf von Jahrhunderten zerstückelten, peinigten und auszurotten versuchten, sie haben es jedoch nicht nur nicht fertiggebracht, diese Nationen zu vernichten, sondern sahen sich im Gegenteil gezwungen, ebenfalls zu kapitulieren." (Stalin, Die Nationale Frage und der Leninismus)

Auch die deutschen imperialistischen Aggressoren, die auf die Spaltung der verschiedenen Nationalitäten gesetzt hatten, um sich die Sowjetunion einzuverleiben, mußten vor dem entschlossenen Kampf der georgischen Volksmassen zur Verteidigung ihrer sozialistischen Heimat kapitulieren. Warum sollen sich die georgischen Volksmassen von den neuen Zaren unterwerfen lassen? Diese müssen voller Wut mit ansehen und dulden, wie die georgischen Arbeiter und Bauern ihren großen revolutionären Landsmann Stalin in Erinnerung behalten und ihm in seiner Geburtsstadt Gori ein Denkmal errichtet haben, das sie regelmäßig besuchen.

Die Kämpfe der georgischen Volksmassen ermutigen die Völker der anderen Nationalitäten der UdSSR. Als nächstes sollen in den Sowjetrepubliken Armenien und Aserbaidshan neue Verfassungen verabschiedet werden, in denen ebenfalls der Raub der eigenen Sprache vorgesehen ist. Die Sozialimperialisten sitzen auf einem Pulverfaß. – (Korrespondentenbericht Wien)

Mit den dauernden Lohnsenkungen muß Schluß sein

In der letzten Woche hieß es in der bürgerlichen Presse, die Baukapitalisten würden 6,5% mehr Lohn springen lassen. Dabei wissen die Bauarbeiter genausogut wie der Verhandlungsführer der Baukapitalisten, Schäfer, daß 5%, die die Kapitalisten schon anbieten mußten nach ihrem ersten Angebot von 4,4%, weniger ist als 6,5%. Die Kapitalisten haben dreist eine im vergangenen Jahr vereinbarte Erhöhung der Löhne für Facharbeiter von 1,5%, die wohlweislich am 1.5.78 in Kraft treten soll, mit eingerechnet. Das damit von den Baukapitalisten erhoffte Auseinanderbrechen der einheitlichen Kampffront der Bauarbeiter ist ausgeblieben. Die Bauarbeiter haben das Angebot als Kampfansage verstanden. Allein von Mittwoch bis Freitag vergangener Woche waren 133000 Bauarbeiter für mehrere Stunden in den Streik getreten.

Am 18.4.78 hat der Beirat der IG Bau-Steine-Erden auf Empfehlung der Tarifkommission das 5%-Angebot abgelehnt und die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Die Schlichtung wurde eingeleitet. Auf die Schlichtung können die Bauarbeiter jedoch keinen Pfifferling geben. Die Erfahrung hat gezeigt, daß dort solange runtergeschlichtet wird, bis die Lohnforderung auch für die Baukapitalisten akzpetabel wird. Die Baukapitalisten gehen jetzt daher und verbreiten, die IG Bau verlange Einkommensverbesserungen von 15%. Dabei verrechnen sie die Forderungen aus dem Rahmentarifvertrag mit der von ihnen angebotenen 5%-Lohnerhöhung und wollen die Bauarbeiter ein zweites Mal für dumm verkaufen. Die Bauarbeiter haben deutlich gemacht, daß sie sich auf eine solche Pfandleiherrechnung nicht einlassen. Was sie wollen, ist, mit den dauernden Lohnsenkungen der letzten Jahre Schluß zu machen. In einem Interview in der „Bild“-Zeitung erklärte der Vorsitzende der IG Bau Steine Erden Sperner letzte Woche: „Die Empörung unter den Bauarbeitern ist groß, die Stimmung kocht. Wir werden eingedeckt mit Protestbriefen gegen die scheinheilige Haltung der Arbeitgeber, die fünf Prozent anbieten und gleichzeitig behaupten, es seien 6,5%. Das lassen wir uns nicht länger gefallen ... Die vielen Warnstreiks haben gezeigt, daß unsere Mitglieder schon heute zum Arbeitskampf bereit sind.“

sind.“



Die Bauarbeiter wollen den Streik, weil sie wissen, daß ohne einen hartnäckigen und langandauernden Kampf das Abrutschen des Bauarbeiterlohns in den letzten Jahren, wie es im Schaubild dargestellt ist, nicht abgeblockt werden kann. Dargestellt ist die Entwicklung des Lohnkontos eines Bauarbeiters in der Ecklohngruppe, wenn er stets den gleichen Prozentsatz des Metallarabeiterecklohns ausgeben würde wie 1970. Einberechnet sind alle tariflichen Zahlungen wie Urlaubsgeld, 13. Monatseinkommen und Schlechtwettergeld. Die Zahlung des Wintergeldes von 2 DM pro geleisteter Arbeitsstunde auf geschützten Baustellen in der Zeit vom 15.12. bis 15.3. ab 1972 hat diese Entwicklung nicht aufhalten können. Weil längst nicht alle Bauarbeiter das Wintergeld erhalten, haben wir sowohl die Entwicklung bei Zahlung als auch bei Nichtzahlung des Wintergeldes dargestellt.

Anfang der 70er Jahre haben die Bauarbeiter den Tariflohn noch gegen die Angriffe der Kapitalisten verteidigen können, deshalb konzentrierten sich die Angriffe auf den Lohn auch auf die übertariflichen Zahlungen. Bis 1972 stieg der Tariflohn entsprechend gegenüber dem Metalleckiohn. Die elend niedrigen Prozentabschlüsse in der Bauindustrie in den letzten Jahren haben die Erfolge in der Verteidigung des Tariflohns in früheren Jahren jedoch zum Kippen gebracht. Noch mehr haben die Kapitalisten den Effektivlohn gesenkt. Die übertariflichen Zahlungen betrugen 1972 im Durchschnitt 17,7% und 1976 13,7% des Effektivlohns.

Durch die jüngsten Abschlüsse in den anderen Branchen haben sich die Bauarbeiter nicht entmutigen lassen. – (Z-Red.)

Die Bauarbeiter haben eine langjährige offene Rechnung mit den Baukapitalisten zu begleichen

Die Baukapitalisten haben keine schlechten Profiterwartungen. Die Baumonopole rechnen für das Jahr 1978 mit 15 bis 20% Gewinn. „Nach einem schmerzhaften Schrumpfprozeß geht es am Bau wieder aufwärts“, vermerkt der „Spiegel“ fett gedruckt. Jetzt, wo die Blutsauger von Baukapitalisten wieder frisches Blut gerochen haben und sie von den organisierten Bauarbeitern zum Zahlen gefordert werden, sehen sie die Zukunft weiter als düster an.

Was als „Schrumpfprozeß“ bezeichnet wird, ist die gegenseitige Vernichtung der Baukapitalisten in der Konkurrenz und in deren Folge die Vernichtung von Arbeitskraft und Material. Gehen wir von dem Zeitraum 1974 bis 1976 aus, so haben die Baukapitalisten in diesem Zeitraum 4299 aus ihren Reihen „entfernt“, überwiegend Betriebe mit 1 – 19 bzw. 20 – 49 Beschäftigten, die in der Bauindustrie 75,9% aller Betriebe ausmachen. Die Folge war die Entlassung von zehntausenden Bauarbeitern, deren Zahl von 1974 bis 1975 steil anstieg:

Arbeitslose	1974	1975	1976
Maurer*	7449	8218	3846
sonstige Tiefbauer*	3684	6678	4311
sonstige Bauhilfsarbeiter*	11102	19675	11435
Maler, Lackierer*	3539	7067	4817
Bauhauptgewerbe insgesamt*	53899	88920	57508

* im Organisationsbereich der IG Bau, Steine, Erden

Die industrielle Reservearmee von Bauarbeitern haben die Kapitalisten genutzt, den Lohn der Bauarbeiter weiter nach unten zu drücken, den übertariflichen Lohn weiter zusammenzustreichen und die Akkordstundenwerte zu kürzen. Der Verlauf der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1974 – 1976 zeigt, daß die Arbeitslosenzahl von 1974 bis 1975 rapide hochschnellte und 1976 wieder abnahm, was die Kapitalisten mit Barem verbuchten. Die wieder eingestellten Ar-

denwerte zu kürzen. Der Verlauf der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1974 – 1976 zeigt, daß die Arbeitslosenzahl von 1974 bis 1975 rapide hochschnellte und 1976 wieder abnahm, was die Kapitalisten mit Barem verbuchten. Die wieder eingestellten Ar-

beiter mußten sich für weniger Lohn an den Kapitalisten verkaufen, wollten sie nicht durch längere Arbeitslosigkeit vollends ins Elend gedrückt werden. Die Baukapitalisten hatten die Auswahl und sind dabei ein Stück vorangekommen, den Lohn aller in der Bauindustrie beschäftigten Arbeiter zu drücken. Nach Untersuchungen der Gewerkschaft IG Bau, Steine, Erden belief sich die Anzahl des sogenannten „schwarzen Personals“, also der Arbeiter, die ohne festen Arbeitsvertrag arbeiten und für die die Kapitalisten außer einem elenden Hungerlohn nichts zu bezahlen brauchen, auf 159327 im Jahre 1976. Das sind 12,9% aller in der Bauindustrie beschäftigten Arbeiter. Von der gewerkschaftlichen Organisierung ausgeschlossen, ist dieses große Heer von Bauarbeitern von den Kapitalisten hin- und herschiebbar und ohne irgendeine tarifliche Absicherung des Lohns gezwungen, sich zu jedem Lohn zu verkaufen, den die Kapitalisten nach unten hin diktieren. Ein großer Teil dieser schlechtestbezahlten Arbeiter sind ausländische Arbeiter, die nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit 14,5% der Gesamtbeschäftigten in der Bauindustrie ausmachen. Die Tatsache, daß einzig die Zahl der Lehrlinge in der Bauindustrie im Zeitraum von 1974 bis 1976 kontinuierlich gestiegen ist von 33578 auf 37197, verbuchen die Baukapitalisten in ihrer Propaganda als Wiedergewinnung der dringend notwendigen Attraktivität des Baugewerbes. Praktizieren tun sie die hemmungslose Ausbeutung und den Verschleiß jugendlicher, unverbrauchter Arbeitskraft im Akkord, für einen Lohn, von dem sie selbständig nicht leben können.

Der wechselweise Arbeitseinsatz der Bauarbeiter, der in den Sommermonaten zu Überstundenklopperei auf Teufel komm raus und im Winter zu erzwungener Arbeitslosigkeit führt, wo man entweder entlassen oder von einem erbärmlich niedrigen Schlechtwettergeld leben muß, haben die Baukapitalisten dazu genutzt, den Lohn

monaten zu Überstundenklopperei auf Teufel komm raus und im Winter zu erzwungener Arbeitslosigkeit führt, wo man entweder entlassen oder von einem erbärmlich niedrigen Schlechtwettergeld leben muß, haben die Baukapitalisten dazu genutzt, den Lohn

der Bauarbeiter insgesamt herunterzudrücken. Den Baukapitalisten ist es so gelungen, den Lohn der Bauarbeiter in den letzten 3 Jahren weit unter den industriellen Durchschnittslohn zu drücken und den Teil des übertariflich gezahlten Lohns weiter zusammenzustreichen:

Die Entwicklung der Effektivverdienste im Baugewerbe
Bruttostundenlöhne aller Arbeiter

	Baugewerbe	Industriedurchschnit
1970	6,67 DM	6,49 DM
1974	9,68 DM	9,68 DM
1975	10,17 DM	10,40 DM
1976	10,75 DM	11,08 DM

Gleichzeitig verbunden mit dieser Entwicklung ist die Zunahme der jährlich geleisteten Arbeitsstunden in den letzten 3 Jahren, insbesondere im Wohnungsbau, im gewerblich industriellen Bau und im landwirtschaftlichen Bau, bei gleichzeitiger Schrumpfung der Beschäftigten im gesamten Baugewerbe. Bei zunehmendem Einsatz von moderner Maschinerie sind die Baukapitalisten darauf bedacht, diese möglichst ununterbrochen Tag und Nacht in Einsatz zu bringen.

Gerätenutzung in Prozent

Jan. – Sept.	1975	1976
Bau insg.	52,6	56,9
Hochbau	51,0	56,9
Tiefbau	54,1	55,3

„Eine Analyse der Entwicklung der Baugeräte und -maschinen ergab eine recht kontinuierliche Zunahme der Mechanisierung. Bei einer Reihe von Geräten war es möglich, eine leistungsmäßige Differenzierung vorzunehmen. Dabei zeigte sich, daß bedingt oder zumindest begünstigt durch die Rezession 1967 ein Innovationsschub, verbunden mit spürbaren Leistungssteigerungen bei Baumaschinen, stattgefunden hat. Diese Entwicklung erfolgte sowohl im Hochbau – als auch im Tiefbau.“ (Gutachten des Ifo-Wirtschaftsinstituts, Mai 1977)

rung vorzunehmen. Dabei zeigte sich, daß bedingt oder zumindest begünstigt durch die Rezession 1967 ein Innovationsschub, verbunden mit spürbaren Leistungssteigerungen bei Baumaschinen, stattgefunden hat. Diese Entwicklung erfolgte sowohl im Hochbau – als auch im Tiefbau.“ (Gutachten des Ifo-Wirtschaftsinstituts, Mai 1977)

Der von 1976 auf 1977 gestiegene Bestand von Turmdrehkranen, Mobil- und Autokranen, Mörtelförder- und Verputzgeräte, Verdichtungsmaschinen usw. werden für die Baukapitalisten bloß zum Mittel, die Ausbeutung der Bauarbeiter weiter zu verschärfen und die Akkord- und Schichtarbeit auszuweiten.

„Die Bundesanstalt fördert die ganzjährige Beschäftigung in der Bauwirtschaft durch die Leistungen der Produktiven Winterbauförderung und das Schlechtwettergeld.
Im einzelnen gewährt die Bundesanstalt
1. Arbeitgebern des Baugewerbes a) Leistungen zur Beschaffung von Geräten und Einrichtungen, die es ermöglichen, Bauarbeiten bei ungünstiger Witterung durchzuführen (§ 77), b) Leistungen zur Abgeltung der sonstigen witterungsbedingten Mehrkosten des Bauens (§ 78);
2. Arbeitnehmern des Baugewerbes a) Wintergeld zur Abgeltung der witterungsbedingten Mehraufwendungen bei Arbeit in der witterungsungünstigen Jahreszeit (§ 80), b) Schlechtwettergeld bei witterungsbedingtem Arbeitsausfall (§§ 83 bis 89).“ (Arbeitsförderungsgesetz, Mai 1976)

Um der Gier der Baukapitalisten zu entsprechen, die Ausbeutung über jede naturgemäße Schranke hinaus zu gewährleisten, hat die Bundesanstalt für Arbeit den Baukapitalisten die Arbeitslosenversicherungen geöffnet. Mehr als 1,3 Milliarden DM sind auf diese Weise in der Zeit von Oktober 1976 bis September 1977 in die Hände der Baukapitalisten gekommen. Eine Plane über dem Kopf der Bauarbeiter, wenn sie überhaupt angeschafft wird, dient den Kapitalisten einzig dazu, die ununterbrochene Ausbeutung der Bauarbeiter zu gewährleisten. Von der Sozialdemokratie in Regierung und Gewerkschaft wird dieses Stück „Menschlichkeit“ als ein Beitrag zur „Humanisierung der Arbeitswelt“ und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verstanden und propagiert. Für die Baukapitalisten ist die „Tendenzwende nicht sichtbar, bestenfalls ein Zwischenhoch“. Dem Kerl, der davon gesprochen hat, liegt die Kampfentschlossenheit der Bauarbeiter gehörig im Magen. – (Z-Red.)

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verstanden und propagiert. Für die Baukapitalisten ist die „Tendenzwende nicht sichtbar, bestenfalls ein Zwischenhoch“. Dem Kerl, der davon gesprochen hat, liegt die Kampfentschlossenheit der Bauarbeiter gehörig im Magen. – (Z-Red.)

Die Akkordarbeit ist für die Baukapitalisten ein gewaltiger Hebel zur Auspressung von Mehrarbeit und zur Lohnprellerei

Die dauernden Lohnsenkungen und die Rationalisierungsmaßnahmen im Baugewerbe führen dazu, daß die Baukapitalisten immer mehr Bauarbeiter in das Akkordsystem pressen. Ständig versuchen die Kapitalisten die Akkordsätze zu drücken und die Akkordarbeit auszudehnen.

Der verstärkte Einsatz neuer Maschinerie wie z.B. von Betonpumpen läßt den Betonbauern oftmals nicht mal mehr Zeit, eine richtige Mittagspause zu machen. Gleichzeitig wird der Anteil des zu verbauenden Betons größer. Überstunden sind deshalb am Bau die Regel.

Auch die ständig wachsende Anwendung von Stahlbetonfertigteilen führt zu einer Verdichtung des Arbeitstages. So ist es durchaus üblich, daß die angelieferten Fertigteile direkt vom LKW verbaut werden müssen. Eine Zwischenlagerung findet nicht mehr statt. Da der stehende LKW den Kapitalisten auf den Profit drückt, werden die Montagearbeiter laufend dazu angetrieben, noch schneller die Fertigteile zu verarbeiten. Auf großen Baustellen läuft diese Arbeit dann rund um die Uhr im Akkord.

Für die Auszahlung des Akkordlohnes muß laut Akkordtarifvertrag dem Kapitalisten erst einmal ein Aufmaß der Kolonne vorliegen. Diese Berechnung wird nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) durchgeführt. Dann hat der Kapitalist 12 Tage Zeit, dieses Aufmaß zu prüfen. Während dieser Zeit bekommt die Akkordkolonne einen Abschlag in der Höhe des tariflich vereinbarten Stundenlohns und der tatsächlich gearbeiteten Stunden. Zuschläge und Zulagen werden nur auf den tariflichen Stundenlohn vergütet. Wenn die Akkordarbeiten länger als einen Monat dauern, muß die Akkordkolonne prüfungsfähige Zwischennachweise erbringen, diese muß der Kapitalist zwar sofort prüfen, aber der Akkordarbeiter bekommt nur wieder einen Abschlag. Dieser setzt sich aus dem Tarifstundenlohn und 80% vom vorläufig ermittelten Akkordüberschuß zusammen. Dauern die Akkordarbeiten länger als 12 Monate, ist nach 12 Monaten eine Endabrechnung aller abgeschlossenen Arbeiten durchzuführen. Es kann also durchaus vorkommen, gerade bei größeren Bauvorhaben, daß die Akkordkolonne ein Jahr auf die vollständige Auszahlung ihres Lohnes warten muß. Damit aber noch nicht genug.

Nicht nur daß die Bauarbeiter durch den Akkord zu verstärkter Arbeitshetze getrieben werden sollen, sie sollen auch noch für die aus der Akkordarbeit resultierenden Fehler aufkommen. So heißt es im Akkordtarifvertrag Hamburg Mai 1968 unter:

§ 9
Mängelrügen

„I. Gegebenenfalls auftretende Beanstandungen haben während der Dauer der Akkordarbeiten laufend zu erfolgen, um eine rechtzeitige Mängelabstellung zu ermöglichen ...

II. Die Anzeige ist mit der Aufforderung zu verbinden, innerhalb von 3 Werktagen mit der Mängelbeseitigung zu beginnen. Bei Ablehnung oder nach fruchtlosem Fristablauf kann der Arbeitgeber die Mängel auf Kosten der Akkordkolonne von Dritten beseitigen lassen. Die der Akkordkolonne dafür in Rechnung zu stellenden Kosten umfassen:
a) den tatsächlichen Lohnaufwand zuzüglich 40% Zuschlag für lohngebundene Kosten,
b) den tatsächlichen Materialaufwand zu Einstandspreisen.“

§ 12
Haftung

„I. Die Akkordteilnehmer haften gegenüber dem Arbeitgeber gemeinsam für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus der Akkordabmachung. Sofern Haftungsansprüche gerichtlich geltend gemacht werden, sind vom Arbeitgeber alle Akkordteilnehmer gemeinsam als Gesamtschuldner zu verklagen. Jedem Akkordteilnehmer steht der Entlastungsnachweis offen, daß er infolge Nichtbeteiligung die Schadensverursachung nicht zu vertreten hat.“

Und auch den Zugriff auf die unverbrauchte, jugendliche Arbeitskraft für die Akkordarbeit hat sich die Kapitalistenklasse mit dem Akkordtarifvertrag gesichert. Unter § 7 Akkordkolonne Abs. IV heißt es:

„IV. Lehrlinge dürfen der Akkordkolonne unter Beachtung der Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes in einem der Zahl der Facharbeiter angemessenen Verhältnis zur Anleitung zugeteilt werden. Die fachliche Unterweisung der Lehrlinge ist durch den Lehrherrn sicherzustellen.“

Wollen die Bauarbeiter der vollkommenen Verelendung und der sklavischen Auslieferung an die Kapitalisten durch den Akkordtarifvertrag entgehen, müssen sie dafür eintreten, daß das Akkordsystem sowie alle akkordähnlichen Systeme abgeschafft werden. Durchgesetzt werden kann das nur im Kampf für einen ausreichenden Tarifstundenlohn. Der jetzige Tarifkampf muß dazu unbedingt genutzt werden. – (Z-Red.)

Auswirkungen der Akkordhetze: Verstärkter Verschleiß und mehr schwere Unfälle

Wie die Arbeitskraft der Bauarbeiter verschlissen wird, läßt sich an der Untersuchung über Altersstruktur und Arbeitslosigkeit gut erkennen. Den größten Teil der Arbeitslosen, nämlich 29,5%, machen die 35- bis 44jährigen aus, gefolgt von der Altersgruppe der 45- bis 54jährigen mit 20,3%. Diese Arbeiter sind schon soweit zerschlissen, daß sie dem Baukapitalisten nicht soviel an Profit bringen wie die junge Arbeitskraft und von daher rausgeschmissen und erst gar nicht wieder eingestellt werden.

Untersuchen wir die Zahlen der Unfälle und Berufskrankheiten, stellen wir fest, daß die tödlichen Unfälle sowie die Berufskrankheiten beständig zunehmen. Wenn die gemeldeten Arbeitsunfälle gleichzeitig abnehmen, ist das in vielen Fällen darauf zurückzuführen, daß sich die Bauarbeiter heute genau überlegen müssen, ob sie nun den Unfall melden mit der Gefahr, rausgeschmissen zu werden, oder ob sie den Unfall lieber nicht melden und krank weiterarbeiten.

Veränderung der Altersstruktur im Baugewerbe

Altersgruppe	1965	1975
bis 19 Jahre	4,6%	19,8%
20 bis 29 Jahre	31,5%	32,9%
30 bis 39 Jahre	28,3%	28,3%
40 bis 49 Jahre	12,7%	11,1%
50 bis 59 Jahre	14,6%	7,9%

Quelle: Statistische Untersuchungen ZVK

Unfälle und Berufskrankheiten im Baugewerbe

Jahr	Zahl der Versicherten in Tsd.	angezeigte Arbeitsunfälle	in Prozent der Versicherten	Prozentanteil der tödlichen Arbeitsunfälle	Berufskrankheiten in Prozent der Versicherten
1970	2 480	420 458	16,95	0,16	0,10
1971	2 514	426 019	16,95	0,185	0,10
1972	2 559	410 956	16,06	0,16	0,10
1973	2 621	385 206	14,70	0,17	0,115
1974	2 479	319 084	12,97	0,19	0,12

Quelle: Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften

Eine bittere und unnötige Niederlage der Arbeiter bei Volvo Gent

Nach 23 Tagen endete am 21. April der Streik in drei Volvo-Fabriken in Gent/Belgien mit einer bitteren Niederlage für die rund 2000 Arbeiter. Die Forderungen des Streiks: Keine Entlassungen! Bezahlung des 1. Krankheitstages nach sieben (statt wie bisher nach 14) Tagen Krankheit!, konnten nicht durchgesetzt werden.

Begonnen hatte die aktuelle Auseinandersetzung vor ungefähr sechs Monaten, als die Kapitalisten auf einer Betriebsversammlung die Entlassung von 220 Arbeitern, rund 10 Prozent der Gesamtbelegschaft, angekündigt hatten. Die schwedische Krone war gerade abgewertet worden, es erschein ihnen deshalb profitabler, einen Teil der Produktion zurück nach Schweden zu verlagern. Gleichzeitig sollen die Volvo-Fabriken außerhalb Schwedens umorganisiert und durchrationalisiert werden. Wie die Volvo-Kapitalisten kürzlich veröffentlichen ließen, haben sie 1977 wie schon in den Jahren davor in Europa und den USA wachsende Marktanteile erkämpfen können. Dadurch um so hungriger geworden, wollen sie die Werke in Belgien, die die EG und die USA, aber teilweise auch den Nahen Osten und Australien beliefern, zu noch schlagkräftigeren Stützpunkten für ihre Konkurrenzschlachten ausbauen. Der Teil der Arbeiter, der nach diesen ehrgeizigen Plänen „überzählig" wird, nicht mehr profitabel genug auszubeuten ist, soll auf die Straße geworfen, der andere einer gewaltig verschärften Ausbeutung unterworfen werden. Obwohl die Arbeiter in den Genter Volvo-Werken vor Jahren schon die Abschaffung des Stücklohns, der mörderischen Akkordarbeit, durchgesetzt hatten, konnten die Kapitalisten die Produktionsziffern in den letzten acht Jahren verdoppeln. Alle drei Minuten muß heute ein Wagen fertig aus der Fabrik rollen; wer das Arbeitstempo nicht mithalten kann, wird mit ärztlichem Attest entlassen. Arbeiter berichteten uns, daß täglich Zeitnehmer durchs Werk laufen und nach jeder kleinsten Pore suchen, die noch mit zusätzlichen Arbeiten ausgefüllt werden kann. Getrieben von ihrem Verlangen, die Konkurrenten bei der Ausbeutung der Arbeiter zu übertrumpfen, sind die Kapitalisten wahrhaftig nicht zimperlich, und geradezu erfinderisch sind sie, wenn es um Methoden der Lohnsenkung geht. Seit zwei Jahren wurden die Löhne bei Volvo nicht mehr erhöht, mit Hinweis auf die gesetzlichen Angleichungen an die offiziellen Preissteigerungsraten, was ein einziger Betrug ist und die wirkliche Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht im mindesten ausgleicht. Zusätzlich werden regelmäßig und nach Plan Arbeiter an schlechter bezahlte Arbeitsplätze, von höheren in niedrigere Lohngruppen umversetzt. 100 Arbeitern wurde erklärt, daß sie „überbezahlt" seien und ihr Lohn deshalb jährlich um zwei Prozent gekürzt werden müsse.

Die Volvo-Kapitalisten gingen mit dem festen Vorsatz in den Tarifkampf im Februar diesen Jahres, die 220 Entlassungen im Tarifvertrag festzulegen und einen weiteren Einbruch in das Lohnniveau zu erreichen. Als die Belegschaft des Personenwagenwerkes (1500 Arbeiter) von ihrem „Angebot" erfuhr, trat sie sofort in den Streik: *Keine Entlassungen!* Weder die christliche noch die sozialistische Metallgewerkschaft unterstützte den Streik; stattdessen handelten die Gewerkschaftsführer mit den Volvo-Kapitalisten einen Tarifvertrag nach deren Geschmack aus. Seine Hauptpunkte: 110 Entlassungen; keine Lohnerhöhung; Verpflichtung der Arbeiter auf den „sozialen Frieden", d.h. Streikverbot; drei weitere Urlaubstage und die Verkürzung der Arbeitszeit auf 39 Stunden ab 1979. Und selbst diesen Tarifvertrag, der trotz mehrheitlicher Ablehnung durch die Arbeiter in Kraft trat, gedachten die Kapitalisten nicht eine Minute lang einzuhalten.

Bis zum April hatten sie bereits 117 Arbeiter mit „goldenem Händedruck" (d.h. einer Prämie) – „Gold? Blech!", sagen die Arbeiter – entlassen. Zum 1. April kündigten sie weiteren 110 Arbeitern „laut Tarifvertrag". Am 28.3. traten daraufhin erst die Arbeiter des Ersatzteil-, dann des Lastwagen-, schließlich des Personenwagenwerkes in den Streik, der insgesamt zu 80% befolgt wurde. Obwohl die Kapitalisten alles versuchten, den Streik zu brechen, Bestechung, Drohbriefe, Hausbesuche; obwohl sie täglich bis zu 200 Mann Polizei und Reichswache (Bereitschaftspolizei), Wasserwerfer, Stacheldrahtzäune, Kameras und gepanzerte Streikbrecherbusse einsetzten, stand die Streikfront im großen und ganzen vierzehn Tage lang fest. In der dritten Streikwoche bröckelte sie rasch ab. Am Donnerstag, den 20. März, zählten die Streikposten dann über 900 Arbeitswillige, fast 50% aller Arbeiter.



Die Ursachen sind nur zum Teil in dem ungeheuren Druck der Kapitalisten auf jeden einzelnen Arbeiter zu suchen. Die meisten Arbeiter haben diesem Druck, der mit Versprechungen auf Rücknahme der Lohnkürzung, Prämien, Höherstufung, gegenüber einzelnen von der Entlassung Betroffenen mit Rücknahme der Kündigung „versüßt" war, 14 Tage und länger, über die Hälfte 23 Tage lang standgehalten und ebenso den brutalen Einsätzen der Polizei auf die Streikposten. Ermutigt hatte sie dabei die Solidarität der 44000 schwedischen Arbeiter des Göteborger Volvo-Hauptwerkes, die 40000 bfr (knapp 3000 DM) zur Streikunterstützung gesammelt und seit Beginn des Streiks alle Überstunden und sonst regelmäßigen Samstagsschichten, alle Streikbrecherarbeiten verweigert hatten. Nein, dieser Streik wurde systematisch in die Niederlage geführt von den christlichen und sozialistischen Gewerkschaftsführern, die die Volvo-Arbeiter schon vorher den *umfassenden* Angriffen der Kapitalisten preisgegeben hatten und jetzt den Streik, den sie nicht verhindern konnten und dessen Triebkraft die jahrelangen Lohnsenkungen, die verschärfte Ausbeutung, die Antreiberei, die zahllosen Schikanen waren, zu einem „Solidaritätsstreik für die 110 Entlassenen" umbogen. Von den Arbeitern selbst war z.B. auch die Forderung nach Lohnausgleich bei Umsetzungen erhoben worden, die Gewerkschaftsführer bügelten sie unter. So war es bei aller Kampfbereitschaft, bei allem mutigen Einsatz nur eine Frage der Zeit, bis bei vielen Arbeitern Resignation sich breit machte.

Auf die dritte und letzte Streikversammlung am Donnerstag kamen statt 1000 wie zur ersten nur noch 300 bis 400 Arbeiter, die meisten von ihnen entschlossen, über Kampfschritte zur Stärkung der Streikfront und zur Fortsetzung des Streiks zu beraten. Stattdessen setzten der christliche und der sozialistische Gewerkschaftssekretär alles daran, den Kern der kampfbereiten Arbeiter zu entmutigen, zu isolieren und zu demütigen. Der erste Teil ihres abgekarteten Zusammenspiels: Ein Loblied auf die internationale Solidarität und die Solidarität der versammelten Arbeiter mit ihren entlassenen Kollegen, als wäre das der einzige und Hauptinhalt des Streiks. Dennoch, die Saat ist gelegt. Zweiter Teil: Beteuerung der eigenen Streikbereitschaft und „Pessimismus" über die Streikbereitschaft der noch über 1000 im Streik stehenden Arbeiter. Dritter Teil: Die von der Entlassung betroffenen anwesenden Kollegen sollen sich erheben. „Wieviel sind denn überhaupt hier? Nur 25. Wie sollen wir denn weiterkämpfen, wenn die Betroffenen selbst nicht mehr an den Erfolg glauben?" – Keiner soll glauben, daß dies nach allem nicht auf fruchtbaren Boden fällt. Bei einem Teil der Arbeiter breitet sich Unsicherheit aus. Wut und Empörung bei den anderen, viele Redner sprechen für Fortführung des Streiks. Vierter Teil: Vorschlag auf Abstimmung über den weiteren Streik. „Aber alle, die schon resigniert haben und für sich selbst entschlossen haben, daß sie wieder arbeiten wollen, sollen vorher herausgehen, um die Abstimmung nicht zu verzerren." Dieser Vorschlag ist hinterhältig – über 100 Arbeiter verlassen den Raum, Wut und Ratlosigkeit wachsen – und leitet den sechsten Teil ein: Mit dem höhnischen Hinweis: „Sollen 100 Arbeiter (mit den Zahlen nahmen sie es so genau nicht) für 2000 weiterstreiken?" wird der Streik ohne weitere Debatte, ohne, daß man die Lehren zieht, ohne, daß man sich z.B. darauf einigt, daß keiner der streikenden Arbeiter gemaßregelt werden darf, für beendet erklärt. Ab Freitag solle wieder gearbeitet werden. Ein Sturm der Entrüstung: „Ab Montag". Doch die Gewerkschaftsführer bestehen darauf, die Niederlage perfekt zu machen und entziehen jedem, der am Freitag nicht arbeitet, die Unterstützung der Gewerkschaften. Ihr Verdienst besteht nicht nur darin, eine erfolgreiche Führung des Streiks, sondern auch – das mindestens – einen Rückzug in geordneten Reihen verhindert zu haben. Es ist in diesen Klassenschlachten nicht anders als in militärischen Schlachten: Der Feind wird erbarmungslos nachzusetzen versuchen. Teuer müssen die Arbeiter bezahlen, daß die Gewerkschaften, ihre Klassenorganisationen, von solchen Elementen beherrscht werden. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Westdeutsche Imperialisten verletzen Souveränität der Ostseeanlieger

Mit Fischerbooten Präsenz demonstrieren und die letzten profitablen Fischgründe ausrauben

Ostsee auch EG-Meer? So scheint es, liest man die bürgerlichen Zeitungen des Landes. Nur, daß es die anderen Länder nicht begreifen, wird suggeriert. Die westdeutschen Imperialisten sind wild entschlossen, ihren Fuß nicht freiwillig zurückzuziehen, haben sie ihn irgendwo hingesetzt. Nationale Interessen anderer Länder, was ist das gegen die Aussichten auf Profit. Dabei ziehen sie gegenwärtig nicht hohen Profit aus der Ausplünderung der Ostsee. Das ist bei der leergeplünderten Ostsee gar nicht möglich. 1977 war die Fangquote für Hering 17455 Tonnen, gefangen wurden gerade 8000 Tonnen. Trotzdem treiben sich die westdeutschen Fischer in fremden Gewässern herum.

Die Absichten und Methoden der westdeutschen Imperialisten sind in ihrer Presse dokumentiert:

„Der Fischkutter SK 58 war ... in der vergangenen Woche von einem polnischen Militärschiff aufgebracht worden, weil sein Eigner Fritz Draasch angeblich die neuen Fischereizonen des Landes verletzt habe." (Kieler Nachrichten, 12.4.)

„Die Finkenwerder Flotte der Hochseefischerei steht mit der schwedischen Küstenwache auf Kriegsfuß. Zum zweitenmal innerhalb von nur zwei Monaten wurde von den Schweden ein Kutter aus Hamburg aufgebracht. Der Anlaß ist geradezu läppisch: Die Maschen des Fanggeräts sind einen halben Zentimeter zu eng, zu viele kleine Fische würden im Netz bleiben. Die Quittung des Fiskus für den Finkenwerder Kapitän und Eigner ...: 18000 Kronen Geldbuße, was umgerechnet etwa 8000 DM entspricht. (...) Es konnte jedoch nicht verhindert werden, daß die schwedischen Behörden die schon gefangenen sieben Tonnen Ostsee-Dorsch beschlagnahmten." (Hamburger Abendblatt, 12.4.)

„Die Fischer der Bundesrepublik müssen ihre Fangreisen in die Ostsee einstellen; für sie ist kein Platz mehr. Nach dem 'Mittellinienprinzip' haben Schweden, Polen, die DDR und die Sowjetunion ihre Fischereigrenzen bis zur Mitte der Ostsee ausgedehnt. Die deutschen Kutterfischer können jetzt nur noch in den dänischen Gewässern ihre Netze auswerfen, weil das Land zur EG gehört. Bisher durften die deutschen Fischer jährlich 12000 Tonnen Dorsch, 4000 Tonnen Hering und 25 Tonnen Lachs in der Ostsee fangen. Diese Mengen sind in deutsch-dänischen Gewässern nicht zu finden." (Die Welt, 12.4.)

„Bonn proklamiert in Kürze eigene Ostseefanggründe." (Kieler Nachrichten, 13.4.)

„Bundesernährungsminister Josef Ertl hat sich besorgt über die dänische Industriefischerei in der Ostsee geäußert. Dadurch könnten die Fischbestände zum Nachteil der Konsumfischerei geschädigt werden. (...) Die Bundesregierung werde deshalb ihre Bemühungen um sachgerechte Beschränkungen der Industriefischerei fortsetzen." (Kieler Nachrichten, 13.4.)

Im Nachtragshaushalt für 1978 sollen 25 Mio. Mark für die Fischwirtschaft eingesetzt werden. 2 Millionen davon für die Kutterfischer in der Ostsee, 17 Millionen für die Hochseefischerei. „Die Mittel sollen speziell für Abwrack-Aktionen sowie für den Fang, die Verarbeitung und die Werbung für bisher wenig gefangene Fischarten verwendet werden. (FAZ, 20.4.) Seltene Fischarten gibt es bekanntlich in der Ostsee keine (mehr). Es steht fest, große Investitionen dort lohnen sich für die westdeutschen Imperialisten nicht. Dennoch wird die Ostsee nicht aufgegeben, der strategischen Bedeutung wegen. Den Durchgang zur Nordsee zu kontrollieren ist wichtig beim Kampf um Europa, diese Kontrolle wollen sie jetzt nicht aufgeben. Ertl hat den drohenden Finger gegenüber Dänemark erhoben, und man darf gespannt sein, wie weit die deutschen Fischereizonen gehen werden.

Die ehrgeizigen Pläne der westdeutschen Bourgeoisie erfordern umfangreiche Vorbereitungen und der Raum dafür soll erhalten bleiben. Gleichzeitig sind so die westdeutschen Imperialisten immer präsent mit hochwertigen Gerätschaften, nützlich nicht nur für „Forschung".

Obwohl die Ostsee ein sauerstoffarmes Brackwassermeer, ohne bekannte größere Bodenschätze, von den Imperialisten heute bis auf den Dorsch leergefischt, ist, konzentriert sich ein Großteil der biologischen und ozeanographischen Forschung am Institut für Meereskunde Kiel auf die Ostsee. Dies hat weniger mit der geographischen Lage Kiels zu tun. Die biologische Forschung beschäftigt sich wesentlich mit der Untersuchung von Nahrungsketten im Meer, Fischzüchtungen im warmen Abwasser vom Kraftwerk Kiel, Untersuchungen zur Fischbrut, alles mit dem Ziel der Maximierung der Fischereierträge und der Effektivierung der Fischzucht. So kann man Wissenschaftler und Geräte an im Vergleich zu anderen Meeresgebieten relativ komplizierten Verhältnissen in der Ostsee ausbilden und testen, um sie dann weltweit einzusetzen.

Entsprechend werden die Wissenschaftler des Instituts Kiel hauptseitig in der Antarktis (Fischereibiologen forschen über Krill), vor Westafrika (Ozeanographen und Biologen untersuchen das Emporquellen von nährstoffreichem Tiefenwasser an der Küste) und im Nordatlantik eingesetzt.

Die Verschmutzung und die dadurch bewirkte zusätzliche Sauerstoffzehrung in der Ostsee (Eutrophierung) sind die Ursachen größerer Fischsterben in den letzten Jahren. Entsprechend sind die Vertuschungen der Auswirkungen imperialistischer Industrieproduktion durch Dreck und Gift. Starb „überwiegend an sozialem Streß", kann man in Veröffentlichungen über Einflüsse von Umweltfaktoren auf die Hälterung von Fischen lesen, größere Fischsterben in der Ostsee führen die Professoren auf den „Wind" zurück, der den Fischen das sauerstoffarme Wasser vors Maul geblasen hat, und der leider unberechenbar sei.

Im Hinblick auf mögliche Kernkraftwerksbauten an der Ostsee sind Gutachten für die Gesellschaft für Kernenergie in Schiffahrt und Schiffbau (GKSS) angefertigt worden.

Kriegsforschung ist die zweite Seite der Forschung. Ozeanographen lieferten 1976 eine neue, detaillierte Tiefenkarte der Ostsee. Meeresbotaniker kartierten im Auftrag der Fraunhofer-Gesellschaft Gerölle und größere Steine in der westlichen Ostsee, offizielles Thema natürlich „Verbreitung der Algen". An diesem Projekt erprobte die Firma IBAK senzeit völlig kostenlos Vorläufer der Unterwasserfernsehanlage, die heute auf dem Schiff „Valdivia" zur Mangankollensuche eingesetzt wird. – (N-Red./Bezirk Holstein)

Warnstreiks bei Opel

Rüsselsheim. Am Mittwoch, 19. April, haben etwa 500 Arbeiter aus dem I-Bau (Achsenbau) bei Opel Rüsselsheim einen kurzen Warnstreik durchgeführt. Am Donnerstag, 20. April, zogen aus dem Bereich K40, wo pro Schicht etwa 6000 Arbeiter an den Bändern konzentriert sind, knapp 1000 Arbeiter um 10.30 Uhr zu Beginn der Mittagspause durch das Werk und vor die Personalabteilung, wo Betriebsrat und Geschäftsleitung gegenwärtig über eine Betriebsvereinbarung über die effektiv bei Opel zu zahlende Lohnerhöhung verhandeln. Auf Tafeln waren Forderungen mitgetragen worden: 5% mindestens auf den Ecklohn (das entspricht etwa 90 DM im Monat); 180 DM ab Januar. Weitere Forderungen wurden gerufen: Keine Sonderschichten mehr; ein bis zwei Tage mehr Tarifurlaub. Vor allem ausländische Arbeiter forderten auch: Mindestens sieben Wochen bezahlten Urlaub im Jahr. Ein Vertreter der Geschäftsleitung mußte Stellung nehmen: Man stehe in Verhandlungen, morgen um 11 Uhr verhandele man weiter. Gedroht hat er, daß jeder einen Arbeitsvertrag habe und man den erfüllen müsse. Der Betriebsratsvorsitzende Heller hat auf die Aufforderungen, sofort weiterzuverhandeln, beteuert, er sei jederzeit bereit. Worüber er verhandelt, hat er nicht gesagt – wie auch die Geschäftsleitung kein Angebot gemacht hat. Gegen 12 Uhr, eine Stunde nach Ende der Pause, ist die Versammlung beendet worden. Bekannt ist geworden, daß die Geschäftsleitung bisher zugesichert hat, die 5% auf den Opel-Ecklohn auszuzahlen. Nach Auskunft des Betriebsrats wird in den Verhandlungen angestrebt, für die ersten vier Monate eine Pauschale entsprechend dem Ergebnis von Nordwürttemberg-Nordbaden auszuhandeln – also viermal 137 DM. Weiter sollen die unteren Lohngruppen, voraussichtlich 2 bis 5, stärker als 5% effektiv erhöht werden. Am Freitag wollen Arbeiter aus verschiedenen Abteilungen wieder zur Personalabteilung ziehen zu Beginn der Mittagspause, um ihre Forderungen zu bekräftigen und sich über den Stand der Verhandlungen zu informieren.

Rüsselsheim. Auf der Mitgliederversammlung am Samstag, 22.4., der IGM, Belegschaftsangehörige der Adam Opel AG, hat der Opel-Betriebsratsvorsitzende Heller das Ergebnis der Lohnverhandlungen zwischen Geschäftsleitung und Gesamtbetriebsrat bekanntgegeben: Für die Monate Januar bis einschließlich April je 137 DM sowie 5% auf den Opel-Lohn. In Lohngruppe 6 (hessischer Ecklohn) entspricht das übers Jahr einem Betrag von 105,57 DM.

Die Mitgliederversammlung war einberufen worden zwecks Wahl von 109 Delegierten der Adam Opel AG für die Vertreterversammlung der IGM, Bezirk Darmstadt. Anwesend waren ca. 600 bis 700 Mitglieder. In der rund dreistündigen Debatte wurde zu dem jetzigen Ergebnis bei Opel Stellung genommen. Mehrere Redner kritisierten, daß man mit diesem Ergebnis nicht hätte abschließen brauchen und wenigstens einen mit dem letzten Jahr vergleichbaren Abschluß (0,66 DM bis einschließlich Lohngruppe 5 pro Stunde) anstreben hätte können. Führende Sozialdemokraten, unter anderem die Betriebsräte Schwarz und Wink, Vorsitzender des Vertrauensleutekörpers, gingen auf Spaltung: Bei der Streikbewegung der letzten Tage seien die deutschen Arbeiter nicht zu mobilisieren gewesen, daß sei der Abschluß sowieso der beste seit Jahren. Dagegen traten Arbeiter auf, die die Taktik der IGM angriffen, nicht frühzeitig die Urabstimmung eingeleitet zu haben und insbesondere die für den 5.4. angesetzte Großkundgebung der IGM in Rüsselsheim kurzfristig abgesetzt zu haben.

Aufgerufen wurde, den Kampf der VW-Arbeiter nach ihrer erfolgreichen Urabstimmung zu unterstützen. Nach Kräften gingen die Sozialdemokraten auf Unterdrückung der Auseinandersetzung über die Lohnbewegung und die Unterstützung der VW-Arbeiter. Einen Antrag, die Debatte über den Tarifkampf abzubrechen, brachten sie durch, konnten ihn aber nicht praktisch anwenden. Auf der Versammlung wurde begonnen, die Lehren aus diesem Tarifkampf zu ziehen: Die volle Kampfkraft werde nur entfaltet, wenn eine Forderung in Festgeld oder zumindest mit Mindestbetrag stehe. Weiter müsse man anstreben, die unteren Lohngruppen stärker anzuheben. Die führenden Sozialdemokraten angeschlagen waren, zeigte die Neuerfnung der Kandidatenliste für Kandidaten für die Vertreterversammlung, nachdem urspünglich die Frist bereits vor 14 Tagen abgelaufen war. 235 Kandidaten standen schließlich auf der Liste. Das Ergebnis wird erst Montag bekanntgegeben. In jedem Fall ist weder die Lohnbewegung noch die Auseinandersetzung über die von ihr erstrebten Erhöhungen beendet. Das wird sich schon auf der Betriebsversammlung bei Opel am 26.4.78 zeigen.

Köln. Die Geschäftsleitung der Ford-Werke AG hat am 20. April nach Verhandlungen mit dem Gesamtbetriebsrat einseitig erklärt, daß sie die Erhöhung von 5% auf den Effektivlohn ab April 440 DM. Für Lohngruppe 7 machen die 5% 57 Pfennig (im Monat bei 173 Stunden 98,61 DM) aus. Außerdem werden sämtliche Zulagen um 2 bis 3 Pfennig erhöht, die Zulage für Samstagsarbeit von 10 auf 12 DM, die Erschwerniszulage von 10 auf 11 Pfennig pro Punkt, d.h. Ausbau des Zulagensystems und Ausbau des Überstunden- und Schichtsystems. Der Gesamtbetriebsrat hat erklärt, daß keine Einigung zustandegekommen ist, die Forderung des Betriebsrats: 5% auf den Effektivlohn und mindestens 150 DM für die ersten vier Monate, sowie andere Zulagenpfennige, nicht erfüllt worden ist.

Bayer-Arbeiter demonstrieren gegen Verhandlungsergebnis

Wuppertal. Am 17. April formierten sich etwa hundert, zum großen Teil sogenannte Weißkittler, d.h. Chemielaboranten, auch viele Jugendliche, zu einem Demonstrationszug durch das Bayer-Werk, anschließend an die Pause, gegen 13 Uhr. Diesem Demonstrationszug schlossen sich weitere an, zum Teil Chemiewerker, für die es schwer ist, den Arbeitsplatz zu verlassen, weil Explosionsgefahr besteht. Der Zug dauerte etwa eine Stunde und wuchs auf 250 bis 300 an. Die Aktion richtete sich gegen das Ergebnis der Gespräche der Verhandlungskommission, und auf den mitgeführten Transparenten wurden die Forderungen mitgetragen „5,8% statt 4,3!“ (laut anderen Aussagen 5%), „6 Wochen Urlaub!“, „500 DM für Auszubildende!“. Der Betriebsratsvorsitzende hat sich von der Aktion distanziert. Ein Jugendvertreter sagte: „Wir waren viel zu spät dran, nächstes Jahr wissen wir es besser.“

Neuer Urlaubstarif

Gelsenkirchen. Am 7. April hat die IG Chemie, Papier, Keramik für die Flachglasabteilung der Industrie einen neuen Urlaubstarifvertrag abgeschlossen. 1978, 1979 und 1981 soll danach der Tarifurlaub um jeweils einen Tag pro Jahr angehoben werden. Das Urlaubsgeld soll 1980 von 24 auf 26 DM und 1982 auf 28 DM erhöht werden. Der neue Vertrag ist erstmals zum 31.12.82 kündbar.

Tarifverhandlungen Zementindustrie Unterelbe vertagt

Kiel. Die Verhandlungen sind vom 16. April vertagt worden auf den 3. Mai, da man sich nicht einigen konnte. Die Kapitalisten haben 4,5% angeboten. In Niedersachäen äollen die zweiten Verhandlungen am 25. April und in Nordrhein-Westfalen am 28. April stattfinden.

Bosch-Kapitalisten wollen Arbeitsdienst

Darmstadt. Mit 417000 DM unterstützt die Bosch-Stiftung ein Projekt, das für Jugendliche, „die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind“, Arbeitsdienst einführen will. „Auch in Werkstätten, bei Reparaturen und Renovierungen können jugendliche Straffällige mitarbeiten“, schreibt die Kapitalisten-Postille „Bosch-Zünder“. Besser als durch Verurteilung würden die Jugendlichen dadurch lernen, „wie sie ihre Freizeit sinnvoll gestalten können“.

Nach Abschluß des „Raster“: Neue Technik im großen Stil

Frankfurt. Beim Druck- und Verlagshaus Frankfurt (Frankfurter Rundschau), Werk Frankfurt, sind jetzt sieben OCR-Bildschirmgeräte für die Anzeigenabteilung angeschafft worden. Am Montag, den 17. April, wurde bei der Rundschau erstmalig die Regionalausgabe der „Bild“-Zeitung an der neuen Vierfarben-Offsetrotation in Neu-Isenburg gedruckt, die vorher bei der Frankfurter Societäts-Druckerei an der Hochdruckrotation hergestellt worden war. Für die Arbeiter bei der Rundschau, Werk Isenburg, bedeutet dies über den Normalarbeitstag hinausgehende Schichten, z.B. von 14 bis 23 Uhr und von 16 bis 2 Uhr morgens.

cietäts-Druckerei an der Hochdruckrotation hergestellt worden war. Für die Arbeiter bei der Rundschau, Werk Isenburg, bedeutet dies über den Normalarbeitstag hinausgehende Schichten, z.B. von 14 bis 23 Uhr und von 16 bis 2 Uhr morgens.

Erforderliche Stellen gegen den Dienstherren durchsetzen

Westberlin. Freie Universität. Über 600 Beschäftigte des Fachbereichs 15 haben auf ihrer Personalversammlung am 14. April in der Debatte über den Tarifabschluß beschlossen, den Personalrat aufzufordern, für die Durchsetzung dieses Vertrags zu sorgen. Da die zusätzlichen Urlaubstage zwangsläufig Mehrarbeit für die Beschäftigten bedeuten, soll sich der Personalrat dafür einsetzen, daß entsprechend mehr neue Planstellen geschaffen werden. Der ÖTV-Vertrauensleutekörper im Klinikum Steglitz beschloß am 13. April einstimmig, daß die zwei Tage zusätzlicher Urlaub, die etwa 3000 Beschäftigte im Klinikum erhalten, nicht zu Mehrarbeit führen dürfen. Die zusätzlich erforderlichen Stellen sollen gegen den Dienstherren durchgesetzt werden.

Die 4,5% müssen im Mai bezahlt werden

Heidelberg. „4,5% decken nicht die Teuerungsrate, und bis die uns das ausbezahlt haben, haben wir nichts mehr davon.“ Das ist die Meinung der Mehrzahl der Beschäftigten der Uniklinik. Die meisten Beschäftigten schätzen, daß die Auszahlung erst im Juni, Juli sein wird – zusammen mit dem Urlaubsgeld. Durch die Besteuerung wird auch davon nichts übrig bleiben, vom Urlaubsgeld (150 DM) ca. 40 bis 50 DM. In einigen Abteilungen wird diskutiert, die Verwaltung aufzufordern, im Mai zu zahlen. In einer Abteilung soll jetzt regelmäßig Buch über die Preise von einigen Lebensmitteln und die monatlichen Brutto-Netto-Zahlungen geführt werden.

Gemeinsamer Aufbau einer eigenen Werftindustrie

London. Zwei Staaten der Dritten Welt, Bangladesch und Singapur, haben beschlossen, im Schiffbau und in anderen Industriezweigen zusammenzuarbeiten. Zum Abschluß eines Besuchs des Planungsministers von Bangladesch Huda in Singapur gab die Regierung von Bangladesch den Beschluß bekannt, zwei Handelsschiffe in der Größe von 15000 Tonnen in Singapur zu kaufen. Außerdem wurde eine gemeinsame Planung für den Aufbau von Werften in Bangladesch beschlossen, die kleinere Küsten- und Handelsschiffe, die dem Bedarf von Bangladesch entsprechen, bauen können. Weiter wurde eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Holzverarbeitung, der Kleidungsindustrie, der Elektronik und der Nahrungsmittelindustrie beschlossen.

Die Kautschuklöhne sind nicht hoch – niedrigster Chemiearbeiterlohn schon 97 Pfennig mehr

Conti-Vorstandsvorsitzender Hahn: „Die ersten Früchte unserer Unternehmenspolitik reifen“

Ein Vorurteil, von den Kautschukkapitalisten kräftig geschürt, meint, die Löhne in der Kautschuk-Industrie liegen viel höher als die der Chemiearbeiter. Ist die Chemie-Industrie dafür bekannt, daß für wenig Lohn die Arbeiter Knochenarbeit, meistens in Akkord, rund um die Uhr leisten müssen, dann gilt das erst recht für die Kautschuk-Industrie.

Die Kautschuk-Kapitalisten in Niedersachsen, also die Conti-Kapitalisten, haben es in den vergangenen Jahren geschafft, den Tariflohn ständig weiter zu drücken.

Das Schaubild zeigt, daß der Tariflohn aller Lohngruppen bis auf die Lohngruppe 6 inzwischen bis zu 97 Pfennig (LG 1) unter den Lohn der entsprechenden Lohngruppe der Chemie-Industrie gesenkt worden ist. Prozentual am stärksten sind die unteren Lohngruppen gedrückt worden. Die Arbeiter der chemischen Industrie haben 1974 die Streichung der unteren beiden Lohngruppen durchsetzen können, die Kautschuk-Arbeiter haben zwar öfter zusätzliche Anhebungen der Lohngruppe 1 und 2 erkämpft, was jedoch die Lohnsenkungen durch die unzureichenden und zu niedrigen Prozentabschlüsse über Jahre hinweg überhaupt nicht auffangen kann. Beständig seit 1974 liegen die Lohnabschlüsse der Kautschukarbeiter unter denen der Chemiearbeiter.

Tariflöhne der Kautschukindustrie im Vergleich zu den Chemie-Tariflöhnen

DM/Pfg./Std.

LG 6 bzw. ab 1975 4
LG 5 bzw. ab 1975 3
LG 4 bzw. 2

1971 1972 1973 1974 1975 1976 1977 1978

6, 5, 4, 3, 2, Lohngruppe 1

Als Säulen dargestellt sind die Stundenlöhne der Chemie-Industrie Niedersachsen unterteilt nach den Lohngruppen, wobei bis 1974 die Lohngruppen 1 und 2 nicht berücksichtigt sind. Mit Linien ist dargestellt, um wieviel Pfennig die Löhne der niedersächsichen Kautschuk-Arbeiter über bzw. unter den Löhnen der jeweils entsprechenden Chemie-Lohngruppe liegen. Grundlage der Berechnung sind die tariflich festgelegten Akkordrichtsätze (Chemie: 100% plus 3%, Kautschuk: 100% plus 5%).

Jahr	Chemie	Kautschuk
1972	6,4% plus 50 DM	6,5%, LG 1 u. 2 zusätzl. 6 Pfg.
1973	9,9%	11,7%, LG 1 u. 2 zusätzl. 10 Pfg.
1974	12%, mind. 153 DM	12%, mind. 65 Pfg.
1975	6,8%, Streichung LG 1 u. 2	5,5% plus 1% zum 1.1.76
1976	6,4%	5,6%, mind. 39 Pfg.
1977	7%	6%
1978	4,3%	

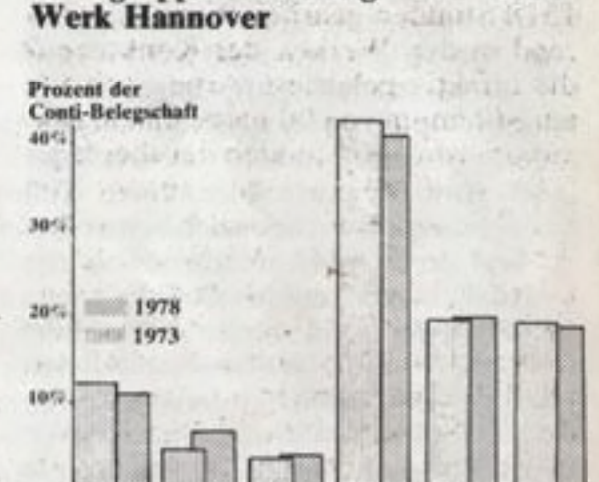
Die innerbetrieblichen übertariflichen Zahlungen, wie sie sich die Contiarbeiter in den sechziger Jahren erkämpft haben: übertarifliche Nachtschichtzulage, 20-Pfennig-Zulage, 90%ige Jahresleistung – sollen über den niedrigen Tariflohn hinwegtäuschen.

Jeder Conti-Arbeiter weiß, daß er mit dem nackten tariflichen Akkordlohn nicht leben kann. Der Akkordrichtwert (100% plus 5%) beträgt für LG 1: 7,45 DM, für LG 2: 7,73 DM, LG 3: 7,99 DM, LG 4: 8,50 DM, LG 5: 9,00 DM, und LG 6: 9,76 DM. Weshalb sich der Tariflohn als Zwang zu mehr Akkord und Schichtarbeit herausstellt. 1974 haben 17,5% der Contiarbeiter im Zeitlohn gearbeitet, im April 1978 nur noch 15%.

Mit den Zulagen kommen die Contiarbeiter heute auf einen um 30 Pfennig (LG 1) bis 1,90 DM (LG 6) höheren Lohn bei gleicher Akkordleistung als Kautschuk-Arbeiter, die nur nach Tarif bezahlt werden.

Die Conti-Kapitalisten sind seit längerem dabei, die Zulagen zu streichen, um den Lohn des einzelnen Arbeiters und die Lohnsumme insgesamt zu senken: Der „Pufferlohn“ setzt eine Akkordhöchstgrenze von 142% fest, für die Zeitlöhner soll eine „Qualifikationsprämie“ eingeführt werden. Gleichzeitig werden mehr Arbeiter in die unteren drei Lohngruppen eingestuft, während die Lohngruppe 4 (hier werden Arbeiter mit Nacht- und Schichtarbeit eingruppiert) geleert wird.

Lohngruppenverteilung im Conti-Werk Hannover



„Wir beginnen jetzt, die ersten Früchte unserer Unternehmenspolitik reifen zu sehen“, kommentiert Conti-Vorstandsvorsitzender Hahn die erhöhte Schweißauspressung der Contiarbeiter. Der Profit wurde so von 1977 von 6 auf 15 Mio. DM erhöht. (FAZ, 18.4.1978) Trotzdem wurde in diesem Jahr noch keine Dividende an die Couponschneider ausgezahlt. „Wir beurteilen die Aussichten für die Conti optimistisch, aber nicht so optimistisch, daß wir für 1978 bereits an eine Dividendenauszahlung denken könnten“ (Hahn). Ein Stachel für das Finanzkapital, die Ausbeutungsbedingungen auf der Conti weiter zu verschärfen, den Lohn weiter zu senken.

Eine neue Kampfansage an die Conti-Arbeiter ist es, wenn die Conti-Kapitalisten mit der Reifenproduktion VW in die USA folgen wollen, um mit „gutem Anteil“ größter Zulieferer zu werden. Conti-Vorsitzender Hahn kündigte gleich noch an: „Wir werden uns deshalb weiter im Ausland nach einer günstigen Gelegenheit umschauen, Kapazitäten zuzukaufen.“ (FAZ, 18.4.1978)

In der Vorbereitung des Lohnkampfes werden die Contiarbeiter das berücksichtigen. – (N-Red.)

„Der Fahrtenschreiber erzählt der Firma alles ...“

Britische Regierung verschiebt Einführung von Fahrtenschreibern / Interview mit Lkw-Fahrern

„Der Fahrtenschreiber erzählt der Firma alles ...“

Britische Regierung verschiebt Einführung von Fahrtenschreibern / Interview mit Lkw-Fahrern

Die britische Regierung hat das Datum für die Einführung des von der EG geforderten Fahrtenschreibers für Lkw auf unbestimmte Zeit verschoben. Der „Spy in the cab“, Spion in der Kabine, wie er von den Arbeitern genannt wird, ist vor allem ein Mittel in der Hand der Kapitalisten zur Intensivierung der Arbeit und der allseitigen Überwachung der Fahrer. Die westdeutschen Imperialisten haben den Fahrtenschreiber als erste in Westeuropa eingeführt. Sie wollen ihn in der ganzen EG durchsetzen, um Konkurrenzbedingungen zu schaffen, unter denen sie sich mit der hohen Intensität der Arbeit in ihren Transportbetrieben gegen die Konkurrenz durchsetzen. Die britischen Transportmonopole zweifeln noch, ob es ihnen gelingt, mit dem Fahrtenschreiber eine solche Intensivierung der Arbeit gegen die Fahrer durchzusetzen, die den Profit aus der bisherigen hemmungslosen Ausdehnung des Arbeitstages ersetzt. Denn durch den Fahrtenschreiber werden, während die Ausbeutung insgesamt gesteigert wird, der Arbeitszeit – sehr weite – Schranken gesetzt.

Über die Gründe, warum die Fahrer gegen den Fahrtenschreiber sind, haben wir mit drei Fernfahrern im Londoner Frachthof gesprochen sowie später mit einem Vertrauensmann in einer chemischen Fabrik, in dessen Betrieb mehrere Lkw-Fahrer beschäftigt sind und der sich mit ihnen über den Kampf dagegen beraten hat.

Warum sind die Fahrer gegen die Einführung des Fahrtenschreibers?

„In Großbritannien ist die Fahrzeit im Moment 10 Stunden am Tag, mit einer Stunde Pause, das sind 11 Stunden Dienst. Dann mußt du 12 Stunden Ruhe haben, oder 10 1/2, wenn du 4 Stunden zwischendurch Ruhe gehabt hast. Also, wenn du den Fahrtenschreiber die ganze Zeit benutzt, dann würde der Fahrer auf 8 Stunden runterkommen, eine Stunde Pause, und das ist alles, 9 Stunden Dienst. Das heißt weniger Geld, keine Überstunden, weniger Lohn.“

„Ein Fahrer ohne Überstunden, der verdient bei 1,25 Pfund pro Stunde Grundlohn 50 Pfund oder so in der Woche (200 DM, brutto). Sollen wir für 50 Pfund diese Kiste anfassen?“ „Mit Überstunden, bei 60 Stunden, da kommst du leicht auf 100 Pfund die Woche (400 DM), es sind die Zuschläge die es bringen, die Zuschläge und die Überstunden selbst.“

„Aber nicht nur das ... Der Lkw, mit dem ich da bin, da habe ich 25000 Meilen mit gemacht, für den und mich bin ich verantwortlich, und ich schlafe, wenn ich es für richtig halte, und fahre, wenn ich es für richtig halte, und mache meine Arbeit ordentlich, ohne die verfluchte Uhr.“ „Dieser Fahrtenschreiber erzählt der Firma genau, was der Fahrer macht, wieviele Meilen er macht, welche Geschwindigkeit, alles ... Und der Polizei natürlich auch.“

„Ich meine, vielleicht könnte der Fahrtenschreiber nützlich sein bei einem Unfall, wegen zu schnellen Fahrens, aber auch da ist es nicht zum Nutzen des Fahrers.“ „Wenn der Fahrtenschreiber kommt, hast zu zwei Chefs: einen, mit dem du telefonierst, und einen, der dich anstarrt in der Kabine.“

„Nimm das Laden: Ich habe vier Stunden gebraucht, um von Devon hierher zu kommen. Jetzt muß ich warten, jetzt schon zwei Stunden, es werden fünf Stunden werden. Ich könnte nicht nach Haus kommen, heute nicht, weil die Ladezeit, auch wenn du wartest, als Arbeitszeit gerechnet wird.“ „Wenn der Fahrtenschreiber in Benutzung wäre, könnte er nicht mehr nach Devon kommen heute abend, er müßte bis morgen warten.“

Was wird passieren, wenn die Benutzung vorgeschrieben wird? Werden die Fahrer streiken?

„Die Fahrer sind einstimmig dagegen. Die Transportarbeitergewerkschaft, vor allem mit den großen Belegschaften der von der Regierung kontrollierten Firmen, würde mit absoluter Sicherheit streiken.



Der Fahrtenschreiber wird aufgeklappt und eine Papierscheibe eingelegt, auf der parallel die Uhrzeit, Geschwindigkeit und Motordrehzahl angezeigt werden sowie die Art der Pause. Das letztere muß der Fahrer mit dem Hebel oben rechts einstellen. Falsche Einstellungen, Fahren ohne Karte oder mit schon benutzter Karte werden in Westdeutschland und anderen EG-Ländern mit hohen Strafen bedroht.

Der Vertrauensmann, mit dem wir später sprachen, sagte unter anderem:

„Eine richtige Sache in dem Kampf gegen den Fahrtenschreiber ist, für die 40-Stunden-Woche einzutreten und für einen höheren Basislohn, das müßten die Gewerkschaften machen, aber sie machen es nicht.“

„In meiner Umgebung, in Humberside, waren kurz nach Weihnachten bereits große Streiks der Lkw-Fahrer, ungefähr 3000 waren es, und sie haben fast die ganze Industrie lahmgelegt. Jetzt hat die Labour-Regierung, vor allem unter dem Druck der Gewerkschaften und der Streiks, die Einführung verzögert. Nun wird Großbritannien vor den Europäischen Gerichtshof geholt und gezwungen werden, den Fahrtenschreiber einzuführen. Wenn das passiert, kann man voraussehen, wird es wieder Streiks geben. Der positive Aspekt dieser Streiks ist, daß sie gegen den Fahrtenschreiber gehen, der negative Aspekt, daß, während sie den Fahrtenschreiber bekämpfen, die Gewerkschaften keine Forderung nach Verringerung der Arbeitszeit und höherem Lohn aufstellen.“ – (Korrespondentenbericht London)

Die „Schlacht um Europa" ist nicht die Sache der Automobilarbeiter

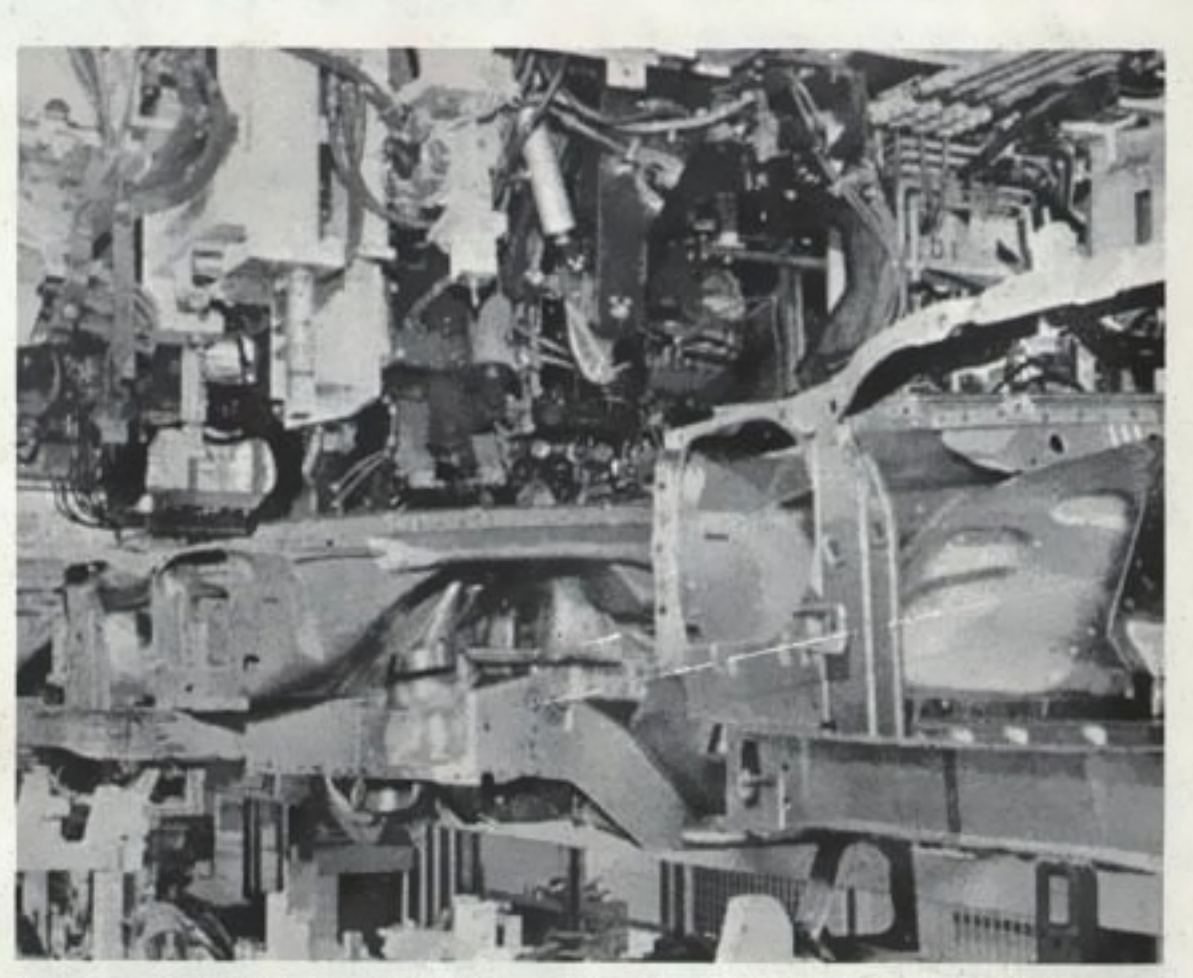
Wenn es nach Schmücker ginge, dann sollten die VW-Arbeiter zusammen mit ihm die „Schlacht um Europa" schlagen. Die Firmenleitung von Fiat hat kürzlich im Zusammenhang der Forderung nach Verkürzung der Schichtzeit um eine halbe Stunde den Standpunkt vertreten, „daß Kürzungen nur noch in Abstimmung mit der Konkurrenz erfolgen können. Sie geht davon aus, daß in den Automobilwerken von Fiat im vergangenen Jahr nur 1518 Stunden gearbeitet wurde, während in den Werken der Konkurrenz die effektiv geleistete Arbeitszeit um ein Minimum von 90 bis zu einem Maximum von 500 Stunden darüber lag." (Die Welt, 11.4.) Die Arbeiter von Fiat Turin hatten im Oktober und November 1977 sechs Wochen lang erfolgreich das Fahren von Sonderschichten an Samstagen zur Produktion des Fiat 127 verhindert, damit waren 4500 Wagen nicht produziert worden. Trotzdem haben die Fiat-Kapitalisten riesige Profite gemacht. Der Vorstand wird für die nächste Hauptversammlung der Aktionäre Ende April eine 30%-Dividende empfehlen. Die Fiat-Kapitalisten wollen in den nächsten fünf Jahren 5 Mrd. DM investieren, um die Voraussetzungen für noch schärfere Ausbeutung der Arbeiter zu schaffen und die Konkurrenz aus dem Feld zu schlagen. Dem dient auch der Bau einer Fabrik in Libyen und die Vorstellung eines neuen Wagens der „Golf-Klasse". Fiat-Chef Agnelli fordert von der EG schärfere Maßnahmen gegen die japanischen Konkurrenten, die ihrerseits eine „Offensive in Europa" angekündigt haben.

Die Briten jedenfalls haben für ihren Konzern British Leyland den Japanern unmißverständlich klargemacht, daß sie sich auf 10% Marktanteil in Großbritannien zu beschränken hätten, nachdem es den Japanern gelungen war, bereits 13% Marktanteil zu erobern. British Leyland ist hinter seine Konkurrenten stark zurückgefallen, in Großbritannien von einem 40%-Anteil 1971 auf nur noch 23% 1977. Um so wütender waren die Versuche der Leyland-Kapitalisten, die Löhne der Arbeiter noch weiter zu senken, die sowieso nur ungefähr die Hälfte eines Automobilarbeiterlohns in Westdeutschland betragen. Insbesondere die Werkzeugmacher und Betriebsschlosser haben im Februar und März 1977 dagegen wochenlange Kämpfe geführt und den Kampf gegen den „Sozialvertrag" der Regierung, der eine „freiwillige" Begrenzung der Löhne vorsah, damit verbunden. Zahlreiche weitere Angriffe der Kapitalisten auf die erkämpften Rechte der Arbeiter wurden jedesmal mit Streik beantwortet, so daß die Produktion wochenlang nicht mehr in Gang kam. Im September streikten dann 9000 Arbeiter der Bus- und Lastwagenfabriken (der „Stolz" von British Leyland, weil dort die größten Profite gemacht werden) für Abbau der Zahl der Lohngruppen, höheren Lohn und 35-Stunden-Woche. Die Arbeiter von Ford in England forderten im Oktober 15% Lohnerhöhung, gegen die 10%-Lohnleitlinie der Regierung, und die 37,5-Stunden-Woche.

Der französische Staatskonzern Renault fürchtet jetzt nach der Aufnahme der US-Produktion von VW auf dem US-Markt ins Hintertreffen zu geraten und hat mit dem US-Konzern American Motors einen „Kooperationsvertrag" abgeschlossen, nach dem American Motors die Renault-Modelle in den USA vertreibt und die Produktion von Renaults in den Werken von American Motors „ins Auge gefaßt wird". Bereits seit Juli 1977 waren die Pläne von Produktionsverlagerungen ins Ausland den Renault-Arbeitern bekanntgeworden, und sie führten im Herbst im Werk Billancourt heftige Kämpfe gegen die Versuche, einzelne Abteilungen aufzulösen, Arbeiter unter beliebigem Vorwand zu entlassen, und für die Bezahlung der Streiktage durch die Kapitalisten. In den Werken Flins und Mans unterstützten die Arbeiter diesen Kampf durch Solidaritätsstreiks. Die Kapitalisten mußten die Entlassungen zurücknehmen, mußten aber auf Grund der versöhnlerischen Haltung der revisionistischen und reformistischen Gewerkschaftsführer nur 51% der Streikzeit bezahlen.

Im März 1975 hatten die Renault-Arbeiter einen erfolgreichen Kampf gegen die Kurzarbeit geführt. Statt – wie es die Pläne der Kapitalisten waren – in kürzerer Zeit den gleichen Produktionsausstoß zu erzielen, haben sie sich weiter acht Stunden genommen, um die angesetzte Anzahl von Automobilen zu produzieren.

Staatssekretär Rohwedder vom Bundeswirtschaftsministerium geht von einer weiteren Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz aus. Wenn der gegenwärtige Boom vorübergehe, dann müsse mit den Japanern Fraktur geredet werden. Die Japaner sollen ihre Exportoffensive nicht zu weit treiben, sonst müsse die EG Gegenmaßnahmen ergreifen. Das ist die eine Seite. Die andere ist die Verschärfung des Angriffs auf die Arbeiterklasse. Das betreiben ausnahmslos alle Automobilkapitalisten mit dem Hinweis auf die Konkurrenz. Argwöhnisch beäugen sie die Konkurrenten bei den Fortschritten in der Schweißauspressung, versuchen, sich gegenseitig auszustechen, um einen Vorsprung herauszuholen, der Extraprofite verspricht. Den Vorsprung herauszuholen, das fördert das Bundesministerium für Forschung und Technologie z.B. mit einer Untersuchung des Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung in Stuttgart über den Einsatz von Industrierobotern in der BRD. Während in Japan schon 2000 solcher Roboter im Einsatz sind, sind es in der BRD erst 520, vor allem in der Automobilindustrie und da wieder in den Gießereien und beim Schweißen. Der Einsatz solcher Maschinen, die computergesteuert sind, dient den Kapitalisten als Vorwand zur Einführung der Rund-um-die-Uhr-Schichten, der Akkordverschärfung und Lohnsenkung. Daimler Benz will bis 1981



Vielpunktschweißanlage für den Karosserievorbau bei Daimler-Benz in Sindelfingen für 200 Schweißpunkte, eine Karosserie hat ca. 6000 Schweißpunkte. Die Benz-Kapitalisten preisen die Einführung solcher Roboter als Beitrag zur „Humanisierung der Arbeit", die Arbeiter kämpfen gegen Lohnsenkung und Ausdehnung des Normalarbeitstages.

6 Mrd. DM investieren und so seinen großenteils über 10 Jahre alten Maschinenpark auf den neuesten Stand bringen. Gleichzeitig wird der Kapitalexport erhöht. Am 12.4. wurde in Saudi-Arabien ein Montagewerk eröffnet, das 80 Mio. DM gekostet hat.

Daß die Kapitalisten mit solchen Programmen auf den heftigen Widerstand der Automobilarbeiter stoßen, zeigt schon die Statistik. In Großbritannien haben 1976 206000 Arbeiter der Automobilindustrie an Streiks teilgenommen und insgesamt 785000 Tage gestreikt, 1977 waren es 283600 Arbeiter an 2,6 Millionen Tagen, in Frankreich gingen den Kapitalisten der Automobilindustrie 1976 202000 Ausbeutertage verloren, in der BRD waren 1976 rund 25000 und 1977 rund 15000 Automobilarbeiter an Warnstreiks beteiligt; die Statistik für 1978 sieht schon jetzt anders aus.

Hinter diesen Zahlen steckt die Erfahrung der Automobilarbeiter, daß sie nur im Klassenkampf, im Kampf gegen ihre jeweiligen Ausbeuter den Wert ihrer Arbeitskraft verteidigen können. Diese Kämpfe unterstützen sich gegenseitig und sind eine gute Bedingung, um den proletarischen Internationalismus zu stärken und die Versuche der Kapitalistenklasse sowie der Reformisten und Revisionisten zurückzuschlagen, die Arbeiterklasse durch Chauvinismus zu fesseln. – (Z-Red.)

Westliche Imperialisten besorgt über Kampfwillen der westdeutschen Arbeiter

Presse der Imperialisten zu den Lohnkämpfen in Westdeutschland

Mit großer Sorgfalt hat die Presse der imperialistischen Konkurrenten der BRD die Streiks in der Druckindustrie und in der Metallindustrie beobachtet und sich ausgerechnet, welche Auswirkungen diese Streiks auf die imperialistische Konkurrenz haben. Schadenfreude wollte nicht so recht aufkommen. Die westlichen Imperialisten sind erschreckt und beunruhigt über die Kraft der Arbeiterbewegung, die sich in den Streiks geäußert hat. Jedes Erstarken der Arbeiterbewegung in einem Land schränkt ihre Möglichkeit ein, die Arbeiter der verschiedenen Länder gegeneinander auszuspielen. Jeder erfolgreiche Streik in einem imperialistischen Land verbessert die Kampfbedingungen der Arbeiter in den anderen imperialistischen Ländern.

„Die laufende Runde von Lohnforderungen", schreibt die britische „Financial Times" am 22.3. zur Ausgangslage der Streiks in der Metallindustrie, „wird mit besonderer Besorgnis von den Unternehmern betrachtet, die zusehen müßten, wie ihre Profite fortgesetzt durch größere Konkurrenz, durch Importe und den unaufhaltsamen Anstieg der DM gegen den Dollar ausgehöhlt wurden ... Wenn die Metallarbeiter einen großzügigen Abschluß gewinnen, werden die Gewerkschaften in den anderen Industriezweigen sagen müssen, wenn die Metallindustrie sich große Lohnerhöhungen leisten kann, dann können es die eigenen Unternehmer auch."

Die französische Tageszeitung „Le Monde" schreibt dazu am 15.3.: „Bestimmte Betriebe, besonders auf dem Automobilsektor, hätten keinerlei Schwierigkeiten, Lohnerhöhungen bis zu 10% hinzunehmen. Dagegen würden kleinere Unternehmen schon in Schwierigkeiten geraten, wenn sie Erhöhungen von mehr als 4% hinnehmen müßten. Also steht heute das Verhandlungssystem, das sich auf einen ganzen Industriezweig bezieht, in Frage."

„Das Land ist in seltene und ungewohnt scharfe wirtschaftliche Kämpfe gestürzt", schreibt die „Times" am 15.3. „Die Kämpfe weisen auf eine wachsende Militanz der deutschen Arbeiter hin, die jetzt oft eine härtere Haltung einnehmen als ihre Führer."

„Der Kampf zwischen der westdeutschen Druckergewerkschaft und den Druckunternehmern über die Einführung neuer Technologie ist der endgültige Beweis – wenn er noch nötig wäre –, daß sich die deutschen Arbeiter sehr wenig von denen in irgend einem anderen Land unterscheiden. Wenn ihre Arbeitsplätze in Gefahr sind, dann können sie kämpfen, und zwar hart."

Beunruhigt beobachten die westlichen Imperialisten, wie diese Lage die Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch die Sozialdemokratie gefährdet. Die US-amerikanische „International Herald Tribune" (28.3.) fürchtet, daß die Streiks „das Ende einer Ära zu verkünden scheinen". Früher sei die westdeutsche Art, „die Beziehungen zwischen Arbeitern und Management zu behandeln, und die Führung der Tarifverhandlungen ‚ein Modell für den Rest Europas', wenn nicht für die ganze westliche Welt" gewesen. „Es sieht jetzt so aus, als ob das Land einen Weg eingeschlagen hat, der eine lange Serie von Konfrontationen bedeutet, die weitreichende wirtschaftliche und politische Folgen haben könnten."

Die anderen Imperialisten hatten gehofft, daß die westdeutsche Bourgeoisie ihre Herrschaft über die Gewerkschaften auf ewig dazu ausnutzen könnten, um die Arbeiter niederzuhalten: „Zentral geführt, ohne selbständige örtliche Organisationen, sind sie nicht empfindlich gegen Druck von der Basis. Und sie schließen Abkommen für ganze Industriezweige. Das war insgesamt noch wichtiger, sowohl für die Sicherung von Löhnen und Gewinnen wie für den wirtschaftlichen Frieden ... Aber wie dem auch sei, das westdeutsche ‚Modell' nähert sich seinem Ende." (International Herald Tribune) Es zeigt sich heute: „Ihre Macht (der Einzelgewerkschaften) macht es ihnen möglich, Bedingungen durchzusetzen, die für die Unternehmer nicht unbedingt leicht zu ertragen sind." (Financial Times, 21.3.)

Die „International Herald Tribune" kritisiert, daß die Regierung in dieser Lage nicht eingreift: „Aber die sozialistisch geführte Regierung zögert einzugreifen, weil sie die Tarifautonomie nicht gefährden will." Die „Neue Zürcher Zeitung" meldet zum Druckerstreik: „Wie weit die Informationsfreiheit auch Informationspflicht einschließt, ist hier umstritten. Ein Verbot von Streiks und Aussperrungen bei Informationsmedien läßt sich aber kaum ableiten." Die Zeitung stellt aber fest, „daß es eine kritische Grenze für die Dauer solcher Konflikte gibt." Denn: „In Kreisen der Bundesregierung wird nicht verhehlt, daß die Auswirkungen des fortdauernden Arbeitskampfes in der metallverarbeitenden Industrie Baden-Württembergs zu Einbußen im Produktionsergebnis führen können, die im Jahresverlauf nicht mehr auszugleichen sind." (23.3.)

Diese Journalisten sind skeptisch, was den Erfolg der Abschlüsse angeht, die die Kapitalisten in dieser für sie so schwierigen Lage erzielt haben. Die „Financial Times" über den Druckerabschluß: „Niemand ist wirklich zufrieden mit dem Abschluß." „Le Monde" über den Metallabschluß: „Neue Kämpfe sind nicht ausgeschlossen."

Dennoch sehen sie in den von der Gewerkschaftssozialdemokratie, den Kapitalisten und der Regierung durchgesetzten Abschlüssen einen Erfolg, der dem westdeutschen „Modell" wieder zu neuem Glanz verhilft. Das beweist der folgende Auszug aus „Le Monde" vom 25.3., in dem es als Erfolg der Gewerkschaft dargestellt wird, daß sie die Lohnfrage aus dem Spiel gebracht hat, und daß die Kapitalisten zugeben mußten, daß als Folge der Rationalisierungen der Wert der Ware Arbeitskraft nicht sofort ins Bodenlose gesenkt wird.

„Die sozialen Konflikte in der Bundesrepublik treten in eine ganz neue Phase. Der Abschluß in den Presseunternehmen ist ohne Vorbild, da er den Druckfacharbeitern Stabilität des Einkommens garantiert, selbst wenn die neuen Herstellungsmethoden ihre Qualifikation teilweise überflüssig machen. Das gleiche gilt für die Schlacht in der Metallindustrie, deren Schauplatz gerade Baden-Württemberg ist. Die Lohnforderungen sind sicher nicht aufgegeben, aber sie spielen nur noch eine relativ zweitrangige Rolle. Für die Gewerkschaften geht es vor allem darum, eine Versicherung zu erhalten, daß die Facharbeiter ihren Lebensstandard halten können, obwohl sie wegen der technologischen Neuerungen nur noch einfachere Tätigkeiten ausführen müssen ... Es stellt sich also wieder einmal und in ziemlich überraschender Weise die Frage, ob die Bundesrepublik an der Spitze einer industriellen Entwicklung marschiert, der auch die anderen europäischen Länder nicht werden entgehen können." – (Korrespondentenbericht London)

Pleiten und Subventionen

„Die deutsche Schiffbauindustrie brauche nicht Opfer einer technologisch bedingten Strukturveränderung zu sein, sondern sie könne ihr Träger und Motor werden. Die Politik der Bundesregierung habe die Erhaltung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Werften zum Ziel und die Unterstützung bei den erforderlichen Anpassungsvorgängen."

Es ist ein Programm der Expansion unter schwierigen Konkurrenzbedingungen:

1. In der Schwindelblüte des Booms im Großschiffbau: Tanker und Massengutfrachter haben die imperialistischen Werften riesige Kapazitäten aufgebaut, und damit ihre gegenwärtige Überproduktionskrise verursacht. Die EG-Kommission spricht von einem Überhang von 30 bis 40%.
2. Die Länder der Dritten Welt entwickeln eigene Handelsflotten und eine eigene Schiffbauproduktion. Sie bauen vor allem Tanker, Massengutschiffe und Stückgutfrachter. Gegenüber den imperialistischen Ländern sind sie im wesentlichen Rohstofflieferanten, und sie gehen dazu über, diesen Handel selbst zu bewältigen. Untereinander tauschen die Länder der Dritten Welt ihre Produkte aus. Diese Märkte gehen den imperialistischen Werften verloren. Das trifft sie tief.

Die imperialistischen Werften müssen sich dem „anpassen". Fördern will die Bundesregierung „Entwicklungen auf vielen Gebieten der Meerestechnologie. Dazu gehöre neben der Off Shore-Technik auch der Schiffbau, insbesondere der Spezialschiffbau" (Nordsee-Zeitung, 23.3.1978). Gefördert werden alle Technologien, die der imperialistischen Ausplünderung und Beherrschung der Meere dienen. Führend sind die westdeutschen Werften im Bau von schnellaufenden Containerschiffen sowie im Bau von hochspezialisierten Ro-Ro-Frachtern und Mehrzweckfrachtern. Das sind Schiffe, die im wesentlichen den Verkehr zwischen den imperialistischen Ländern dienen oder aber dem Transport rollender Investitionsgüter in Länder der Dritten Welt (die meisten Ro-Ro-Schiffe haben Routen in den Nahen Osten und nach West-Afrika). Das alles sind Schiffe, die die Warenumschlagszeiten erheblich verkürzen und so den Kapitalisten ermöglichen, ihr Kapital im Verhältnis zum Ausstoß erheblich zu verringern.

Bezüglich dieser Schiffe gibt es eine heftige Konkurrenz unter den imperialistischen Schiffbaunationen. Hapag-Lloyd läßt sich für ein geplantes Containerschiff von 50000 t und einer Transportfähigkeit von 3000 Containern Angebote von mehreren in- und ausländischen Werften vorlegen. Von der Schiffbautechnik her stößt dieses Schiff schon an die Grenze. Groß und schnell brauchen die Kapitalisten die Schiffe für die hochwertige Containerladung.

Als imperialistische Industrie- und Handelsmacht ist die westdeutsche Bourgeoisie auf eine umfangreiche Versorgung mit Handels- und Kriegsschiffen jeder Art und Größe angewiesen. Dafür ist eine eigene, auf industrielle Produktion umgestellte, im internationalen Konkurrenzkampf unschlagbare Werftindustrie die Voraussetzung. Produktionstechnisch ist weiter Voraussetzung das Bestehen großer, mittlerer und kleinerer Werften, um den umfangreichen Bedürfnissen des imperialistischen Transports und der Versorgung Rechnung zu tragen.

Wie stark die westdeutschen Imperialisten sich auf Kriegsschiffe werfen, zeigen die Rüstungsaufträge aus dem Iran, bei dem der Bremer Vulkan und die AG „Weser" kooperieren wollen.

Die Forderungen des Staates, der Bundesregierung wie auch der Länder gehen in die Richtung: sie verlangen von der Vereinigung Werftkapitalisten ein Strukturkonzept. „Die nötige Anpassung an den Strukturwandel durch Förderung von Produkt- und Verfahrensinnovationen sowie von Rationalisierungs-, Umstellungs- und Diversifikationsinnovationen mitzutragen"

Die „Anpassung" soll über die Intensivierung der Ausbeutung laufen. Die in den letzten zehn Jahren eingeführte Volumen-Produktionsweise ist die Grundlage, auf der die weitere ungeheure Auspressung der Arbeitskraft vorgenommen werden. „Die Ergebnisse des neuen Fertigungssystems sind evident: bei gleichbleibendem Arbeitsaufwand (d.h. Arbeitszeit, d. Verf.) kann nach Abschluß der Rationalisierungsmaßnahmen der Jahresdurchsatz der Werft an Stahl von 45000 auf 120000 t gesteigert werden" (1843 bis 1968 AG „Weser", Bremen, Seite 19). – (Zelle Seebeckwerft, Bremerhaven)

Hannover-Messe – Heute so spannend wie 1947?

Alljährlich wird in Hannover die Hannover-Messe durchgeführt. Sie ist die weltgrößte Industriemesse. Im wesentlichen eine Exportmesse, auf der alle Arten von Maschinen und Techniken vertreten sind.

Das heißt, auf dieser Messe kann man schnell sehen, welche Absichten die Kapitalisten haben bezüglich der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Welche Maschinerie wollen sie einsetzen, um noch mehr Arbeitskraft den Arbeitern zu entreißen. Dies gibt die Bourgeoisie auch offen zu: „Das Reizwort dieser Hannover-Messe heißt Rationalisierung. Vehement verteidigen die Unternehmer die Notwendigkeit, alle Möglichkeiten des technischen Fortschritts auch unter Preisgabe von Arbeitsplätzen zu nutzen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.“ Solche Ausstellungen spiegeln daher auch immer die Konkurrenzbedingungen der verschiedenen imperialistischen Mächte wider.

Schnell läßt sich auf einer solchen Ausstellung absehen, in welchem Zustand der Produktionsprozeß der verschiedenen Länder ist. Wie eine Steigerung der Ausbeutung und ein höherer Produktionsausstoß erreicht werden kann, das hat Alfred Kubel, ehemaliger Ministerpräsident von Niedersachsen und Vorsitzender der Messe GmbH, auf der Eröffnung der Hannover-Messe deutlich erkennen lassen: „Die Spannung an diesem Tag ist wohl genau so groß wie damals im Jahre 1947 (erste Messe, d.Red.). Damals war die Frage, ob die deutsche Industrie wieder Fuß fassen kann auf dem Weltmarkt. Heute bewegt uns alle, Deutsche wie Ausländer, die Frage, wie die Wirtschaftslage sich weiterhin festigen kann.“

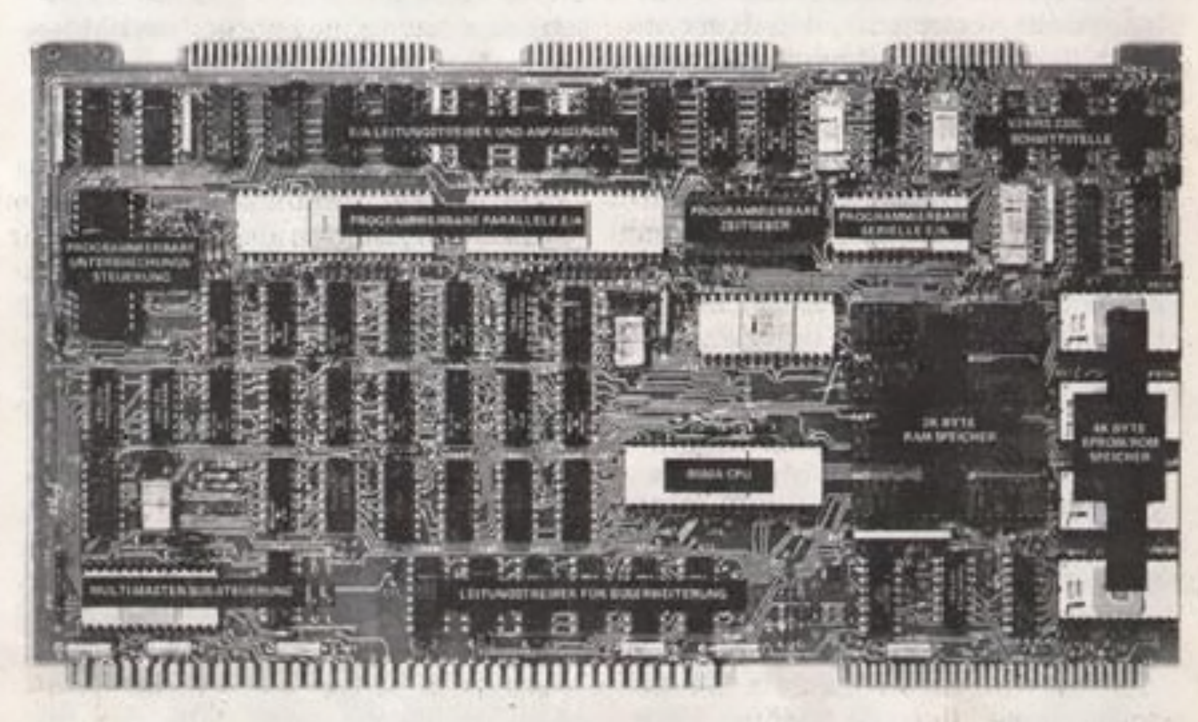
Diese erste Messe 1947 war von den englischen und amerikanischen Besatzern befohlen worden. Und sie waren sich darin einig, daß der Kapitalismus in Westdeutschland wieder aufgebaut werden müsse, und deshalb befahlen sie diese Messe. „Das Land könnte mit den ‚Exportgütern doch die Lebensmittelimporte bezahlen.‘ Das war die Meinung der Militärregierung, dabei setzten sie ständig die Lebensmittelrationen herab, um die Arbeiter zum Aufbau des Kapitalismus zu zwingen. Lucius D. Clay von der westdeutschen Bourgeoisie, gerade als Retter Westdeutschlands und Westberlins totgefeiert, gab der ersten Messe das Geleitwort: „. . . ein weiterer Schritt auf dem schwierigen und gewundenen Pfad zur Wiederbelebung der deutschen Industrie.“

Zunächst sollte die Messe eigentlich in Köln stattfinden, da wo die Arbeitskräfte konzentriert sind. Das lehnte die Kölner Stadtverwaltung strikt ab. Die Arbeiter waren nicht dafür, den Kapitalisten erneut den Weg zu bereiten. Zwar fanden die Besatzer dann in Hannover eine willigere Stadtverwaltung, die Arbeiter legten aber alsbald die Arbeit nieder. Unter mörderischen Bedingungen sollte in kürzester Zeit eine Fabrik demontiert und dort die Messe errichtet werden. Polizei aus der Polizeischule Hannoversch-Münden wurde in Arbeits- und Unterdrükkungseinsatz gebracht.

Ein Jahr später, 1948, war die Messe überhaupt gefährdet. Arbeiter streikten zu Zehntausenden gegen die Hungerrationen, Wohnungsnot usw. Dem Generalstreik in Hannover schlossen sich die Arbeiter, die die Messe aufbauen sollten, an. In dieser Situation wurde Kubel, damals Wirtschaftsminister, gerufen und als Staatskommissar eingesetzt. „Mit unvorstellbarer Kompetenz und Machtfülle ausgerüstet, stellte Kubel die Weichen neu.“ (aus eine Messeschrift) Kubel soll angeblich einen zündenden Appell an die Arbeiter gerichtet haben, tatsächlich nutzte er seine Machtfülle, die Polizeischüler erneut einzusetzen. Das war die spannende an der Messe 1947: Würde es gelingen, diese Messe gegen die Arbeiterbewegung durchzusetzen, die den westdeutschen Kapitalisten wiederum einen Absatzmarkt für die Realisierung ihrer Profite schaffen sollten, während die Arbeiter am Verhungern waren.

Heute so spannend wie 1947? Es ist wieder spannend: Wird es gelingen, die kapitalistische Rationalisierung und die dauernden Lohnsenkungen, die die Arbeiterklasse in die Verelendung treiben, gegen die Kämpfe der Arbeiterbewegung durchzusetzen? Es spricht auf der Messe zwar niemand Offizielles über den drohenden Streik der VW-Arbeiter für höheren Lohn, aber dieser Arbeitskampf wirft seine Schatten auf die Messe. Kann der Lohn auf den Normalarbeitstag nicht ausreichend gedrückt werden, kann auch die Rationalisierung nicht so durchgesetzt werden, wie die Kapitalisten es sich vorstellen – kann überhaupt den Kapitalisten viel Schlimmeres passieren, daß die Arbeiter den politischen Kampf gegen die Kapitalisten führen und nicht lediglich gegen die Auswirkungen der Rationalisierungen.

Vor allem auf dem Gebiet der Büro-Automation und Datentechnik sind viele Firmen auf der diesjährigen Messe vertreten. Das zeigt deutlich die Absichten der Kapitalisten auf diesem Gebiet. Sie wollen erheblich an Arbeitskräften und vor allem natürlich an konstantem Kapital sparen, weil Verwaltung teuer ist. Das ganze Schriftwesen wird automatisiert, vereinfacht und rationalisiert. Neue Nachrichtentechniken werden vorgestellt. All dies sind zwar keine neuen Entwicklungen, die jetzt zum ersten Mal zu sehen sind (wir berichteten in verschiedenen Artikeln in unserer Zeitung auch schon darüber). Deutlich wird aber an dieser Messe, daß die Rationalisierung jetzt auf voller Breite durchgeführt werden soll und nicht mehr in den Anfängen steckt. Dies kann man auch an der Verbilligung dieser Maschinerie erkennen. Kleinere Firmen können derartige Maschinen produzieren, nicht nur große Bürotagen von großen Betrieben können jetzt diese Maschinen einsetzen.



Voraussetzung für den breiten Einsatz computergesteuerter Büromaschinen ist die Miniaturisierung und die Verbilligung der Bauelemente. Die abgebildete Schaltung ist ein kompletter Kleincomputer, der eine Schreibmaschine, eine Magnetbandcassette zur Datenspeicherung und den Datenfluß zu einem Bildschirm steuern kann. Größe 30 x 12 17 cm. Der Computer kann in einer Schreibmaschine untergebracht werden. Diese Dezentralisierung erlaubt eine flexiblere Anpassung an die verschiedenen Büro- und Buchhaltungsaufgaben, als das bisher mit den schwerfälligen zentralen großen Rechenanlagen möglich war, die sich nur große Betriebe leisten konnten. Die kapitalistische Rationalisierung der Verwaltung auch in den mittleren und kleinen Betrieben ist damit möglich. Die Entwicklung geht in die Richtung, die noch auf verschiedene Bausteine verteilten Funktionen des Computers in einem einzigen Baustein zu vereinigen.

Werden neue Techniken entwickelt, können diese Maschinen aber auch exportiert werden. Darüber kann Warenexport, aber auch Kapitalexport mit und gegenüber anderen Ländern betrieben werden. Die VW AG, die auf dieser Messe ebenfalls vertreten ist, ließ diesen Trend deutlich erkennen. Finanzminister Leisler-Kiep, der gleichzeitig im Aufsichtsrat der VW AG ist, ließ dies deutlich auf der Hannover-Messe anklingen: „Ich könnte mir vorstellen, daß in der Zukunft vielleicht nicht nur Lieferungen von Wagen, sondern auch Ausbau der Automobilfertigung und Modernisierung der Automobilfertigung in der DDR der Gegenstand von Gesprächen sein könnte . . . Im Augenblick ist also nur ein Gespräch und sind Überlegungen im Gange, eventuell bestehende Automobilwerke in der DDR durch Kooperativen zu modernisieren.“ (NDR, 19.4.78)

Die westdeutsche Kapitalistenklasse wird über diese Messe verschiedene Maßnahmen einleiten wollen, um ihre Maschinerie neu zu rüsten und gleichzeitig über die Neuentwicklung hochmodernisierter Industrieanlagen den Waren- und Kapitalexport antreiben wollen. Dabei ist die weitere Entwicklung der Energiegewinnung für die westdeutsche Kapitalistenklasse von großer Bedeutung: größere und schnellere Energiegewinnung sowie gleichzeitig Vergrößerung der Unabhängigkeit in der Energiegewinnung von den großen imperialistischen Mächten, aber auch von den Ländern der Dritten Welt, die sich gegen die Ausbeutung von Energievorhaben durch die imperialistischen Länder wehren. Das sind die wichtigsten Interessen der westdeutschen Kapitalistenklasse: ihre Expansionspolitik vermittels dieser Messe auszubauen. – (N-Red.)

Systemschau '78: Energie bereitstellen, umwandeln, verteilen für den imperialistischen Krieg

Voraussetzung der profitablen Verwertung von Kapital durch Einsatz neuer Maschinerie ist die Bereitstellung von ausreichender und billiger Energie. Der erfolgreiche Kampf der Völker der erdölexportierenden Länder gegen die billige Ausplünderung ihrer Öllager zwingt die Imperialisten dazu, sich auch auf die Ausnutzung weniger hochwertiger Primärenergieträger als Öl und Kohle oder weniger profitabler Lagerstätten zu werfen. Diese Verbreiterung der Energiebasis ist zugleich ein Teil der Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus.

Die Verbreiterung der Energiebasis ist ein Kennzeichen der „Systemschau Energie“. Ausgestellt sind Anlagen für Öl-, Kohle- und Kernkraftwerke, Anlagen die die Verwendung von Ölschiefer, sowie Kohle und Öl geringerer Qualität zulassen. Eine Gruppe von 23 Firmen stellt Anlagen zur Ausnutzung der Sonnenenergie aus, z.Zt. noch hauptsächlich für die Warmwasserversorgung von Häusern. Für den Abbau weniger profitabler Lagerstätten von Kohle ist u.a. eine automatische Abbauanlage für Kohleflöze geringer Höhe ausgestellt. Schwimmende Kraftwerke zur Ausnutzung kleinerer unterseeischer Ergasfelder, für die die Investitionen für den Transport des Erdgases zur Küste nicht profitabel genug sind, werden vorgeschlagen.

Der andere Schwerpunkt der „Systemschau Energie“ ist die rationellere Umwandlung der Primärenergie in Dampf, Kraft oder elektrische Energie. Genauso verschwenderisch wie die Imperialisten die Öllagerstätten der Völker der Dritten Welt im Raubbau ausbeuten, so gehen sie verschwenderisch bei der Umwandlung dieser Primärenergieträger um. Über ein Viertel des gesamten Primärenergieverbrauchs schluckt die Umwandlung und Übertragung. Neben der Rückgewinnung der Verlustwärme bei der Energieumwandlung Wärme/Strom in den Turbinen setzen die Kapitalisten auf die verbesserte Ausnutzung ihrer Stromerzeugungsanlagen, in erster Linie auf gleichmäßigere Ausnutzung.

Durch Einsatz der Datentechnik und Regeltechnik beim Verbraucher und zentral in den Kraftwerken soll die Energie besser verteilt und Verbrauchsspitzen durch programmiertes Herrunterregeln der Verbraucher ausgeglichen werden. Mit Hilfe der Halbleitertechnik lassen sich Wechselstromantriebsmotoren verlustärmer und präziser regeln, was zugleich die Voraussetzung für den computergesteuerten Produktionsprozeß ist. Der Einsatz von Computern im Produktionsprozeß ist für die Kapitalisten nicht nur ein Mittel zur Rationalisierung der eigentlichen Produktion, sondern auch zusätzlich zu rationellerem Energieeinsatz. Elektronische Anlagen zur Prozeßsteuerung nehmen ebenfalls einen breiten Raum auf der Messe ein.

Kennzeichnend für die „Systemschau Energie“ ist ein breites Spektrum der verschiedensten Anlagen auf dem Energiesektor und nicht das schlüsselfertige Kraftwerk für den Export. „Die Zeit, in der deutsche Hersteller komplette Hüttenwerke bis zur letzten Schraube aus der BRD liefern konnten, sei endgültig vorbei“, zitiert die FAZ den Vorstandsvorsitzenden der Demag AG. Die deutsche Industrie müsse daher die Exportmärkte „konsequent von innen her“ erschließen. Das ist das Ziel der „Systemschau Energie“: Kapitalexport, Espansion, Vorbereitungen für den imperialistischen Krieg.

Verlagskapitalisten rationalisieren

Weinheim. Beim Beltz-Verlag („betrifft: erziehung“) ist kurz nach Abschluß des Rastertarifvertrags eine Rationalisierungswelle angerollt. Die Sache ist von der Geschäftsleitung geschickt eingefädelt. So werden im ersten Halbjahr „nur“ zwei Kollegen wirklich entlassen, sonst frei werdende Stellen überhaupt nicht mehr besetzt, wie zwei Stellen in der Herstellung, eine im Lektorat. Auf andere, die durch „natürliche Abgänge“ (Schwangerschaft etc.) frei werden, werden Kollegen aus anderen Abteilungen abgezogen und an diese Stellen gesetzt. Dabei handelt es sich meistens um jüngere und schlechter ausgebildete Kollegen, so daß Lohngelder bis zu einem Drittel des vorher ausgezahlten Lohns gespart werden können.

Vorschläge nach dem Geschmack der westdeutschen Imperialisten

EG-Kommission will die Kohlekapitalisten mit weiteren 400 Mio. DM mästen

„Als die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet wurde, war der Steinkohlenbergbau eine der Schlüsselindustrien und Voraussetzung für das wirtschaftliche Wachstum“, schreibt EG-Kommissar Guido Brunner anläßlich der „25 Jahre gemeinsamer Markt für Kohle“ (1978). „Fünf Jahre später stürzte das Vordringen des Erdöls den Steinkohlenbergbau in die Krise. Seither machte die Kohle einen Prozeß schmerzhafter Anpassung durch. Der Schock der Ölpreiskrise 1973, das Bewußtsein einer Einfuhrabhängigkeit von Energie von fast 59 %, die Schwierigkeiten bei der Entwicklung der Kernenergie haben die Lage des gemeinschaftlichen Kohlenbergbaus verbessert. Dennoch bereitet es Schwierigkeiten, das 1974 von der Europäischen Gemeinschaft beschlossene Produktionsziel von 250 Mio. t SKE zu erreichen.“

So liest sich die amtliche Version. Gestützt auf eigene große Kohlereichtümer und die Ausbeutung hochqualifizierter Kohlenbergarbeiter stürzten sich die europäischen Imperialisten, die sich vor 25 Jahren in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zusammenschlossen, in den Kampf um andere Energiequellen in der Welt, vor allem um das Erdöl, das sie den erdölproduzierenden Ländern der Dritten Welt jahrelang zu lumpigen Preisen raubten. Weil sie das Erdöl bis Anfang der 70er Jahre für fast umsonst ausplündern konnten, und sie es auch heute noch weit billiger bekommen als den Energieträger Kohle, fiel deren Anteil am Primärenergieverbrauch in der EG von 66 % (1953) auf 19,6 % 1976; die Steinkohleförderung ging in den später neun EG-Staaten von 475,2 Mio. t 1953 auf 220 Mio. t 1977 zurück. Die Bedeutung der Steinkohle, in den 50er Jahren Grundlage für die expandierenden Stahlindustrie, hat sich gewandelt, aber nach wie vor ist sie weit höher, als es sich in den Zahlen widerzuspiegeln scheint. Nach wie vor gilt: Ohne eigene Energiebasis haben die EG-Imperialisten, die nur in Ausnahmen über andere größere Energiequellen verfügen, um Kampf um die Energiequellen in der Welt keine Aussicht. Je zielstrebiger sie den Kohlebergbau „bereinigten“, durchrationalisierten, um so heftiger entbrannte der Kampf um die Vorherrschaft auf dem gemeinsamen Markt für Kohle, der Kampf um die Ausschaltung der Konkurrenten. Nach und nach wurden die „unrentablen“ Förderanlagen geschlossen, bis 1976 80 % aller Förderanlagen, die Niederlande mußte ihre Kohleproduktion 1974 ganz einstellen, in Belgien wurden 13 von ehemals 139 Schachtanlagen dichtgemacht. Zehntausende, Hunderttausende Bergarbeiter wurden auf die Straße geworfen, um über 60 % ist ihre Zahl in den vergangenen 25 Jahren zurückgegangen. Gleichzeitig wurde die Ausbeutung der verbliebenen Arbeiter ungeheuer gesteigert: die „Leistung pro Mann und Schicht“ stieg allgemein um das Zwei- bis Dreifache, wobei sie in den westdeutschen Kohlegruben mit 4151 kg 1976 mit Abstand am höchsten liegt (es folgt Großbritannien mit 3400 kg).

Die BRD-Imperialisten, die der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl beigetreten waren, um sich nach dem Krieg von den Kontrollen durch das Ruhrstatut zu befreien und die Voraussetzungen für einen neuen expansionistischen Kurs zu schaffen, sind aus diesem „schmerzhaften Anpassungsprozeß“ gestärkt hervorgegangen. Sie kassierten den Löwenanteil der Millionen und Milliarden, die die EG zur „Stützung des Steinkohlenbergbaus“ zahlte, 1975 allein 375 Mio. ERE (1 ERE zwischen 3,40 und 3,60 DM), die französischen Imperialisten erhielten noch knapp über 180 Mio. ERE, die englischen Imperialisten etwas über 29 Mio. ERE. Mit diesen Geldern und zusätzlichen Milliarden durch den westdeutschen imperialistischen Staatsapparat rationalisierten sie den Ruhrkohlebergbau und förderten sie den Kohleexport: Von den fast 14 Mio. t, die 1976 innerhalb der EG gehandelt wurden, exportierten die BRD-Imperialisten, obwohl – nach Großbritannien – nur zweitgrößter Kohleproduzent, über 11,5 Mio. t.

Während sie jedoch innerhalb der EG ihre größten Konkurrenten niedergerungen haben und ihnen nur der englische Markt noch weitgehend verschlossen bleibt, müssen sie die Konkurrenz der trotz der Transportwege immer noch billigeren US- und vor allem der polnischen Kohle fürchten.

Die neuesten Vorschläge der EG-Kommission zur „Einführung eines gemeinschaftlichen Beihilfesystems zugunsten des innergemeinschaftlichen Austausches von Kraftwerkskohle“ sollen dieser Konkurrenz einen weiteren Riegel vorschieben und den westdeutschen und in zweiter Linie den englischen Imperialisten zusätzliche Millionen in die Tasche schieben. Schon vorher hatte die Kommission vorgeschlagen, den Elektrizitätswerken 30 % der Kosten für den Bau neuer *Kohle*kraftwerke oder der Umrüstung alter Kraftwerke von Heizöl- oder Erdgasbasis auf Kohlebasis zu ersetzen. Um aber zu verhindern, daß die US-Imperialisten oder die neue Bourgeoisie Polens, die zusammen den größten Teil der bisherigen Kraftwerkskohle liefern, zum Hauptnutznießer dieser Maßnahmen werden, soll gleichzeitig die „innergemeinschaftliche Austausch“ von Kraftwerkskohle von bisher 3 Mio. t auf 12 Mio. t pro Jahr aufgestockt und mit 10 ERE pro Tonne gestützt, das heißt konkurrenzfähig gemacht werden, 120 Mio ERE, ca. 400 Mio. DM, wollen die westdeutschen und die englischen Imperialisten, die beiden Exporteure der als Kraftwerkskohle verwendeten Kesselkohle, sich von den Volksmassen in den EG-Staaten für ihre Konkurrenzschlachten und weitere Verschärfung der Ausbeutung in den Kohlebergwerken zahlen lassen. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

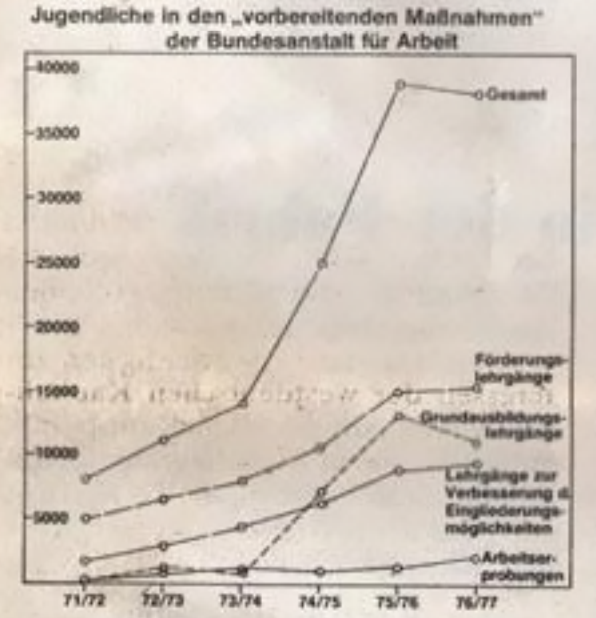
Hektische Vorbereitungen der Bourgeoisie, die neuen Lehrpläne zur Berufsausbildung auszurichten

Schmude legt Berufsbildungsbericht 1978 vor

Am 15. März hat die Bundesregierung den Berufsbildungsbericht des neuen Bildungsministers Schmude im Bundestag beraten und befriedigt festgestellt, „daß das Angebot an Ausbildungsplätzen für das Jahr 1977 um rund 70000 Plätze stark zugenommen hat". So sei es gelungen, das Bildungswesen „an Umfang und Dichte" zu verbessern. 1976 stieg die Schülerzahl gegenüber 1965 um 3 Millionen; die Zahl der Studierenden verdoppelte sich in diesem Zeitraum. Die Zahl der Jugendlichen ohne Berufsausbildung halbierte sich dagegen. Die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß sank von 1965 bis 1975 von 16,8 auf 21,1%, während die Zahl der Schüler mit mittlerem Abschluß und Hochschulreife sich mehr als verdoppelte. „Dieser große Erfolg", so heißt es im Beschluß der Bundesregierung vom 15. März 1978, „ist wesentlich dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz und den dadurch ausgelösten Anstrengungen aller Beteiligten ... zu verdanken." Über 50% der offiziell anerkannten 87342 arbeitslosen Jugendlichen waren im Mai 1977 schon ein halbes Jahr und länger arbeitslos, über 70% dieser Jugendlichen haben keine Berufsausbildung. Die Zahl der Sonderschulabgänger ohne Schulabschluß stieg 1977 von 27400 auf 44000 Jugendliche an.

Was die Bourgeoisie als „Erfolg" verzeichnet, ist die totale Unterwerfung eines Großteils der arbeitslosen Jugend unter die Zwangsarbeitsdienste der Bundesanstalt für Arbeit und die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Länderregierungen.

Jugendliche in den „vorbereitenden Maßnahmen" der Bundesanstalt für Arbeit



Seit 1974 hat die Bourgeoisie die Vorbereitungen des Arbeitsdienstes für die Jugend in verstärktem Maße vorangetrieben. Die Sofortprogramme der Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die Sonderprogramme der Länderregierungen, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit dienen dazu, die Ausbildung der Jugend zu verkürzen, die Arbeitskraft zu dequalifizieren und den Wert der Ware Arbeitskraft zu senken und damit den Lohn der gesamten Arbeiterklasse zu drücken. Die Ausbildungskosten werden aus Versicherungsgeldern der Arbeiterklasse finanziert und die Jugend als billigste Arbeitskraft für die Ausbeutung in den Betrieben bereitgestellt – oder gleich den Kapitalisten zur „Arbeitserprobung" entliehen! Verbunden damit ist der Ausbau der Kontrolle und Unterdrückung der Ausbildung der Jugend durch den bürgerlichen Staat.

Bedeutet dieser Ausbau des Bildungswesens für die Jugend Verschlechterung der Ausbildung, Lohnsenkung und zunehmende Unterdrückung, so sichern sich die Kapitalisten mit den zahlreichen Maßnahmen der Bundes- und Länderregierungen zusätzliche steuerfreie Subventionen aus den Staatskassen – allein aus dem Programm für Zukunftsinvestitionen über 1 Mrd. DM für die Errichtung von Ausbildungsstätten und aus dem Schwerpunktprogramm zum Ausbau überbetrieblicher Ausbildungsstätten weitere 1,1 Mrd. DM bis 1981 – und den Zugriff auf die Versicherungskassen der Arbeiterklasse für die „Bereitstellung von Ausbildungsplätzen".

Die Modernisierung des gesamten Produktionsapparats erfordert die Umwälzung der Ausbildung der Jugend. Einerseits Erhöhung der theoretischen Grundbildungskenntnisse, die in den Berufsgrundbildungsjahren vermittelt werden sollen, andererseits die Verringerung der handwerklichen Geschicklichkeiten der alten Lehrberufe, somit die Verkürzung der betrieblichen Ausbildung. So erfordert z.B. heute die Texterfassung an den modernen Bildschirmgeräten in der Druckindustrie, der frühere Beruf des Setzers, von den Schreibkräften einerseits zwar gute Grammatik- und Sprachkenntnisse, also eine längere allgemeine Ausbildung an den Schulen, andererseits erfordert sie aber nur eine kurze Einarbeitungszeit an den Bildschirmgeräten, um dann nach kürzester betrieblicher Ausbildung zu Niedrigstlohn der Akkord- und Schichtarbeit gewachsen zu sein. Die Jugendlichen sollen den „zeitgerechten Anforderungen der Wirtschaft" angepaßt werden. „Der von allen Parteien und Regierungen seit Mitte der sechziger Jahre gewollte und geforderte Ausbau des Bildungswesens hat nicht alle Bildungsbereiche gleichmäßig erfaßt. Inhaltliche Reformen in Schule, Betrieb und Hochschule sind nicht in gewünschtem Maße fortgeschritten ... Die Qualität der Berufsausbildung muß durch verstärkte Einführung beruflicher Grundbildung und durch rasche Modernisierung der Ausbildungsordnungen gesichert werden."

Seit dem Erlaß des Berufsbildungsgesetzes 1969 hat die Bourgeoisie 66 Verordnungen über die Berufsbildung in 105 Ausbildungsberufen erlassen. Die Länderregierungen haben entsprechende Rahmenlehrpläne erstellt. Über 40 Fortbildungsverordnungen hat die Bundesregierung seit dieser Zeit für die Ausbildung im Handwerk und in der Landwirtschaft beschlossen. Befriedigt stellte Schmude im Berufsbildungsbericht 1978 fest, daß die kürzeren Ausbildungszeiten in den neuen Ausbildungsordnungen und die steigende Zahl der Auszubildenden mit einer verkürzten Ausbildungszeit der „tendenziell sinkenden Gesamtzahl an Ausbildungsverhältnissen eine Zunahme bei der Zahl der Neuabschlüsse gegenüberstellt". Bei einem großen Teil der Ausbildungsberufe in der Metallindustrie, Druckindustrie, der kaufmännischen Ausbildung wie Sekretärinnen u.a. wurde in neuen Ausbildungsordnungen die Ausbildungszeit verkürzt.

Die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres für alle Jugendlichen soll die Ausbildung in den Betrieben um ein weiteres Jahr verkürzen. So stellte Schmude im Berufsbildungsbericht fest: „Wesentliche Voraussetzung für die von Bund und Ländern geplante beschleunigte Einführung des Berufsgrundbildungsjahres ist die Beseitigung der bestehenden Schwierigkeiten bei der Anrechnung auf die Ausbildungszeit." Noch vorhandene Schwierigkeiten und Schranken in der Ausbeutung der Jugend gilt es jetzt einzureißen. Dazu ist Schmude angetreten.

„Mit der Politik der Kurskorrektur zugunsten der beruflichen Bildung ... hat die Bundesregierung Orientierung gegeben, die in die gesetzgeberische Arbeit – so der Verabschiedung des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes 1976 – und in die gemeinsame Bildungsplanung mit den Ländern – so im Programm zur Minderung der Beschäftigungsrisiken Jugendlicher 1976/77 (in dem die Bundesregierung allein 650 Mio. DM Finanzierungshilfen für Subventionen an die Kapitalisten bereitstellt, Anm. d. Red.) – eingegangen sind." Die nächste anstehende Korrektur am Jugendarbeitsschutzgesetz hat Schmude bereits im Berufsbildungsbericht angekündigt. „Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß mit Blick auf die steigende Zahl der nach qualifizierender Ausbildung nachfragenden Jugendlichen alles getan werden muß, um die Ausbildungsbereitschaft zu stärken."

Aufgehoben werden soll der Achtstundentag, das Verbot der Nacht-, Samstags-, Sonn- und Feiertagsarbeit und der Schichtarbeit für alle Jugendlichen. So heißt es im Bericht: „Die Bundesregierung prüft auch, ob aufgrund von §21 Abs. 3 Jugendarbeitsschutzgesetz durch Rechtsverordnung aus Gründen der Berufsausbildung Ausnahmen von den dort vorgesehenen Beschäftigungsverboten für bestimmte Bereiche zugelassen werden sollen." Die Möglichkeit, alle von der Arbeiterklasse erkämpften Einschränkungen der Ausbeutung der Jugend per Rechtsverordnung einzureißen, hat sich die Bourgeoisie in diesem Paragraphen des erst 1976 geänderten Jugendarbeitsschutzgesetzes sichern lassen.

Auf wenig Zustimmung ist dieser Ausbau der Berufsausbildung der Jugend bei der Arbeiterklasse und den Volksmassen gestoßen. Ihre zahlreichen Kämpfe gegen die Verschlechterung der Ausbildung der Jugend, die Verschärfung der Ausbeutung sowie die dauernden Lohnsenkungen haben den ehemaligen Bildungsminister Rohde schnell verschlissen. Auch Schmude befürchtet: „Aufgrund mehrfacher Anzeichen wären in mehrfacher Hinsicht bedenkliche Wirkungen zu erwarten: Wenn etwa im Zusammenwirken der jeweils Zuständigen bestimmte dringende Entscheidungen nicht, nicht mit dem gebotenen Inhalt oder nicht rechtzeitig getroffen werden, so könnte ein Teil vor allem der jungen Bürger das bisherige Vertrauen in die verfaßte politische Ordnung verlieren; Zweifel an der Leistungsfähigkeit und Entscheidungskraft einer pluralistischen Demokratie und bundesstaatlichen Ordnung ... könnten sich mehren; an die Stelle innerer Zustimmung zur bestehenden Grundordnung könnten Gefühle und Haltungen des Ausgeliefertseins ... treten." Die hartnäckigen Streikkämpfe der Arbeiterklasse in den größten Industriezweigen und die anhaltenden Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen das Bildungsprogramm der Bundesregierung, das sind solche bedenklichen Anzeichen. – (Z-Red.)

Versetzungsrichtlinien: Sitzenbleiben vollständig nach Kurs- und Leistungsgruppensystem

Die imperialistische Bildungsreform Ende der sechziger Jahre zeigt ihre von Anfang an berechnete Wirkung – Reduzierung und Aufweichung der Schulzeit, die Jugend früher und schneller als billige Lohnarbeiter in die Fabriken zu pressen, für den Kadernachwuchs der Bourgeoisie auch aus nichtbesitzenden Schichten zu sorgen – erst Jahre später, mit der Entfaltung des Kurs- und Leistungsgruppensystems, der Verschärfung des Notenterrors, der Einführung von Berufsgrundbildungsjahren usw.

Die 1968 neugefaßten Versetzungsrichtlinien in Niedersachsen, mit denen die von 1959 außer Kraft gesetzt wurden, tragen diesen Zwecken bereits Rechnung. Mit der Verordnung des niedersächsischen Kultusministers vom 5.4.1978 wurden sie verschärft und Relikte der alten Schule abgeschafft.

Die Versetzungsrichtlinien von 1968 sind noch unterschieden nach Volksschule einerseits und Realschule und Gymnasium andrerseits; die neuen von 1978 gelten für alle Schulzweige unterschiedslos. Heißt es 1968 in den Versetzungsrichtlinien für die Volksschule:

Der Schüler soll möglichst in seiner Klassengemeinschaft bleiben und mit ihr aufsteigen, wenn nicht eindeutig feststeht, daß er in einer anderen Klasse oder in einer Sonderschule besser gefördert werden könnte.

Dieser Passus ist 1978 gestrichen.

1968: *Die Entscheidung über die Versetzung wird nach den im letzten Abschnitt der Versetzungsstufe erbrachten Leistungen unter Berücksichtigung der Leistungsentwicklung und des Arbeitswillens während der ganzen Versetzungsstufe getroffen. Sie darf nicht von besonderen Prüfungsarbeiten oder allein von den Klassenarbeiten abhängig gemacht werden. Die Konferenz soll nicht schematisch verfahren ...*

1978: *Bei der Festsetzung der Bewertung sind die Leistungen des gesamten Schuljahres zu berücksichtigen.*

1968: *Ein Schüler ist zu versetzen, wenn er den Anforderungen der Versetzungsstufe genügt oder wenn seine Leistungen für eine Versetzung zwar nicht voll ausreichen, aber anzunehmen ist, daß er auf Grund seiner Fähigkeiten und seines Arbeitswillens in der höheren Versetzungsstufe mitarbeiten kann.*

Für die Realschule und das Gymnasium gilt 1968:

Ein Schüler ist zu versetzen, wenn er in allen Fällen mindestens die Note „ausreichend" erhält oder wenn trotz nicht ausreichender Leistungen eine erfolgreiche Mitarbeit auf der nächsthöheren Klassenstufe erwartet werden kann. Besondere Leistungen in Wahlfächern und Arbeitsgemeinschaften sollten berücksichtigt werden. Eine erfolgreiche Mitarbeit des Schülers ist in der Regel dann nicht zu erwarten, wenn die Note „mangelhaft" in zweien oder die Note „ungenügend" in einem der Fächer Deutsch, Mathematik, Pflichtfremdsprachen, Gemeinschaftskunde in Klassen 12 oder in Physik in den Klassen 11 und 12 des mathematisch-wissenschaftlichen Zuges auftritt.

160000 blieben auf der Strecke

„Als im Mai 1977 der neue Vorstand der Deutschen Bundesbahn (DB) seine Arbeit aufnahm, wurde ihm vom Bundesverkehrsminister, der im Dezember 1976 in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers angekündigte ‚Leistungsauftrag zur Konsolidierung der DB' mit auf den Weg gegeben." – So umreißt die Broschüre „Zahlen von der Deutschen Bundesbahn, Ausgabe 1978", herausgegeben vom Vorstand, die Ziele der westdeutschen Finanzbourgeoisie.

Das Wesen des „Leistungsauftrages zur Konsolidierung" besteht in der Ausrichtung der Bundesbahn auf die Bedürfnisse der Profitproduktion, bei gleichzeitiger Unterdrückung der Interessen der Volksmassen (z.B. ständige Fahrpreiserhöhungen und Streckenstillegungen) und in der ungeheuren Intensivierung der Arbeit der Lohnabhängigen bei der Bahn.

Ausgebaut werden Rangierbahnhöfe – insgesamt 15 und Rangierstrecken insgesamt 19, für die schnelle Belieferung der Kapitalisten. Von 1976 bis 1977 sind gleichzeitig 115 Bahnhöfe geschlossen und zusätzlich 32 Haltestellen aufgelöst worden. Der Zeitaufwand für die Durchführung des Güterzugverkehrs von der Abfertigung bis Ankunft, einschließlich aller Aufenthalte, ist auf den niedrigsten Stand seit 1951 gedrückt worden. So preist sich die Bahn als Transporteur an.

Seit diesem Jahr 1951 sind zwar die Gütermassen ungeheuer gewachsen, die Zahl der Beschäftigten bei der Bahn wurde aber durch Rationalisierung um 160000 Beschäftigte reduziert. Ein Drittel davon, 58000, seit dem Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst vom November 1974. Das Zugbegleitpersonal ist 1977 um 30% abgebaut worden. Die Finanzbourgeoisie will den Transport nicht nur schnell, sondern auch billig.

Dies spiegelt sich auch in der Entwicklung der Lohnkosten wieder, die trotz nominaler Lohnerhöhung im Berichtsjahr 1976 bei den Arbeitern um 3,4% gesenkt wurden, bei den Angestellten um 1,9%. Lediglich bei den Beamten sind die Kosten um 2,1% gestiegen, obwohl gleichzeitig über 5000 Beamte wegrationalisiert wurden. Die höheren Beamten sind offensichtlich kräftig geschmiert worden, ohne sie wäre der „Leistungsauftrag des Kanzlers zur Konsolidierung" nicht zu erfüllen gewesen. Das läßt sich dann die Bourgeoisie einiges kosten.

Ein deutlicher Ausdruck der Folgen dieser Rationalisierung und der Fesselung der Produktivkräfte, bei angeblichem technischem Fortschritt, zeigt sich in der wachsenden Zahl tödlicher Zugunfälle. Nach dem Einstellungsstopp von 1974 wurden allein 1975 52 mehr Menschen bei Zugunfällen getötet als in den sechs Jahren zusammen davor. Jetzt will die DB erneut den Beschäftigten bei der Bundesbahn den Lohn kürzen. So mies der Lohnabschluß im öffentlichen Dienst schon ausgefallen ist, soll den Bahnarbeitern noch weniger gegeben werden. Am kommenden Montag ist die Schlichtung. Die Bahnarbeiter verlangen mindestens soviel wie alle anderen Beschäftigten in öffentlichen Diensten.

Rücknahme des Urteils gefordert

Hannover. „An den Vorsitzenden Richter Täglechsbek, Staatsanwalt Borchers, Rechtsanwalt Adameez. Wir – 15 Teilnehmer des Seminars ‚Export von Atomtechnologie', Fachbereich Sozialwissenschaften der Technischen Universität Hannover – lehnen aufs Schärfste den Urteilsspruch des Landgerichtes Hannover gegen den Grohnde-Angeklagten Jerry ab. 13 Monate Gefängnis ohne Bewährung und Aufhebung der Bewährung eines anderen Urteils (insgesamt 22 Monate Haft) lautet dieses Terrorurteil, was darauf abzielt, die ganze Bewegung gegen das Energieprogramm der Bundesregierung zu zerschlagen und zu spalten. Gegen den Widerstand großer Teile der Bevölkerung soll das Energieprogramm mit aller Gewalt durchgesetzt werden, um über billigen Strom das Expansionsprogramm und die Höchstprofite sicherzustellen. Dagegen fordern wir: Sofortige Rücknahme des Urteils! Sofortige Einstellung aller Grohnde-Prozesse! Kein Kernkraftwerk in Grohnde und auch nicht anderswo! Keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben! Wir unterstützen die von den Hannoverschen Bürgerinitiativen beschlossene Demonstration am 22. April in Hannover gegen dieses Urteil und die anderen beabsichtigten Urteile. Hannover, den 18.4.1978."

Hannover. 200 Leute haben am Samstag, den 22.4.1978, in Hannover gegen das Terrorurteil gegen Gerhard Schulz Kundgebungen und einen Umzug durchgeführt.

Filbinger „weiß nichts von beschlagnahmten ZANU-Geldern"

Dissen. Filbinger hat am 19.4. auf einer Wahlveranstaltung der CDU in Dissen vor etwa 200 Menschen behauptet, daß ihm nichts darüber bekannt sei, daß das Regierungspräsidium in Tübingen 105000 DM Spenden an die Patriotische Front beschlagnahmt hat, er meinte, er könne sich das gar nicht vorstellen. „In unserem Land" könnten, soweit es nicht gegen die geltenden Gesetze verstoße, Spenden für die Patriotische Front gesammelt werden, auf jeden Fall müsse das Geld den Spendern zurückgegeben werden.

Es lebe der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe

Sofortige Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung



Demonstration und Kundgebung

mit den Vertretern des ZK der ZANU:

Herbert Ushewokunze, Sekretär für Gesundheit

Didmus Mutasa, stellvertretender Sekretär für Finanzen

Hannover
28. April 1978
19 Uhr Klagesmarkt
Demonstration
20.30 Uhr Trammplatz
Kundgebung

Westberlin
27. April 1978
19 Uhr Waldbühne

Das Sammlungsziel für die vollständige Ausrüstung einer Kompanie der ZANLA übererfüllen!



Strafverfolgung gegen Hamburger AStA wegen Wahrnehmung des politischen Mandats

Das Hamburger Oberlandesgericht hat gegen den Hamburger AStA ein rechtskräftiges Urteil in Höhe von 15000 DM gefällt. „Die Welt“ jubiliert: „Grundsatzurteil: Streik an der Uni war rechtswidrig“. Der reaktionäre Student C. Hardt, Mitglied der Jungen Union, hatte die Klage eingereicht. Sein Recht auf ungehinderten Genuß imperialistischer Wissenschaft sei gefährdet. „Die Welt“ ehrt diesen Reaktionär in der Rubrik „Zur Person“: „Ein Student setzt sich durch ... Zivilcourage ist eine rare Eigenschaft. Zu den wenigen, die weder Tod und Teufel ... scheuen, zählt der zukünftige Rechtsreferendar ... Fleiß, Intelligenz und Zielstrebigkeit haben ihm einen asketischen Zug verliehen.“

Die bürgerliche Klasse will die Studentenmassen für die Reaktion gewinnen. Deshalb baut sie ihre reaktionären Studentenverbände auf und liefert durch ihre Zeitungen die nötige Politur.

Das Gericht verkündet: „Die Studenten (haben) das Recht, Lehrveranstaltungen aller Fachbereiche zu besuchen und im Rahmen der dafür erlassenen Ordnungen die Einrichtung der Universität zu benutzen.“ Dies sei „ein Recht von hohem Rang“ und direkt aus dem Grundgesetz ableitbar. Die besitzlosen Studentenmassen haben weder die Möglichkeit noch sind sie willens, „Lehrveranstaltungen aller Fachbereiche“ zu besuchen. Die „erlassenen Ordnungen“ sind die Zwangsjacken, wie Prüfungs- und Studienordnungen, gegen die dauernde Kämpfe organisiert werden.

„Eine rechtswidrige Störung der Lehrveranstaltung stellt es dar, wenn das Recht des Lehrenden, Inhalt und Methode der Lehrveranstaltung zu bestimmen ... mißachtet und die Durchführung der Lehrveranstaltung gezielt erschwert oder verhindert wird.“ Vollständige und demütige Abhängigkeit der Studentenmassen von der Professorenreaktion soll erzwungen werden.

„Auch ein Verlangen nach einer Diskussion, wenn es einmal abgelehnt worden ist, und Zwischenrufe, die sich nicht auf den Lehrstoff beziehen, sowie überhaupt alle Handlungen, die darauf abzielen, die Lehrveranstaltung ... zu erschweren oder zu vereiteln, bedeuten eine rechtswidrige Störung.“ Jeglicher Zusammenschluß der Studentenmassen soll unter Strafe gestellt werden, insbesondere das Recht auf Streik und diesen Streik auch durchzusetzen. Der AStA soll in ein Staatsorgan verwandelt werden, verkündet das Gericht als nächstes. Ebenfalls von „hohem Rang“ ist: daß der AStA nicht befugt ist, „unmittelbar durch Mitglieder (seiner) Organe oder durch von diesen dazu beeinflußte Personen auf den Ablauf der Lehrveranstaltungen störend einzuwirken. Vielmehr ist (er) ... verpflichtet, die Ordnung in der Universität einzuhalten. Das gilt auch, wenn in einer Urabstimmung der Studenten oder wenn vom Studentenparlament, vom AStA oder von der Vollversammlung der Studenten ein sogenannter Vorlesungsstreik oder Vorlesungsboykott beschlossen worden ist.“ (Aus dem OVG-Urteil) Der Studentenbewegung ist es im letzten Semester aufgrund der Spaltung durch die Reformisten und Revisionisten nicht gelungen, den bundesweiten Streik für grundlegende gewerkschaftliche und politische Rechte zum Erfolg zu führen. Die Bourgeoisie will diese Lage nutzen, um in der Beseitigung jeglicher Rechte der Studentenmassen und der Entfaltung der Reaktion gegen die Studentenbewegung einen großen Sprung nach vorn zu kommen. Mit den 15000 DM aus dem Grundsatzurteil beläuft sich die Strafverfolgung gegen den AStA wegen Wahrnehmung des politischen Mandats auf mittlerweile runde 100000 DM. Davon sind 30000 DM rechtskräftige Urteile, die bislang noch nicht vollstreckt wurden. Strafbefehle in Höhe weiterer 25000 DM befinden sich in Revisionsverhandlungen und bei weiteren Strafbefehlen in einer Höhe von 44000 DM hat die Bourgeoisie ihre rasche Verwandlung in rechtskräftige Urteile angekündigt.

Aufrufe des AStA zur Beteiligung an der gewerkschaftlichen 1. Mai-Demonstration, Flugblätter zur Unterstützung des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker wurden mit Strafbefehlen von 500 bis 2500 DM verfolgt. Mit Haß verfolgt die Bourgeoisie jeden Schritt, der dem Zusammenschluß der besitzlosen Studentenmassen mit der Arbeiterklasse dient. Es ist ein Schlag gegen ihre Absicht, die Studentenbewegung von der Arbeiterklasse zu isolieren.

Jetzt hat die Univerwaltung eine Anordnung herausgegeben, die das Aufstellen von Büchertischen genehmigungspflichtig macht. Den ASten, Fachschaften und politischen Organisationen sollen Räume nur noch bei Kautionshinterlegung in Höhe mehrerer hundert Mark gegeben werden. Der AStA hat dagegen eine Erklärung veröffentlicht und ruft dazu auf, wie bisher die Büchertische aufzustellen, ohne Genehmigungen zu beantragen.

Die Hochschulbehörde hat verlauten lassen, sie gedenke am 10. Mai das Landeshochschulgesetz in die 3. Lesung der Hamburger Bürgerschaft zu bringen und zu verabschieden. Die vollständige Unterdrückung der Studentenmassen, geradeso wie es die Bourgeoisie über ihr Grundsatzurteil verkündet hat, soll mit dem Landeshochschulgesetz in Gesetzesform gegossen werden. Um dies gegen die Studentenbewegung durchzusetzen, werden Leimruten ausgelegt. Der bisherige Entwurf sei „novelliert“ worden, heißt es. Nämlich: Der Zeitraum, in dem die für die einzelnen Studiengänge geltenden Studien- und Prüfungsordnungen an die im LHG vorgeschriebene Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation angepaßt sein muß, soll von einem auf drei Jahre verlängert werden. Die Jusos, DKP-Studenten und Liberalen sind begeistert. „Ein wichtiger Erfolg unserer Streikaktionen im letzten Semester“, tönen sie. Sie haben sich auch schon einen Vorschlag ausgedacht, wie sie hoffen, den Studentenmassen den Bärenring anlegen zu können.

„Durch gute Bündnisarbeit können wir im Verlaufe der drei Jahre zur Verabschiedung von Studienordnungen kommen, die eindeutig den inhaltlichen Nachweis erbringen, daß in dem betreffenden Studiengang ein Studium in achtsemestriger Regelstudienzeit unmöglich zu schaffen ist und daraus abgeleitet dann die Forderung nach Novellierung des HRG in dem Punkt Regelstudienzeit aufstellen.“ (AStA-Info, 17.4.78) Die Studentenmassen werden aufgerufen, zusammen mit den Behördenvertretern und der Professorenriege Studienpläne auszutüfteln, die bis zum Erbrechen vollgepfropft sein sollen, um dann darauf zu hoffen, daß die Bourgeoisie bei so viel Demut Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation fallen läßt.

Als in den letzten Semestern den Germanistik-Studenten eine neue Studienordnung aufgezwungen werden sollte, haben die DKP-Studenten diese Taktik verfolgt. Erst haben sie Vorschläge nach diesem und jenem weiteren Hauptseminar und Pflichtvorlesung gemacht, um dann daraus zu begründen, warum die Regelstudienzeit beseitigt werden müsse und Mindeststudienzeiten im Studienplan festgehalten werden müssen. Die Behörde hat die Mindeststudienzeit aus dem Studienplan gestrichen und den Studienplan mit den gesteigerten Leistungsanforderungen begeistert in Kraft gesetzt. Unter den Germanistik-Studenten haben sich die DKP-Studenten die Ablehnung ihrer Bärenfängerei eingehandelt. In mehreren Seminaren und Vollversammlungen wurden konkrete Forderungen nach Begrenzung der Leistungsanforderungen aufgestellt. Auf dem Standpunkt, daß die Studentenmassen das Recht haben müssen, vertragliche Vereinbarungen über alle Studien- und Prüfungsbedingungen abzuschließen, kann die notwendige Einheit im Kampf gegen die Absichten des imperialistischen Staatsapparates hergestellt werden.

Die Bourgeoisie wird die Strafbefehle gegen den Hamburger AStA bei günstiger Gelegenheit rasch eintreiben wollen. Die Studentenbewegung muß verhindern, daß die Sozialdemokraten und DKP-Studenten im AStA kriechen und auch noch zahlen. Die Strafbefehle und die Verabschiedung des Landeshochschulgesetzes kann die Studenten nur ermutigen, rasch den bundesweiten Streik für die Durchsetzung grundlegender gewerkschaftlicher und politischer Rechte aufzubauen. – (SSG Hamburg)

Nach dem Hochschulgesetz das Fachhochschulgesetz – noch straffere Studienorganisation und -kontrolle, Praxissemester in der Fabrik

Münster. Im Oktober 1977 hat das Ministerium für Wissenschaft und Forschung seinen Referentenentwurf zum „Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes NRW“ herausgegeben. Die Fachhochschulen (und die Kunsthochschulen) sind in diesem Gesetz ausgespart. Sie „werden in eigenständigen Gesetzen erfaßt, die noch erarbeitet werden.“ Sicher ist jetzt schon, daß die hohen Ministerialbeamten in der gleichen Sorge um die „immer drängenderen Fragen der Reform von Studium und Prüfung“ und „die Arbeitsfähigkeit der Hochschulen“ ein Fachhochschulgesetz erstellen werden, was für die Studentenmassen immer heißt: Verschärfung der Studienbedingungen, Verdichtung und Verkürzung der Studienzeit, Einschränkung der politischen Rechte der besitzlosen Studenten.

Um diese Pläne vereiteln zu können, muß man sie konkret studieren. Hier: Warum trennt die Bourgeoisie die Fachhochschulen (FH) so beharrlich von den „wissenschaftlichen“ Hochschulen, wo sie doch z.B. die pädagogischen Hochschulen in die Universität eingliedert?

Im noch geltenden Fachhochschulgesetz heißt es zu den Aufgaben der Fachhochschulen: „Die Fachhochschulen vermitteln durch praxisbezogene Lehre eine auf wissenschaftlicher oder künstlerischer Grundlage beruhende Bildung, die zu selbständiger Tätigkeit im Beruf befähigt“ (FHG, § 2(1)). Im feinen Unterschied dazu „dienen die wissenschaftlichen Hochschulen der Pflege und der Entwicklung der Wissenschaft durch Forschung, Lehre und Studium“ (Referentenentwurf, § 2(1)).

Natürlich ist es reine Augenwischerei, zu behaupten, es gäbe einen wissenschaftlichen Unterschied zwischen z.B. dem BWL-Professor an der Universität und an der Fachhochschule. Beide sind Rechtfertigungsgelehrte der kapitalistischen Profitwirtschaft. Unterschiedlich sind lediglich die Gewichtungen der Einübung ihrer Lehre von der sozialen Marktwirtschaft. Was die Bourgeoisie so schätzt an FH-Absolventen, ist ihre Ausbildung in der praktischen Anwendung ihrer zweifellos minutiös wissenschaftlich erstellten Methoden der Schweißauspressung und Unterdrückung. Diese „Praxisbezogenheit“ soll jetzt noch gesteigert werden. Ganze Praxissemester sollen darin Übung verschaffen.

Professor Dr. Ing. H. Strehl (Vorsitzender der Fachhochschulrektorenkonferenz bis zum 1.3.78 und Rektor der FH-Aachen) und Prof. Dr. J. Tippe (Rektor der technischen FH-Berlin und Mitglied des Wissenschaftsrates) werden zur Vorbereitung dessen in einem Interview mit der Zeitung UNI-Berufswahl Magazin (Heft März 78) – Herausgeber ist die Bundesanstalt für Arbeit – an die ideologische Front geschickt. Tippe: „Das Praxissemester scheint mir im übrigen den speziellen Anspruch der FH's zu untermauern, eine betont praxisorientierte Ausbildung anzubieten. Nach Lage der Dinge, ... sehe ich überhaupt keine Schwierigkeiten, die erforderlichen Praxisplätze von der Industrie zu bekommen, die das Praxissemester vehement unterstützt. Für die Studenten dürfte die Attraktivität dieses Angebots auch nicht zuletzt dadurch steigen, daß wir beispielsweise in Berlin die Förderungswürdigkeit dieses Semesters nach dem Bundesausbildungsförderungesetz ... gesichert haben.“ Da lacht das Herz des Kapitalisten. So kann er gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Während der Praktika kann er seine zukünftigen Funktionäre sorgfältig prüfen und so das große Risiko ausschließen, daß der neue Aufpasser statt anzutreiben mit den Arbeitern „paktiert“, vor allem aber kann er die Arbeitskraft der Studenten zum Nulltarif verwerten. Das spärliche BAFöG kommt aus den Steuern der Massen bzw. weil es ohnehin nicht reicht, können und sollen die Eltern dank dem im BAFöG festgelegten Rückgriffsrecht auf deren Lohn, noch einmal zahlen. So, wie es der Staatsapparat bei den Medizin-Studenten im „praktischen Jahr“ bereits seit einiger Zeit praktiziert.

Damit diese profitträchtigere Form schnell weitere Praxis erfahren kann, hat das Ministerium für Wissenschaft und Forschung Anfang dieser Woche die Einführung von Praxissemestern an den Fachhochschulen „zunächst wahlweise“ schon für das Wintersemester '78/79 beschlossen.

Galten FH-Absolventen bislang als geeignet für die „unteren und mittleren Führungsebenen“, so sollen sie dank der „straffen Studienorganisation und starken Studienkontrolle“ (Strehl), bereichert um diese praktische Reform, nun auch um höhere Funktionärsaufgaben mit den Universitätsabsolventen konkurrieren dürfen. „Fachhochschulabsolventen dürften für diese Konkurrenz durchaus gerüstet sein“ (Strehl) „bei zunehmender Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt werden sich nämlich persönliche Qualitäten viel stärker durchsetzen als formale Qualifikation“.

Fachhochschüler gegen Universitäts-Studenten und dann jeder gegen jeden auf der Jagd nach einem Arbeitsplatz. Anhebung der Konkurrenz unter den Studenten auf eine höhere Stufenleiter und Optimierung ihrer Selektion, dazu dient die rechtliche Trennung der Fachhochschulen von den „wissenschaftlichen“ Hochschulen. Damit es auch richtig klappt, wird mit Gleichberechtigung gelockt. Als Abschluß des FH-Studiums soll nicht mehr die Graduierung, sondern auch das Diplom stehen. Da sind sich alle einig vom Verein Deutscher Ingenieure bis zum Senat der FH-Münster. Und Tippe spricht wieder für sie alle: „Alles andere wäre sachlich und rechtlich nicht gerechtfertigt und politisch untragbar“. Mancher Student mag denken, daß das doch wenigstens etwas ist, was rausspringt bei all der durch die reformierten Prüfungs- und Studienordnungen verschärften Schinderei. Aber er hat die verkommene Findigkeit der Kapitalistenklasse und ihres Anhangs nicht bedacht. Am 3. April berichtet „Die Welt“ aus Bonn: „Hochschulabsolventen sollen künftig beim Eintritt in den Staatsdienst vier Stufen niedriger als bisher eingestuft und bezahlt werden. Diese Forderung ist Teil eines Katalogs von Vorschlägen, den der Wissenschaftsrat (Tippe ist da ja Mitglied, d.V.) jetzt nach einem Gespräch mit Bundesinnenminister Werner Maihofer veröffentlicht hat.“ Statt mit A 13 (ca. 2500 brutto) würde ein Hochschulabsolvent nur noch mit A 9 (ca. 1700 brutto) eingestellt werden. Was dem imperialistischen Staatsapparat recht ist, wird der Ausbeuterklasse insgesamt nur billig sein. Solcherlei Gleichberechtigung zahlt sich für sie in Mark und Pfennig aus. Man kennt ihre Begeisterung dafür schon, aus ihren eifrigen Predigten für die gleichberechtigte Verwertung der weiblichen Arbeitskraft in Nacht- und Schichtarbeit.

Das aufwendige Schwadronieren der Bourgeoisideologen von Gleichstellungsreformen und Diplom für Fachhochschüler soll diesen kampferprobten Teil der Studentenbewegung vom Kampf abhalten. Das wird nichts werden. Eine Verschärfung der von Strehl so gelobten „straffen Studienorganisation und starken Studienkontrolle“ konnte z.B. im letzten Semester in Münster nicht als Studienordnung Wirklichkeit werden, weil 200 Studenten die Verabschiedung durch Sprengung der Senatssitzung verhinderten. – (Bezirk Münsterland/Emsland)

Der „Tropeningenieur“ – Personal für den Kapitalexport

Seit zwei Jahren wird an der Fachhochschule Köln ein Abend-Aufbaustudium für „Technologie in den Tropen“ durchgeführt. Ziel ist es, wie der Leiter des Aufbaustudiums in der Zeitschrift „arbeitgeber“ (6/78) schreibt, „Studenten auf die ungewöhnlichen, unkonventionellen und komplexen Aufgabenstellungen in den Tropen und Subtropen vorzubereiten.“ Was er vorsichtig „Tropen“ heißt, sind die Länder der 3. Welt, von denen er weiß, daß „20% des deutschen Exports in diese Gebiete geht ... und daß weit über 100000 Bundesdeutsche bei meist technischen Aufgaben im Ausland eingesetzt sind.“ „Wachsende Orientierung der deutschen Industrie an den technischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Entwicklungsländer“ nennt er, was Orientierung der westdeutschen Kapitalistenklasse auf Kapitalexport ist. Dazu muß das Gelände erkundet, „nach den Ursachen der dortigen Erfolge und Mißerfolge gesucht“ (Interview in ‚aktuell‘ 3/78) und das erforderliche Offizierspersonal für diesen Expansionszug ausgebildet werden. „Dies mit dem Ziel, vor allem jungen Ingenieuren in einer Zeit, in der eine globale Orientierung notwendig ist, das erforderliche Rüstzeug zu vermitteln, um für die und in der dritten Welt ... effektiv und kostensparend tätig sein zu können.“ Ausgebildet wird vor allem in drei Bereichen: „Landwirtschaftliche Maschinen und Produktionstechnik“, wo Methoden zur Kapitalisierung der Landwirtschaft gelehrt werden, die regelmäßig verbunden sind mit der Runierung der Bauern und ihrer Verwandlung in industrielle Reservearmee (Beispiel aus dem Seminarprogramm: „Mechanisierung der Agrarproduktion in einer dicht besiedelten tropischen Region, Beispiel Taiwan“). „Bauen in den Tropen“, wo Personal für die Bauindustrie ausgebildet wird, für die sich der Professor profitable Geschäfte „vor allem hinsichtlich der OPEC-Länder“ erhofft. Und „Industrielle Maschinen und Produktionstechnik“, wo Bedingungen des Aufbaus von Industrieanlagen und des „Technologietransfers“ in die dritte Welt gelehrt werden. Also ein vollständiges Programm: Wie ruiniere ich die einheimische Landwirtschaft und raube die natürlichen Reichtümer? Wie kontrolliere ich die Infrastruktur und errichte Produktionsstätten zwecks profitabler Ausbeutung der vom Land vertriebenen und in die Fabrik gepreßten Bauern?

Da die Länder der 3. Welt inzwischen ihre Erfahrungen mit dieser Sorte „Technologietransfer“ gemacht haben, kommen auf den von den imperialistischen Konzernen entsandten „jungen Ingenieur“ einige Probleme zu. Deswegen sollen sie mit den „Ursachen für die zu erwartenden menschlichen Reaktionen, das heißt mit den dahinter steckenden Zwängen, z.B. beim Technologietransfer“ vertraut gemacht werden (Interview). Dafür gibt es ein umfangreiches „technisch-sozialökonomisches Skelett“ des Aufbaustudiums, z.B. über „transferbeeinflussende Gegebenheiten und Eigenarten in Tropenländern“, über „Elemente des bestehenden Weltwirtschaftssystems und die Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung“, über den „Zielkonflikt Rohstoffpolitik und Außenwirtschaftspolitik“, und schließlich über „Personalführung“ und „Vertragsrecht“ (mit Dozenten des Tiefbauunternehmens STRABAG-AG).

Die so ausgebildeten „jungen Ingenieure“ rücken dann in die Außenposten des westdeutschen Finanzkapitals ein: „Mitarbeiter in einem Projekt in Ghana, in dem Modelldörfer samt Bewässerungsanlagen errichtet werden, Leiter der Abteilung Technologietransfer in einer deutschen Maschinenfabrik, Ausbilder des einheimischen technischen Betriebspersonals für eine in Algerien zu errichtende Fabrik, Koordinator einer Werkstattkette in Tansania, Versuchsingenieur in einem Projekt zur Gewinnung von Billigbaumaterialien in Zentralamerika“, wie der Professor den Einsatz seiner Studenten beschreibt. (aktuell 3/78) (Mi-Red.)

Soldaten und Zivildienstpflichtige: Gemeinsam gegen die imperialistische Dienstpflicht

Am 14. April hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die Wehrdienstnovelle der Bundesregierung für verfassungswidrig erklärt. Wer nicht zur Bundeswehr will, muß sich vorerst weiter der Schikane und Erniedrigung durch die sogenannte Gewissensüberprüfung unterziehen, die der bürgerliche Staatsapparat vornimmt. Gleich nach dem Urteil haben alle bürgerlichenen Parteien einmütig versichert, gemeinsam über eine Neuregelung des Problems beraten zu wollen. Bundesverteidigungsminister Apel hat der CDU Gespräche angeboten. Alle Polemik untereinander war wie weggeblasen. Worin besteht das Problem für die Bourgeoisie?

Zunächst tatsächlich darin, daß Gefahr bestand, der notwendige Zufluß an Menschenmaterial für die imperialistische Armee würde versiegen. Sprunghaft war die Zahl der Kriegsdienstverweigerer gestiegen, v.a. unter den Abiturienten, also denjenigen, die die Kader für die Kriegsgeschäfte und für die Unterdrückung der Soldaten stellen sollen. Allein diese Seite nur zu sehen, hieße jedoch die Schwierigkeiten der bürgerlichen Klasse zu unterschätzen wie die Wirkung und die Möglichkeiten der Revolutionäre. Die Sorge der imperialistischen westdeutschen Bourgeoisie ist, daß diese Armee *heute* nicht kriegsfähig *ist.* Das hält sie zu Recht für einen lebensbedrohenden Zustand.

Die Klassenspaltung in der Armee ist jetzt für jedermann *offensichtlich.* Die Soldatenbewegung hat einen sichtbaren Aufschwung genommen und äußert sich in zahlreichen Kämpfen gegen Schikane, Drill und chauvinistische Ideologie. Die bewußte Verbindung mit der Arbeiterbewegung wird gesucht und hergestellt. Das nebenstehende Beispiel aus der Wesendorf-Kaserne steht für viele. Wie kann die bürgerliche Klasse sicher sein, daß diese Armee im Krieg funktioniert, wenn sich Stabsärzte mit den Soldaten gegen das Offizierspack verbinden, wie der Stabsarzt Rapp oder wenn Soldaten dem Bundeskanzler mitteilen, daß sie bei einer Intervention in Palästina oder Südafrika nicht mitmachen werden und ihn wissen lassen, daß er seine Umtriebe gegen die Völker der Dritten Welt einstellen soll. (siehe KVZ 16) Die allerorten angestrengten Prozesse gegen Mitglieder der Soldaten- und Reservistenkomitees wie die kürzlich in der bürgerlichen Presse zitierte Klage der Kompaniefeldwebel über die „schlechte Moral der Truppe", beleuchten das Problem der Bourgeoisie: wilde Unterdrückung ist nötig, bloß nutzen wird sie nicht, kommt man nicht aus der ideologischen Defensive her-



aus.

Der Bundespräsident hat am 5. April auf der Kommandeurstagung der Bundeswehr seiner Sorge Ausdruck gegeben: „Wir haben, so meine ich noch kein entspanntes Verhältnis zu unserer Wiederbewaffnung gefunden"; „es ist bei uns noch nicht selbstverständlich geworden, für die Bundeswehr einzutreten" (Bulletin der Bundesregierung vom 7.4.) Daß mit dem ‚wir' nicht die Bourgeois gemeint sind, wird schnell klar: „Die Soldaten lernen, mit den Waffen umgehen, aber sie lernen kaum noch, *warum* sie mit Waffen umgehen. Ich halte das für eine bedenkliche Entwicklung." (ebd.) Seine Furcht treibt ihn nach vorn: „Das heißt aber, wenn wir den Frieden erhalten wollen, müssen wir unsere Soldaten im Hinblick auf einen möglichen Krieg ausbilden. Diese harte Wahrheit wird aber leider zu häufig verschwiegen."

Das Urteil des BVerfG formuliert für diese Strategie die Perspektive: Dienst in der Armee oder Unterwerfung unter die imperialistische Dienstpflicht in einem 24monatigen Arbeitsdienst, kaserniert wie die Soldaten und

dienst, kaserniert wie die Soldaten und

jeder gewerkschaftlichen und politischen Rechte beraubt. Gegenüber den Soldaten als Drückeberger diffamiert und gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes als Spaltkeil eingesetzt. Heute schon werden z.B. in Rotenburg in einer psychiatrischen Anstalt Beschäftigte, die dort schon länger gearbeitet haben und jetzt zum Zivildienst gezwungen sind, weiter mit der gleichen Arbeit betraut, mit dem Unterschied, daß einem Lohn nach KR VI 1364 DM plus 440 DM Ortszuschlag plus 134 DM Psychiatriezulage jetzt der ZDL-Hungersold gegenübersteht. Gleiches ist denkbar im Straßenbau. Der Bundespräsident hat dann auch in seiner Rede festgestellt: „Die Bundeswehr kann in einer Stärkung der sozialen Dienste in unserem Lande durchaus eine Stärkung der Verteidigungskraft unseres Landes sehen."

Die Verbindung der Zivildienstpflichtigen mit den Soldaten ist objektiv vorhanden. Sie hat sich geäußert in der Unterstützung der Kämpfe der Zivildienstpflichtigen durch die Soldatenbewegung. Jetzt haben am 14.4. und den folgenden Tagen in mehreren Städten Demonstrationen gegen das BVerfG-Urteil stattgefunden. Verschiedentlich sind sie unter der Stoßrichtung: „Zivildienst als Friedensdienst" durchgeführt worden. Das hat die Aktionen geschwächt. Im Kampf gegen die imperialistische Dienstpflicht und für gewerkschaftliche und politische Freiheiten können sich die Zivildienstpflichtigen mit den Soldaten und mit den Beschäftigten der öffentlichen Dienste zusammenschließen. Das wird dem Kampf gegen den bürgerlichen Staat nutzen. – (N-Red.)

4 Monate Arrest wegen „Gehorsamsverweigerung außer Dienst"

Gifhorn. Zu vier Monaten Strafarrest ohne Bewährung verurteilte das Jugendschöffengericht den Panzergrenadier Döhmen aus dem 3./Panzergrenadierbataillon 11, Wesendorf, Hammersteinkaserne wegen Gehorsamsverweigerung. Am 11.2. hatte ihn sein Bataillonskommandeur Oberstleutnant Heeren an einem Agitationsstand des KBW angetroffen. Er machte den Soldaten verantwortlich für eine Wandzeitung mit der Aufschrift: „Untersützt den Kampf der Soldaten gegen Hungersold und Entrechtung."

Vollständig isoliert in der Debatte, blieb dem Offizier nur noch seine „Befehlsgewalt": „Es ist jetzt 10.55 Uhr, um 11.30 Uhr sind sie zur Vernehmung in der Kaserne." Der Soldat, auf Wochenendurlaub, befolgte den Befehl nicht. Die Bataillonsführung reagierte mit 21 Tagen Bau, Beantragung des Strafverfahrens und dem ausdrücklichen Verbot, „sich an weiteren Aktionen des KBW zu beteiligen", die „freiheitlich-demokratische Grundordnung anzugreifen, Interna der Bundeswehr zu veröffentlichen" und „in beleidigender Weise gegen Vorgesetzte zu hetzen". Es folgte das Urteil nach einem beschleunigten Verfahren.

Die Offiziersmeute bekommt die Soldatenbewegung nicht in den Griff:

Am 14.2. wollte der Herr Oberstleutnant kurz vor dem Wochenendausgang acht Soldaten zu Losverkäufern für das abendliche Bataillonsfest bestimmen. Alle haben sich geweigert. Gegen die Strafversetzung von zwei Vertrauensmännerwahlkandidaten forderten 20 Soldaten in einem Offenen Brief die Rücknahme dieser Maßnahme und fanden Unterstützung von Arbeitern aus örtlichen Betrieben und von VW-Wolfsburg. 17 Soldaten haben jetzt in einem Brief an die streikenden VW-Arbeiter die Lohnsenkungen der Kapitalisten angegriffen und den Arbeitern ihre Unterstützung zugesichert. Über 80 DM sind bis jetzt in der Hammersteinkaserne für die Patriotische Front in Zimbabwe gesammelt worden.

All das schmerzt die bürgerliche Klasse ziemlich. Gefängnisstrafen sollen die Rechtlosigkeit der Soldaten wiederherstellen helfen. Ob das so einfach geht? Die Soldatenbewegung hat begonnen, sich mit der Arbeiterbewegung zu verbinden. 42 Soldaten der 3./11 haben sich in einer Erklärung für die Einstellung des Prozesses, die Aufhebung der Disziplinarstrafe, für Lohnfortzahlung, Kündigungsrecht, politische und gewerkschaftliche Freiheiten in der Armee ausgesprochen. 5 Soldaten des 1. Panzerartilleriebataillons erheben diese Forderungen ebenfalls.

Chemische Kampfstoffe

Die Bundeswehr beschäftigt sich intensiv mit chemischen Kampfstoffen. Das geschieht u.a. in der 1968 gegründeten Erprobungsstelle 63 in Munster, die seither erheblich ausgebaut und inzwischen in den Rang einer Wehrwissenschaftlichen Dienststelle der Bundeswehr für ABC-Schutz erhoben worden ist. Dort stehen 40 Wissenschaftler, 60 graduierte Ingenieure, 80 Techniker im Solde des BRD-Imperialismus (Wehrtechnik 1/78). (Der „Gasplatz Breloh" bei Munster hat im 1. Weltkrieg ein Viertel der Gasproduktion des imperialistischen deutschen Heeres geliefert. 1935 wurde der „Gasplatz Breloh" wieder eingerichtet zur Prüfung und Erprobung von chemischen Kampfstoffen.) Außer dieser Einrichtung an traditionsreicher Stelle betreibt der BRD-Imperialismus Forschung über die Anwendung von ABC-Waffen an dem Institut für Aerobiologie der Frauenhofergesellschaft in Grafschaft/Sauerland. Daneben gibt es noch eine Reihe weiterer Hinweise, die auf intensive Beschäftigung mit chemischen Waffen schließen lassen. So ist z.B. ein Oberfeldarzt Weger von der Sanitätsakademie der Bundeswehr in München zugleich Leiter der toxikologischen (giftwissenschaftlichen) Abteilung des Pharmakologischen Instituts der Uni München. Er gilt als „führender Giftforscher". In der Fachpresse für die militärischen Funktionäre der Bourgeoisie finden Erörterungen statt über die Bedeutung der C-Waffen und wie sie dem verfügbaren Waffenarsenal der Bundeswehr einverleibt werden können.

Für die Imperialisten haben die chemischen Kampfstoffe eine ganze Reihe positiver Eigenschaften: Es sind Massenvernichtungsmittel und die Bourgeoisie verspricht sich zudem eine die Massen terrorisierende Wirkung. Industrieanlagen, Straßen, Schienenwege, Gerätschaften usw. bleiben unbeschädigt. Ist eine chemische Industrie vorhanden, sind sie jederzeit herstellbar, und zwar äußerst billig. Zum Teil fallen sie als „Nebenprodukte" automatisch an, so das berüchtigte TCDD, das in Seveso seine verheerenden Auswirkungen zeigt. C-Waffen haben vielfältige Einsatzmöglichkeiten, können abgeworfen, versprüht, verschossen werden usw, es lassen sich damit sowohl begrenzte Geländestreifen belegen als auch ganze Regionen, auch tief im Hinterland. Chemische Kampfstoffe sind heimtükkisch, d.h. das Element der Überraschung wird genutzt. Nur wenige chemische Kampfstoffe sind überhaupt bekannt. Es gibt Stoffe, die unmittelbar die Zellen zerstören wie die Lost-Gruppe, solche, die Innervationsprozesse blockieren (z.B. Tabun, Sarin, Soman), Psychokampfstoffe, die willenlos machen. Meist sind die Kampfstoffe farblos und ohne besonderen Geruch und wirken innerhalb kürzester Zeit und in geringsten Mengen (für Soman liegt die tödliche Dosis bei 1 mg). Sie wirken entweder durch die Haut oder
wirken entweder durch die Haut oder
durch Einatmen. Der Tod tritt durch verschiedene Formen des Erstickens ein.

Die Ablehnung und der Widerstand der Massen gegen die Massenvernichtungswaffen hat die BRD-Imperialisten zu allerhand Täuschungs- und Tarnmanöver gezwungen. Die Beschäftigung mit ABC-Waffen betreiben sie unter dem Deckmantel, Abwehrmöglichkeiten zu suchen. Indem sie sich genaue Kenntnisse über Herstellung und Wirkung von Kampfstoffen verschaffen, können sie ohne weiteres neue entwickeln. Offen zugegeben wird, daß die BRD das „Hauptlagerungsgebiet in Westeuropa" ist (Europäische Wehrkunde 7/77). Daß die Bundeswehr selber über Bestände verfügt, ist 1967 durch einen Unfall in Munster herausgekommen. 1975 wurde der Diebstahl von Kampfstoff der Bundeswehr bekannt. Gegenüber den Massen behaupten die BRD-Imperialisten gerne, sie seien durch das Genfer Abkommen von 1925 und den Pariser Vertrag von 1954 gebunden und könnten C-Waffen daher nicht einsetzen. Das soll beruhigend wirken, ist aber nur Täuschung. Was diese Verträge den Imperialisten wert sind, enthüllt sich sogar in ihrer „Fachpresse": „Aufgrund von Zusatzklauseln zu Verträgen zwischen den Hauptverbündeten einschließlich der Verbündeten dieser Hauptmächte ist nur der Ersteinsatz von chemischen Kampfstoffen verboten." (Wehrausbildung in Wort und Bild, Ausbildungszeitschrift für die Bundeswehr, Nr. 3/77, S. 117) Und im Brockhaus von 1967, Band 3, Seite 731 ist zu lesen: „Ein allgemeiner, die chemischen Kampfstoffe verbietender Völkerrechtssatz besteht nicht . . ."

Das eigentliche Problem für den BRD-Imperialismus sind auch nicht diese Verträge, sondern die Massen. In der Militärzeitschrift „Europäische Wehrkunde" wird beratschlagt, wie das Problem zu lösen ist. Durch Spaltung. Erstens müsse erklärt werden, das Offensivpotential auf „nicht-tödliche Waffen" beschränken zu wollen. Zweitens müsse man erklären, daß Unfälle ausgeschlossen sind und drittens seien die „hitzigsten" Gegner zu behandeln wie die entschiedenen Gegner der Wiederbewaffnung und des NATO-Beitritts der BRD. Da aber die „Diskussion über Massenvernichtungswaffen . . . nun einmal die Tendenz (habe), ins Emotional-Irrationale abzugleiten . . . sollte man einerseits das Potential entsprechend auslegen (d.h. chemische Kampfstoffe herstellen) und außerdem eine geeignete Informationsstrategie in die Schublade legen." (Europäische Wehrkunde 1/78, S.9) – (Z-Red.)

Wehrbeauftragter legt Jahresbericht vor

Politischer Unterricht im Rahmen der imperialistischen Tradition

Am 13. April hat der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Berkhan seinen Jahresbericht vorgelegt. Bei der Einrichtung des Wehrbeauftragten handelt es sich um einen Horchposten der herrschenden Klasse gegenüber der Soldatenbewegung. Laut Wehrbeauftragtengesetz haben die Soldaten das Recht, Eingaben und Beschwerden an den Wehrbeauftragten zu richten. Noch selten hatten die Soldaten davon einen praktischen Nutzen. Mit der Sammlung und Auswertung dieser Eingaben und Beschwerden verschafft sich der Wehrbeauftragte eine Übersicht über das „Stimmungsbild" innerhalb der Armee und kann rechtzeitig Laut geben, wenn etwas nicht nach Wünschen der herrschenden Klasse läuft. Und diese Aufgabe kann Berkhan, als ehemaliger Staatssekretär bei Schmidt und Leber selber an der Unterdrückung der Soldaten unmittelbar beteiligt, auf Grund dieser Kenntnisse besser ausüben als seine Vorgänger.

„Berkhan zeichnet ein düsteres Bild von der Ausbildung der Soldaten", überschreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung ihren Bericht über den Jahresbericht des Wehrbeauftragten. Berkhan selber weist mit dem „Anspruch dringlicher Mahnung" auf die Aufgabe der Generale hin, „Grundsätze und Praxis der Inneren Führung auf der Höhe der allgemeinen geistigen, politischen und technischen Entwicklung zu halten". Der Wehrbeauftragte beklagt, daß den Soldaten „Grundeinsichten in staatsbürgerliche und neuere geschichtliche Zusammenhänge" fehlten und stellt ein „erschreckendes Unwissen über unsere jüngere Geschichte" fest.

Daß es den Soldaten am rechten Geist fehle, dafür führt Berkhan mehrere Beispiele an. So analysiert er den 1. Mai 1977 und beklagt sich darüber, daß viele Soldaten in Uniform an den Mai-Demonstrationen teilgenommen haben und die Forderungen nach „Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten" erhoben haben. Berkhan: „Anspruch einer entsprechenden Wissens- und Wertevermittlung ist es, Einsichten in die Bedingungen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens zu wekken und ein Verhalten zu fördern, das sich die Grundwertentscheidung unserer Verfassung zu eigen macht. Politische Bildung in den Streitkräften soll damit auch immunisieren gegen Infiltrationen, die von Aktionen politisch motivierter sicherheitsgefährdender Kräfte ausgehen. Dies zu erwähnen, erscheint mir notwendig, denn solche gegen die Bundeswehr und die Wehrbereitschaft gerichteten Umtriebe – zu etwa 5 v.H. rechtsextremistischen, zu etwa 82 v.H. linksextremistischen Ursprungs – verzeichneten im Berichtsjahr einen deutlichen Anstieg."

Berkhan gibt verschiedene „Anregungen", um den politischen Unterricht den Wünschen der herrschenden Klasse entsprechend auszurichten. Dabei geht er ausdrücklich auf die „Traditionspflege" der Bundeswehr ein und stellt fest: „Traditionspflege ist ein wichtiger Bestandteil der Inneren Führung." Und: „Als ‚gültige Überlieferungen der deutschen Wehrgeschichte' werden im Traditionserlaß unter anderem bestimmt: Gewissenhafte Pflichterfüllung um des sachlichen Auftrags willen; Treue zum Dienstherrn; . . . Dies sind Werte und Bekenntnisse, die sich in der deutschen Geschichte wieder und wieder bewährt haben und auch heute für die Bundeswehr unverändert Gültigkeit besitzen."

„Ausdrücklich verteidigt Berkhan den 1965 herausgegebenen ‚Traditionserlaß'. Er habe freilich den Eindruck, daß vielfach nur Ausschnitte aus ihm herausgenommen würden, statt ihn in der Gesamtheit seiner Aussagen anzuwenden", schreibt die FAZ am 14.4.78. Tatsächlich paßt dieser Traditionserlaß genau auf die Expansionsbestrebungen des westdeutschen Imperialismus. An ihm soll die politische Erziehung der Soldaten in der Bundeswehr ausgerichtet werden, und nicht umsonst hat Berkhan diesen Erlaß als „Anhang" zu seinem Bericht abdrucken lassen. „Nationales Bewußtsein ist eine Triebkraft, die sich seit frühen Anfängen in der europäischen Geschichte entfaltet hat; wir Deutschen haben an dieser Entwicklung teilgenommen. Das nationale Bewußtsein macht auch heute noch wirksame Kräfte innerhalb und außerhalb Europas frei", heißt es dort; und: „Tradition ist Überlieferung des gültigen Erbes der Vergangenheit. Traditionspflege ist Teil der soldatischen Erziehung. Sie erschließt den Zugang zu geschichtlichen Vorbildern, Erfahrungen und Symbolen; sie soll den Soldaten befähigen, den ihm in Gegenwart und Zukunft gestellten Auftrag besser zu verstehen und zu erfüllen."

Die Soldaten- und Reservistenkomitees werden dieser Traditionspflege entgegentreten. – (ws, Soldaten- und Reservistenkomitee, Sprecherrat Mitte)

Planung der Generalität zur Durchführung des politischen Unterrichts

Untenstehend veröffentlichen wir die Planung der Generalität zur Durchführung der politischen Indoktrinierung der Soldaten. Man kann den Absichten der herrschenden Klasse besser entgegentreten, wenn man diese Pläne frühzeitig kennt. Entnommen ist diese Planung dem „Gesamtausbildungsplan 78".

Plan politischer Unterricht nach GAP 78

Thema	Stunden
1. Die parlamentarische Demokratie	4 Std.
2. Politische Willensbildung mit und ohne Parteien	2 Std.
3. Freiheitlicher sozialer Rechtsstaat – ein Selbstbdienungsladen?	2 Std.
4. Gewaltenteilung – wirksame Kontrolle der Macht	2 Std.
5. Wahlen in der Demokratie – eine Pflichtübung?	2 Std.
6. Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie durch Interessenverbände?	2 Std.
II. Quartal	
1. Die Bundeswehr in Staat und Gesellschaft	4 Std.
2. Wehrpflichtigenarmee auch in der Zukunft	2 Std.
3. Zivile Verteidigung, militärische Verteidigung, zwei Seiten der Medaille	2 Std.
4. Mitbestimmung als Prinzip – auch in der Armee?	2 Std.
5. Einsatz der Bundeswehr im Innern – Helfer in der Not?	2 Std.
6. Der Soldat allein mit seinen Problemen?	2 Std.
III. Quartal	
1. Die Bundeswehr im Bündnis	4 Std.
2. NATO und Warschauer Pakt – David und Goliath?	2 Std.
3. NATO – wirkt sie trotz Meinungsverschiedenheiten?	2 Std.
4. Sicherheitspolitik der NATO – Abschrecken und Verteidigen, aber wie?	2 Std.
5. Ausländische Soldaten in der BRD	2 Std.
6. Vereinigte Staaten von Europa	2 Std.
IV. Quartal	
1. Andere Gesellschaftssysteme europäischer Staaten	4 Std.
2. Die Partei in Staat und Gesellschaft der SU	2 Std.
3. Friedliche Koexistenz und Entspannungspolitik – Wege zum Frieden	2 Std.
4. Grundrecht in der DDR – Anspruch und Wirklichkeit	2 Std.
5. Menschenführung in der NVA	2 Std.

Zusätzlich pro Quartal:
5 Std. Truppeninformation
3 Std. Bundeswehrfilmschau
4 Std. Unterricht soldatische Fragen betreffend
7 Std. Lebenskundlicher Unterricht.

Länder Lateinamerikas arbeiten eng zusammen

Vom 4. bis zum 6. April fand in Carabella in Venezuela die 4. reguläre Ministertagung der SELA, der beratenden und koordinierenden Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Kooperation in Lateinamerika, statt. Der SELA gehören 25 Staaten an. Nachdem bereits am 31. März vereinbart worden war, eine gemeinsame Vertriebsgesellschaft für Düngemittel und deren Rohstoffe zu gründen, wurde in weiteren Resolutionen beschlossen, Studien über die Errichtung gemeinsamer Fonds und die Koordinierung des Außenhandels zu erstellen, zur Vorbereitung internationaler Wirtschaftskonferenzen Treffen zur Koordinierung und Beratung abzuhalten und Verbindungen zwischen den Zahlungsstellen der regionalen Organisationen Lateinamerikas herzustellen. Außerdem erklärte die Versammlung sich solidarisch mit dem Kampf Boliviens gegen die Dumpingpraktiken der US-Imperialisten auf dem Zinnmarkt und äußerte ihre Besorgnis über die neuen US-Außenhandelsgesetze. Der ständige Sekretär der SELA betonte die Notwendigkeit, eine neue Weltwirtschaftsordnung zu errichten, die die Bedürfnisse der Entwicklungsländer respektiert und ihren Erfordernissen entspricht. Auf der Grundlage des Zusammenschlusses und der gemeinsamen Verteidigung der Rohstoffpreise war es fünf mittelamerikanischen Ländern im letzten Jahr gelungen, Handelsbilanzdefizite in Höhe von zusammen 93 Mio. US-Dollar abzubauen und einen Überschuß von zusammen 356 Mio. Dollar zu erzielen.

Österreich: Streik der Reifenwickler bei Semperit

Seit Montag, den 17. 4. streiken die Reifenwickler des österreichischen Chemiekonzerns Semperit für eine innerbetriebliche Lohnerhöhung von 500 Schilling bzw. 350 Schilling für die Bedienungsmannschaften. Innerhalb von drei Tagen kam für 2000 der 4500 im Traiskirchener Werk beschäftigten Arbeiter die Arbeit zum Erliegen. Die Kapitalisten wollten die Arbeiter und Angestellten von den streikenden Reifenwicklern abspalten und ordneten ein Verbot, den Arbeitsplatz zu verlassen, an. Dagegen organisierten die Reifenwickler schon am Montag einen Demonstrationszug durchs Werk und diskutierten ihre Forderung. „Wieso streiken nur die Wickler? Uns geht es auch nicht besser!" stellten viele Arbeiter fest. Der Streik der Reifenwickler wird von den österreichischen Arbeitern entschieden unterstützt. In vielen Betrieben wurden Solidaritätsresolutionen verabschiedet, der Betriebsrat des Stahlbetriebes Wertheim sicherte den Reifenwicklern finanzielle Unterstützung zu. Ihr Streik hat für die gesamte österreichische Arbeiterklasse große Bedeutung. In den laufenden Tarifauseinandersetzungen wollen die Kapitalisten mit Hilfe der Sozialdemokraten in der Regierung und den Gewerkschaften einen großen Raubzug auf die Löhne der Arbeiter führen. In der Chemieindustrie stellen sie der Gewerkschaftsforderung von 7,8% ein Angebot von 3,8% mit 14monatiger Laufzeit entgegen. Das Zentralorgan der österreichischen Bourgeoisie, „Die Presse", schreibt am 22.4. besorgt unter dem Titel „Der Streik, den (fast) niemand wollte": „Hohe Regierungsvertreter griffen sich schon zu Wochenbeginn nur vielsagend an den Kopf, sprach man sie auf den Streik an ... Die Arbeitgeber bezeichnen die Forderung der „Wickler" in der Reifenabteilung als Spitze eines Eisberges."

Französische Fremdenlegion in den Tschad geschickt

Die Frolinat, die Nationale Befreiungsfront des Tschad, hat die französische Regierung für den Bruch des Abkommens von Bengasi verantwortlich gemacht, das zwischen der Regierung Malloum und der Frolinat geschlossen worden war und den Abzug aller ausländischen Truppen unter der Kontrolle einer gemischten libysch-nigerianischen Militärkommission vorsah. Stattdessen sind die französischen Truppen im März bereits auf Bataillonsstärke (über 1000 Mann) gebracht worden. Französische Flugzeuge und Hubschrauber haben seither mehrfach Einheiten der Befreiungsarmee angegriffen. Dabei sind vier französische Soldaten getötet und ein Flugzeug sowie ein Hubschrauber abgeschossen worden. Die Frolinat hat am 17. April im Gegenschlag die Militärgarnison von Salal angegriffen. Daraufhin hat die französische Regierung in aller Hast mehrere hundert Soldaten des ersten Kürassierregiments der Fremdenlegion aus Orange, Südfrankreich, in Nachtflügen in den Tschad geflogen. „Patrouillen der Militärpolizei sind durch die Straßen von Orange gerast, um die Legionäre wieder in die Kaserne zu bringen, wie es offiziell hieß, wegen einer ‚Alarmübung'. Mehreren Zeugen zufolge sind aber gegen Mitternacht zwei Geschwader Transportall, mit gelben Streifen versehen – die anzeigen, daß es sich um einen außerordentlichen Truppentransport handelt – in den Tschad abgeflogen." (La libre Belgique, 22./23.4.78)

Überdies soll eine Staffel „Jaguar"-Jagdflugzeuge, die auf Anti-Guerilla-Kriegsführung spezialisiert sind, in Alarmbereitschaft versetzt worden sein. Frankreich könne sich am Tschad unmöglich „desinteressieren", so der „Figaro", da das Land „von vitaler strategischer Bedeutung ist, als eine geographische Drehscheibe, insbesondere für unsere Luftverbindungen mit Djibouti und dem Indischen Ozean." (Figaro, 21.4.78)

Italien: Bourgeoisparteien im Kampf gegen den Volksentscheid

Neues Abtreibungsgesetz unter Führung der Revisionisten beschlossen / Die Bewegung gegen das Strafgesetz ist nicht geschlagen

Nach mehr als dreißigstündiger Debatte hat die italienische Abgeordnetenkammer am 14. April ein neues Strafgesetz gegen die Abtreibung verabschiedet. Die Nacht, so berichteten die italienischen Zeitungen, hätten sich die Herren und Damen Parlamentarier mit Kartenspiel und Gesang vertrieben. Grund für die „Strapaze": Unter allen Umständen wollten die Bourgeoisparteien das Gesetz rechtzeitig durch das Parlament peitschen, um die für den 11. Juni angesetzten Referenden zur Abschaffung des Abtreibungsparagraphen und anderer reaktionärer Gesetze zu verhindern. Nach der italienischen Verfassung können eine halbe Million Wahlberechtigte ein Referendum zur Streichung von Gesetzen beantragen. Das Referendum fällt aber aus, wenn inzwischen das fragliche Gesetz „wesentlich" geändert worden ist. Dem Referendum über das Polizeigesetz z.B. soll daher durch „wesentliche" Verschärfung desselben begegnet werden. Freilich hat der Verfassungsgerichtshof auch für den Fall, daß sich die bürgerlichen Parteien nicht einmal darüber einig werden können, verfügt, daß Referenden ganz unzulässig seien, wenn der Gegenstand gesetzlicher Regelung nicht entbehren könne. Mit dieser Begründung ist unter anderem das Referendum zur Abschaffung des Konkordats mit dem Vatikan, das Bestandteil der Verfassung ist, für unzulässig erklärt worden.

Im Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen nun hatte die kleine Radikale Partei, die 1975 die Initiative für das Referendum ergriffen hatte, ihre Parlamentsfraktion beauftragt, durch Obstruktion die Debatte zu verzögern, bis der letztmögliche Termin zur Absetzung des Referendums verstrichen war. Die Mehrheitsparteien hatten daraufhin mit Festsetzung ununterbrochener Debatte im Parlament gekontert. Schließlich hatten sie die linksliberalen „Radikalen", die angekündigt hatten, jeder ihrer vier Abgeordneten würde zu jedem der 275 Änderungsanträge eine je zehnminütige Stimmerklärung abgeben, weichgekocht. Sie gaben die Obstruktion auf.



8. März 1978. In ganz Italien Demonstrationen gegen das Abtreibungsverbot. In Rom gehen 50000 auf die Straße, in Mailand insgesamt 15000

Hunderttausende hatten das Volksbegehren für ersatzlose Streichung des Abtreibungsparagraphen unterschrieben. Verabschiedet worden ist nun ein neues Strafgesetz. Mit einem halben bis zu vier Jahren Gefängnis wird der Arzt, der gegen das Gesetz verstößt, mit sechs Monaten und Geldstrafe von 100000 Lire die Frau bedroht. Zulässig ist eine Abtreibung nach dem neuen Gesetz nur in den ersten 90 Tagen und nur dann, wenn die Schwangere unter eine der festgelegten Indikationen fällt, sich von einer Beratungsstelle oder einem Arzt „beraten" läßt und sich mit der darüber ausgestellten Bescheinigung nach einer „Bedenkzeit" von einer Woche bei einer amtlich zugelassenen Klinik meldet, um die Abtreibung vornehmen zu lassen. Mit nicht weniger als 50 Mrd. Lire jährlich, das sind 125 Mio. DM, soll das Spinngewebe der Beratungsstellen über das ganze Land gelegt werden. Die Christdemokraten haben – ermöglicht durch Stimmenthaltung der Revisionisten – durch einen Änderungsantrag dafür gesorgt, daß die ureigensten Angelegenheiten der Proletarier nicht nur nachträglich vor den Strafrichter, sondern schon vorweg vor den Vormundschaftsrichter gezerrt werden können, dann nämlich, wenn die Frau noch minderjährig ist und sich auch nur mit Vater *oder* Mutter nicht über die Notwendigkeit einer Abtreibung einigen kann.

Mit dem Kampf gegen das Abtreibungsverbot wehren sich die Volksmassen nicht nur gegen die unerträglichste Unterdrückung und Bespitzelung durch den Staatsapparat. Sie kämpfen zugleich gegen die damit über tausend Kanäle verflochtene Macht der katholischen Kirche. Noch in den vierziger und fünfziger Jahren war die Kirche mit Hilfe der katholischen Arbeitervereine und mit dem Nachdruck der Bischöfe und Pfaffen in der Lage gewesen, eine tiefe Spaltung der Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen. Die gewaltigen gesellschaftlichen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte, vor allem die Proletarisierung von Millionen Bauern, haben dazu beigetragen, den ideologischen Einfluß der Kirche zu unterhöhlen. Den entscheidenden Stoß haben ihm die Kämpfe der italienischen Arbeiterklasse seit den sechziger Jahren gegeben. Sichtbar geworden ist das im Mai 1974, als Kirche, Democrazia Cristiana und Faschisten versuchten, durch ein Referendum das 1970 erlassene Ehescheidungsgesetz wieder abzuschaffen. Vor allem hatte die Reaktion dabei auf die angebliche Rückständigkeit der Frauen des Volkes spekuliert. Fast 60% stimmten gegen das reaktionäre Referendum mit Nein, selbst auf den Inseln Süditaliens, Sizilien und Sardinien, waren es über 50%.

Vor allem nach diesem Sieg hat sich der Kampf für das Recht auf Abtreibung stürmisch entwickelt. Bürgerliche Feministinnen versuchten die Führung der Bewegung an sich zu reißen. Sie konnten ihr den Klassencharakter nicht nehmen. 100000 Frauen demonstrierten im Dezember 1975 in Rom gegen das Abtreibungsverbot. Auch die UDI, die Union der italienischen Frauen, die von Revisionisten und Reformisten geführt wird, hatte dazu aufgerufen, entgegen der Parteilinie der PCI ausdrücklich für ersatzlose Streichung des Strafgesetzes.

Den Revisionisten, die sich im bürgerlichen Staatsapparat festsetzen wollen, ist der Kampf um Demokratie zutiefst zuwider. An dem faschistischen Gesetz konnten sie aber auch nicht festhalten, wenn sie sich nicht vollständig isolieren wollten. Die Christdemokraten wiederum wurden vom Vatikan darauf eingeschworen, keinerlei Zugeständnisse zu machen. Die Revisionisten hatten daher Grund zu der Furcht, mit der Beseitigung des Strafgesetzes würde nicht nur ein willkommener Vorwand zur widerlichsten Bespitzelung und Schikane der Volksmassen beseitigt, sondern auch ihr eigenes Eindringen in den Staatsapparat durch ein Zerwürfnis mit den Christdemokraten vorerst torpediert.

Bei aller Einigkeit unter den bürgerlichen Parteien, das Strafgesetz unter keinen Umständen ersatzlos beseitigen zu lassen, gibt es doch unter ihnen zugleich erbitterten Kampf. Angenommen worden ist das Gesetz schließlich mit der Mehrheit der bürgerlichen Parteien von den Revisionisten bis zu den Liberalen gegen die Christdemokraten und die Faschisten einerseits, die Radikalen und die Abgeordneten des Wahlbündnisses „Proletarische Demokratie" andererseits.

Indem die Bewegung mit den Referenden die Fahne der Demokratie gegen die christliche wie gegen die revisionistische Reaktion erhoben hat, hat sie ihre Einheit und Selbständigkeit gegenüber den parlamentarischen Manövern weitgehend wahren können. Erst am 8. März haben wieder in ganz Italien Zehntausende für das Recht auf Abtreibung demonstriert. Selbst wenn das Gesetz nach der Annahme durch den Senat, die keineswegs ausgemacht ist, in Kraft treten sollte, sind die Bedingungen gut, den Kampf für die völlige Straffreiheit der Abtreibung durch Volksentscheid schließlich zu einem erfolgreichen Ende zu führen. – (Z-Red.)

Massendemonstrationen und Streiks in Portugal gegen das IWF-Diktat

Imperialisten operieren dagegen / Reaktionäre Umtriebe des Volksdemokraten Sá Carneiro

Auch in der dritten Woche der Verhandlungen der IWF-Delegation mit der portugiesischen Regierung ist noch kein endgültiges Resultat erreicht worden. Allerdings hat die Regierung Soares mit der Mehrheit der „sozialistischen" und christdemokratischen Abgeordneten im Parlament einen Großteil der Forderungen der imperialistischen Gläubiger bereits als Gesetz verabschieden lassen, insbesondere die Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel, Wasser, Gas und Strom, der Verkehrstarife sowie der Steuern. (Vgl. KVZ 16/78)

In Massendemonstrationen in Lissabon, Coimbra, Porto, Ovar, Peniche und Alpiarca, an denen sich Zehntausende beteiligten, haben sich die arbeitenden Massen Portugals sofort gegen dieses Hungerdiktat zur Wehr gesetzt. Eine neue Welle machtvoller Streiks fegt durch das Land. Die Arbeiter kämpfen gegen die fortdauernde Lohnsenkung, gegen die Schließung der vom imperialistischen Kapital ruinierten Betriebe und gegen Massenentlassungen, gegen den Erlaß reaktionärer Arbeitsordnungen und gegen die Rückkehr der faschistischen ehemaligen Eigentümer der jetzt verstaatlichten Betriebe. Nach dem Generalstreik von 300000 Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst im März haben jetzt die Arbeiter und Lohnabhängigen in mehreren Stahlbetrieben, bei den Großbanken und zahlreichen Hotelbetrieben, in Textil- und Metallbetrieben sowie bei Baufirmen den Kampf aufgenommen.

Die Imperialisten wissen genau, daß die Regierung des SPD-Stipendiaten Soares, der von der (seinerzeit von der CDU/CSU gestifteten) klerikal-reaktionären CDS unterstützt wird, nicht mehr lange halten wird. Fieberhaft sind daher ihre Bemühungen, um die Volksmassen Portugals durch neue großangelegte reaktionäre Manöver gespalten zu halten und die Bedingungen für die Wiederaufrichtung ihrer uneingeschränkten Diktatur sobald wie nötig zu schaffen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß in diesen Umtrieben die westdeutsche Bundesregierung neben den US-Imperialisten führend ist.

Die Hauptstoßrichtung der Kampagne der Imperialisten richtet sich auf die demokratischen Errungenschaften und Rechte, die die Volksmassen Portugals sich nach dem April 1974, dem Tag des Sturzes des Faschismus durch die „revolutionären Hauptleute", erkämpft und teilweise bis heute verteidigt haben. So mußte die 1976 verabschiedete Verfassung nicht nur die grundlegenden demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte zusichern. Sondern die Bourgeoisie war gezwungen, obwohl sie keinen Augenblick lang die politische Macht aus der Hand gegeben hatte, in der Verfassung die „Herrschaft der Arbeiterklasse" und den „Aufbau des Sozialismus" als leitende Ziele demagogisch zu proklamieren, um tatsächlich die Restauration betreiben zu können.

In dem „Volksdemokraten" Sá Carneiro, einem früheren bürgerlichen Opponenten des Caetano-Regimes, haben die Imperialisten jetzt ihren Mann gefunden. Carneiro hat in den letzten Wochen eine Art Kreuzzug gegen die „sozialistische" Regierung und Verfassung eröffnet, dem er mit seiner Agitation gegen das IWF-Diktat und die „Abhängigkeit vom Ausland" Massenwirksamkeit verschafft. Er trommelt für die Wiederherstellung der nationalen Würde Portugals, den Aufbau einer starken nationalen Wirtschaft, er warnt vor der Bedrohung durch den russischen Sozialimperialismus – alles reale Probleme und Aufgaben, die sich dem portugiesischen Volk allerdings stellen und die nur auf revolutionärem Weg, unter der Führung der Arbeiterklasse, gelöst werden können. Carneiro und seine „Volksdemokraten" dagegen propagieren eine „starke Regierung". Sie fordern vorgezogene Neuwahlen und die Revision der Verfassung in Richtung einer „Präsidialdemokratie."

Was den Reaktionären entgegenkommt, ist, daß die Arbeiterbewegung und vor allem der große Einheitsverband der Gewerkschaften noch immer durch die Revisionisten Cunhals dominiert und eingeschnürt wird. Die Revisionisten spielen sich als radikale Interessenvertreter der Arbeiter auf, während sie die Arbeiterbewegung systematisch von ihrem engsten Verbündeten, den armen Bauern, isolieren und mit allen Mitteln versuchen, sich auf den Schultern der Arbeiterbewegung von neuem im bürgerlichen Staatsapparat festzusetzen. Hinter ihnen steht, drohend und schmeichelnd zugleich, der russische Sozialimperialismus, in dessen Welteroberungsplänen Portugal einen „hervorragenden" Platz einnimmt. Die Marxisten-Leninisten Portugals, zum größten Teil in der Kommunistischen Partei Portugals – wiederaufgebaut (PCP-r) organisiert, haben trotz einer Reihe von Erfolgen bei den Wahlen in den Gewerkschaften und zu verschiedenen Räteorganisationen der Volksmassen den Einfluß der modernen Revisionisten bisher nicht brechen können. Dabei spielt eine Rolle, daß sie die Aufgaben des Kampfes gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden Supermächte vernachlässigen.

Die reaktionäre Kampagne Carneiros ist nicht ohne Erfolg. Die „Volksdemokraten" haben die Gewerkschaftswahlen bei den Angestellten der verstaatlichten Großbanken gewonnen, nachdem sie zuvor deren Streik gegen die „sozialistischen" Bankdirektoren angeführt haben. Ausgerechnet die Bankangestellten, die 1974 hervorragenden Anteil daran hatten, dem kolonialen Finanzadel der de Melos und Champalimauds die Banken zu entreißen, finden sich also jetzt in die Kampagne der Rechten für die vollständige Privatisierung der Banken eingespannt! – Ein anderer bedeutender Erfolg der reaktionären Kampagne Carneiros ist die Absetzung und Degradierung des Kommandanten des Militärbezirks von Lissabon Vasco Lurenço, des letzten der „revolutionären Hauptleute" von 1974, der sich noch auf einer höheren Kommandostelle befand. Lurenço, obwohl selbst 1975 an der Niederschlagung der Soldatenmeutereien in Lissabon beteiligt, hatte die reaktionären Umtriebe und Putschvorbereitungen in der Armee angeprangert und enthüllt und den Verteidigungsminister Miguel, einen Mann aus der Clique um General Spinola, beschuldigt, selbst daran beteiligt zu sein. Währenddessen sammelt auf der äußersten Rechten der berüchtigtste aller Kolonialgenerale, Kaulza de Ariaga, vormals Oberkommandierender in Mozambique, eine Sturmtruppe zu allem bereiter Schlagetots, vor allem aus den nach Portugal zurückgeschwemmten Siedlern der alten Kolonien.

Die Imperialisten schmieden so mehrere Eisen auf einmal, um der Arbeiterbewegung und revolutionären Massenbewegung Herr zu werden, die sie bis heute daran gehindert hat, in großem Stil ihren Kapitalexport nach Portugal wieder aufzunehmen. – (Z-Red.)

Streiks in Israel und Zersetzung in der zionistischen Armee

Die britische Zeitung „The Guardian" berichtet am 21.3.78 über den zionistischen Überfall auf den Libanon: „Die Moral des normalen israelischen Soldaten ist nicht mehr so hoch, wie sie einmal war. Nur nach massivem Bombardement ging die Infanterie überhaupt vor." Auf dem Höhepunkt des israelischen Aggressionskrieges fand am 2.4. in Tel Aviv eine Demonstration von 30000 – das ist mehr als 1% der Bevölkerung Israels – gegen diesen Krieg und die israelische Besetzung der 1967 eroberten Gebiete statt. Die Organisatoren dieser Demonstration waren Reservisten der israelischen Armee. Am 4. April streikten 60000 Lehrer für eine Lohnerhöhung von 50%. Journalisten in Presse, Rundfunk und Fernsehen traten am 2.4. in den Streik. Wer soll der Jugend und dem Volk die Gerechtigkeit des Aggressionskrieges erläutern, wenn Lehrer und Journalisten streiken? Das Personal der Fluggesellschaft El Al streikt seit Anfang April gegen Lohnkürzungspläne der Regierung. Das El-Al-Personal untersteht der Armeeführung. Ein Streik der Seeleute der israelischen Handelsschiffahrt, der von zahlreichen Aktionen der Hafenarbeiter unterstützt wurde, ging in der vorigen Woche nach 79 Tagen zu Ende. Die erneute Aggression der Zionisten gegen die arabischen Völker hat die Klassengegensätze in Israel schlagartig verschärft.

Die jüdische Bourgeoisie, die sich am Ende des vorigen Jahrhunderts zur zionistischen Bewegung zusammenschloß, um sich eine Kolonie im Bündnis mit den imperialistischen Mächten Europas und vor allem Großbritanniens zu erobern, versuchte für dieses Projekt das Elend der jüdischen Massen vor allem im Zarenreich auszunutzen. Die jüdischen Arbeiter, Kleinbürger und Bauern bildeten im Zarenreich als Erbe des Feudalismus eine Kaste (Lenin), die der äußersten Unterdrückung unterlag. Die Bolschewiki kämpften für die Einheit der vom Zarismus und Kapitalismus unterdrückten Arbeiter und Volksmassen. Die zionistische Bourgeoisie wollte die jüdischen Volksmassen von den übrigen Volksmassen abspalten, um sie gegen das palästinensische Volk zu jagen. Sie mußte sich dazu den Mantel der Arbeiterbewegung und sogar der revolutionären Arbeiterbewegung umhängen. Der Papst des „proletarischen" Zionismus, Ber Borochov, versuchte 1903 den jüdischen Arbeitern weiszumachen, erst wenn sie für die Bourgeoisie ein fremdes Land erobert hätten, könnten sie die Revolution machen.

Es gelang den Zionisten lange Zeit nur, wenige Tausend der Millionenmassen jüdischer Arbeiter und Bauern nach Palästina zu locken. Die in den zwanziger und dreißiger Jahren wegen der zunehmenden imperialistischen



Demonstration von jüdischen Arbeitern und Studenten am 21. März in Washington/USA gegen die Invasion der zionistischen Truppen im Libanon. In Sprechchören fordern sie die Anerkennung der PLO durch die US-Regierung.

Reaktion in Europa nach Palästina kommenden Werktätigen wurden mit Unterstützung der britischen Kolonialisten von den Organisationen der zionistischen „Arbeiterbewegung" bürokratisch und militärisch erfaßt, um sie möglichst reibungslos ausbeuten zu können und über sie die Vertreibung der Araber zu organisieren. Das Hauptwerkzeug dazu war und ist die „Gewerkschaft" Histadrut. Ein britischer Journalist schrieb 1938 über diese Organisation:

„Die Föderation wird von vielen mehr als ein Instrument zur Erreichung eines nationalen Zieles, denn als ein Instrument für den Klassenkampf angesehen ... Es sei nicht aus antiarabischem Vorurteil, betonen die jüdischen Arbeiterführer, daß sie ihre Anhänger dazu brächten, gegen Betriebe zu demonstrieren, die arabische Arbeiter beschäftigen. Sie wollten den jüdischen Lebensstandard erhalten und Juden daran hindern, zu Ausbeutern billiger Eingeborenenarbeit zu werden ... Aber wenn die Histadrut als Regierungsagentur (die Regierung war damals britisch, d. Red.) handelt, bezahlt sie selbst den Arabern weniger als den Juden."

Die Histadrut bildete die ersten zionistischen bewaffneten Banden, die die britische Kolonialmacht dabei unterstützten, die Aufstände der palästinensischen Massen zu unterdrücken. 1934 hatten es die Zionisten in der Spaltung der Arbeiterklasse in Palästina bereits soweit gebracht, daß ein „asiatischer Arbeiter" auf dem Bau 2 bis 3 Schilling am Tag verdiente, wo ein „europäischer Arbeiter" 6 bis 8 Schilling bekam. Die Kategorie „asiatischer Arbeiter" schloß bereits damals mehrere 10000 Juden aus arabischen Ländern ein.

„Nach dem Krieg von 1948 (in dem die Zionisten die Araber aus ihrem späteren Staatsgebiet vertrieben, Red.) und nach der Gründung des zionistischen Staates Israel sah sich die europäisch-jüdische Führung einem kritischen Problem des Arbeitermangels gegenüber, nicht nur für die Landwirtschaft und Industrie, sondern auch für ihre Militärmaschine." (Davis, Israel und die Palästinenser, London 1975)

Die zionistische Lösung dieses Problems war die Ersetzung der vertriebenen muslimischen und christlichen Araber durch jüdische Araber. Nach massiven Provokationen, mit denen Antisemitismus in den arabischen Ländern vorgetäuscht werden sollte, mit Einschüchterungen, mit dem Versprechen, dem Elend in den damaligen arabischen Kolonien und Halbkolonien zu entkommen, und vor allem mit Hilfe der britischen Kolonialmacht wurden z.B. 1949/50 in der „Operation Fliegender Teppich" 48000 Juden aus dem Jemen über Aden ausgeflogen – 600 blieben zurück; in der „Operation Ali Baba" 123000 der 130000 Juden aus dem Irak.

Die arabischen Juden bilden heute die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse in Israel. Ihre Lage unterscheidet sich oft wenig von der der unterdrückten und vertriebenen Palästinenser. Nach offiziellen Berechnungen verdienen die arabischen Juden im Durchschnitt weniger als die Hälfte des Einkommens der Juden europäischer oder amerikanischer Herkunft. Sie müssen die Hauptlast des riesenhaften Unterdrückungs- und Aggressionsapparates des zionistischen Staates tragen und die ungeheuren Tribute, die vor allem die US-Imperialisten aus den Massen in Palästina herauspressen, um Israel als Vorposten gegen die arabische Befreiungsbewegung zu halten. Diese wachsenden Lasten werden aufgebracht mit Lohnsenkung und Steuerausplünderung. Die Histadrut ist das Hauptmittel zur Durchsetzung der Lohnsenkungen. Am 20. April hat die Histadrut mit der Regierung eine Höchstgrenze von 15 bis 20 Prozent für die Lohnerhöhungen in diesem Jahr vereinbart. Die vorausgesagte Inflationshöhe soll über 40% betragen. In den Streiks der letzten Wochen wurden gegen den Willen der Histadrut in der Regel Lohnerhöhungen von 50% gefordert.

Der Widerstand der israelischen Volksmassen und vor allem der arabischen Juden, die das Kanonenfutter bilden, gegen die fortgesetzten Aggressionen hat den Zionisten bei ihrem Überfall auf den Libanon bereits große Schwierigkeiten bereitet. Die unterdrückten Volksmassen und die Arbeiterklasse in Israel werden ihre Unterdrücker nur vernichten können, wenn sie ihren Kampf mit dem des palästinensischen Volkes für die Befreiung Palästinas von Imperialismus und Zionismus verbinden. – (Korrespondentenbericht London)

Imperialisten zwingen Ägypten in die Schuldknechtschaft

Weltbankdelegation in Ägypten

Ägypten, der bevölkerungsreichste arabische Staat mit seinen wichtigen Verbindungswegen zwischen Afrika, Europa und Asien, ist seit über hundert Jahren Ziel kolonialistischer und imperialistischer Räubereien durch Großbritannien, Frankreich, die USA und seit Ende der 50er Jahre durch die sozialimperialistische Sowjetunion. Die alten europäischen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich sind nach der zurückgeschlagenen Suez-Intervention von 1956 „ausgebootet", das Mittelmeer wurde Tummelplatz der 6. US-Flotte und der Flottenverbände der Sozialimperialisten. In Konkurrenz zu den beiden Supermächten versuchen die EG-Imperialisten verlorenes Terrain wieder wettzumachen. Rudergänger ist dabei der Hamburger „Weltökonom" Helmut Schmidt, der sich als „Vorkämpfer für eine aktive europäische Rolle im Nahen Osten" empfahl, als er im Januar in Ägypten war.

nom" Helmut Schmidt, der sich als „Vorkämpfer für eine aktive europäische Rolle im Nahen Osten" empfahl, als er im Januar in Ägypten war.

Mit einer Viertelmilliarde Mark wollen die westdeutschen Imperialisten Ägypten in die Schuldknechtschaft zwingen. „Das Land hat ein beträchtliches ökonomisches Potential, darunter einen großen heimischen Markt, eine tüchtige Bevölkerung, verschiedene Rohstoffe und eine geographische Schlüssellage", schreibt das Hamburger Institut für Wirtschaftsforschung. Die Logik der Kapitalvermehrung beflügelt den Geist der Bourgeoisie, und die Aussichten, die ihnen ihr Hamburger Wirtschaftsinstitut „zeichnet" auf 15 oder 20% Profit, machen das Kapital waghalsig. Sechzig westdeutsche Großunternehmen unterhalten mittlerweile Delegiertenbüros in Ägypten. Als wichtige „Mittlerinstitution" hat sich die Deutsch-Arabische Handelskammer erwiesen, die die Interessen der westdeutschen Bourgeoisie seit 1952 in Ägypten vertritt und heute etwa 500 Mitglieder zählt.

Vorläufig beschränken sich die westdeutschen Direktanlagen „nur" auf wenige „Kleinunternehmen", wie die „Nachrichten für Außenhandel" vermelden, allerdings „prinzipiell ist das Interesse deutscher Firmen groß".

Die westdeutsche Finanzbourgeoisie hat ihre „Vorkämpferrolle im Nahen Osten" gründlich vorbereitet. Im Herbst letzten Jahres schickte sie den ehemaligen Finanzminister Alex Möller mit einer Delegation der Weltbank auf mehrere Wochen nach Ägypten, um Möglichkeiten aufzutun, sich direkt in die inneren Angelegenheiten Ägyptens einzumischen. Die Studie ergab, daß die Investitionsverzögerungen durch „die ungenügend entwickelte Infrastruktur, vor allem im Kommunikationsbereich, und die Vielfalt bürokratischer Zuständigkeiten" gehemmt würde. Dabei geht es der Bourgeoisie um die Sicherung ihrer Kapitalanlagen: „Für amerikanische Investoren hat sich die Abstellung eines US-Beraters zu der ägyptischen Investitionsbehörde als nützlich erwiesen. Für deutsche Firmen ist dagegen noch keine Spezialbetreuung geschaffen worden", erklären die „Nachrichten für Außenhandel".

Paul Broicher, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), äußerte Mitte April auf einer Podiumsdiskussion der Friedrich-Naumann-Stiftung in Bonn seine Besorgnis über die Sicherung von Kapitalanlagen in den Ländern der Dritten Welt. „Eine Verhinderung der gleichberechtigten Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaftsordnung (müsse) zu einer wachsenden Konfrontation ,mit verheerenden Auswirkungen' führen." Von den Entwicklungsländern forderte Broicher „Garantien für private Direktinvestitionen aus den Industriestaaten. Dies sei gerechtfertigt und könnte im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs als notwendige Gegenleistung verlangt werden." (Nachrichten für Außenhandel)

Anfang des Jahres unternahm der ehemalige US-Kriegsminister und jetzige Weltbankpräsident McNamara eine „Studienreise" nach Ägypten. Den bisherigen Umfang der ausländischen Privatinvestitionen in Ägypten hat McNamara als enttäuschend bezeichnet. Verantwortlich seien „gewisse Durchführungsarbeiten bei Großvorhaben". Ebenso wie die US-Imperialisten, die sich über die Weltbank mit 100 Mio. US-Dollar an dem „Programm zum Ausbau des Suez-Kanals" beteiligen, haben die BRD-Imperialisten größtes Interesse an der Sicherung ihrer Kapitalien, wissen sie doch zu gut, welche Aussichten sie haben, Länder ihrem Kapitalinteresse zu unterwerfen, die sich gegen so gewaltige Feinde wie die beiden Supermächte zur Wehr setzen.

Die westdeutsche Finanzbourgeoisie ist im Begriff, nach den US-Imperialisten zum größten Kapitalanleger in Ägypten zu werden.

Den Stand der Auslandsverschuldung Ägyptens beziffert der ägyptische Ministerpräsident für Wirtschaft und Finanzen Keissuni auf 12 Mrd. US-Dollar. Durch die Ablösung kurzfristiger und mittelfristiger Schulden ist der jährliche Schuldendienst von 90% der Ausfuhren 1975/76 auf 53% im Jahre 1977 zurückgegangen. Immer mehr und größere Projekte werden in Zusammenarbeit mit den afrikanischen Völkern durchgeführt, was den „Spielraum" der Imperialisten erheblich einengt. Sie stoßen bei der Erpressung der Länder der Dritten Welt mehr und mehr auf Schwierigkeiten.

Westdeutsche Firmen in Ägypten

(Beteiligungen, Direktinvestitionen und Industrieprojekte der westdeutschen Imperialisten im letzten Jahr)

Oltmanns Ziegel- und Kunststoff GmbH, Jedelloh
PVC-Rohfertigungsanlage im Wert von 1 Mio. DM

AEG-Telefunken
Starkstromtechnik, Kabelprojekt in Kairoer Innenstadt

Deutsche Fernmelde-Consulting (Deteon)
Kabelprojekt in Kairoer Innenstadt zusammen mit AEG im Wert von 40 Mio. DM

Kraftwerk Union KWU, Mülheim
Bau von zwei Kraftwerksblöcken mit einer Leistung von jeweils 150 MW

Schubert & Salzer Maschinenfabrik AG (Schubsa), Ingolstadt
Textilmaschinen

Klöckner-Humboldt-Deutz (KHD), Köln
Landmaschinenfabrik

Magirus-Deutz AG, Ulm
LKW und Omnibusse

Deutsche Bundespost
Fernmeldewesen in Zusammenhang mit Euro-Satellit „Sinfonie"

Deutsch-Schweizerische Egypto
Explorationsvorhaben im Bereich des westlichen Wüstengebietes

Brown-Boveri & Cie. AG (BBC), Mannheim

Schanzlin & Becker AG (KSV), Frankenthal

Motoren-Werke Mannheim AG (MWM), Mannheim
Bau von Pumpanlagen

Amerikanische Firmen in Ägypten

(Beteiligungen und Direktinvestitionen der US-Imperialisten im letzten Vierteljahr)

Borden International
Abfüllung von Mineralwasser

Pepsi Cola
Erschließung von 8400 Hektar Salhia-Wüste für landwirtschaftliche Produktion – Obstplantagen für Getränkeherstellung sowie weiter Herstellung von Aluminiumdosen

Reynolds International als Beteiligungsgesellschaft
Lieferung des Rohmaterials für die Dosenherstellung

Coca Cola
Getränkeproduktion

General Ford (USA)
Produktion von Lastkraftwagen und Dieselmotoren

American Express Co.
Aufbau einer Tourismus- und Hotelkette

Union Carbide Middle East Ltd. USAID, amerikanische Entwicklungsbank
Projektierung von Sonnenenergieversuchen

RMC Management and Technology Co. in Little Rock, Arkansas

Die Landreform im Iran hat einzig den Imperialisten genutzt

1962 hat das Schah-Regime die Landreform als „weiße Revolution" propagiert und durchgesetzt. Die Landreform hat in den Dörfern die feudale Ordnung beseitigt. Vor der Landreform gab es Großgrundbesitz, Stiftungen, das heißt die Ländereien der Religionsgemeinschaften und staatliche Ländereien. Diese Eigentümer hatten sich die größte Fläche (70%) des fruchtbaren Bodens angeeignet, einzelne Feudalherren hatten mehr als 300 Dörfer im Besitz. Die kaiserliche Familie hatte sich vor dem Verkauf ihrer Ländereien 2000 Dörfer einverleibt.

Auf dem Land herrschte die feudalistische Produktionsweise vor. Jeder Bauer verfügte über eine Parzelle, „Nassagh" genannt, die er bebaute. Einen Teil der Erzeugnisse durfte er für sich behalten, den größten Teil eignete sich der Feudalherr an. Verbreitet war die Verteilung nach einem Schlüssel von fünf Kriterien: die von den Bauern geleistete Arbeit, der Boden, das Wasser, die Saat und die von den Ochsen geleistete Arbeit. Der Besitz jedes dieser „Anbaufaktoren" berechtigte den Anspruch auf einen Teil der Ernte. Entsprechend diesem Verteilungsschlüssel durften die Bauern, die nur über ihre eigene Arbeitskraft verfügten, den Anspruch auf ein Fünftel der Ernte und jene, die auch über Vieh verfügten, auf zwei Fünftel geltend machen. Gleichwohl wurden selbst diese Regelungen nicht eingehalten. Neben dem Anteil an der Ernte mußten die Bauern Gebühren zahlen, zum Beispiel Gebühren für die ländliche Vieh- und Geflügelhaltung, Gebühren für das Trocknen der Weinbeeren an der Sonne. Zusätzlich zu den Abgaben der Ernteteile und der Ausplünderung mittels der Gebühren mußten die Bauern für den Feudalherren Fronarbeit leisten, das heißt sie arbeiteten ohne Lohn als Hausdiener oder Bauarbeiter für ihre Herren.

Die Landreform war die Antwort des Schah-Regimes auf die Erhebung der Bauernmassen gegen die Grundbesitzer. Sie sollte die Agrarrevolution verhindern.

Auf Grund der Landreform 1962 erhielt jeder Grundbesitzer das Recht, sich aus seinen Ländereien ein Dorf auszuwählen und in eigenem Besitz zu behalten. Die restlichen Ländereien wurden gegen 15jährige Raten an den Staat verkauft, der wiederum verpflichtet war, den Bauern das angekaufte Land gegen den Ankaufspreis zuzüglich 10% zu überlassen. Die Bauern hatten den vom Staat festgesetzten Preis in Jahresraten innerhalb von 15 Jahren zu entrichten.

Die Regelung zeigt, daß die Landreform ein gewaltiges Instrument zur Ausplünderung der besitzlosen Bauern war. An den Besitzverhältnissen änderte sich kaum etwas, da die Großgrundbesitzer ihr fruchtbares Land zu „einem Dorf" zusammenfaßten, das sie in ihrem Besitz behielten, das schlechte Land wurde gegen großzügige Entschädigung an den Staats-
großzügige Entschädigung an den Staats-
apparat abgestoßen. Die Masse der Bauern, die dieses Land kauften – zumeist war es Land, auf dem keine Bewässerungsmöglichkeiten vorhanden waren – wurde über den hohen Ankaufspreis in Schulden und in die Hände des Wucherers getrieben. Von den 877825 Bauernhöfen erhielten während der ersten Stufe der Bodenreform nur 30–40% der Bauern mehr als 1–2 Hektar Land. Ausgenommen waren von der „Verteilung des Landes" die sogenannten mechanisierten Betriebe, die den Anbau mittels Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Maschinen betrieben, die Obstplantagen, die Stiftungen und staatlichen Ländereien.

Die Regierung gründete sogenannte „Genossenschaften", in denen die Bauern Zwangsmitglieder werden mußten. Über Darlehen, die mit hohen Zinssätzen und Gebühren wieder zurückgezahlt werden mußten, wurden die Bauern in die vollständige Abhängigkeit dieser „Genossenschaften" getrieben.

Eine Reihe von großen Landwirtschaftsbetrieben, die die ehemaligen Feudalherren durch Lohnarbeiter bewirtschaften lassen, sind entstanden. Auf diesen großen landwirtschaftlichen Betrieben werden moderne Produktionsmethoden, das heißt Maschinerie eingesetzt. Die Imperialisten wie beispielsweise die amerikanische Dutch-Shell haben ebenfalls solche großen landwirtschaftlichen Betriebe errichtet, auf denen sie die iranischen Landarbeiter ausbeuten.

Mit der Landreform wurde zunächst das bäuerliche Kleineigentum vermehrt, d.h. die Masse der Kleinbauern mit einigen Hektar Land ist durch die Verteilung des Landes gestiegen. Sie sind jedoch dem stetigen Ruin ausgesetzt. Da sie rückschrittliche Produktionsmethoden anwenden müssen, können sie nicht so billig produzieren wie die großen landwirtschaftlichen Betriebe. Über die Ratenzahlungen an den Staat, an den sie das Stückchen Land abbezahlen müssen, sind sie völlig verschuldet. Das nötige Geld für den Ankauf der Saat fehlt, folglich verkaufen sie ihre Saatrechte an die Grundbesitzer. Die Kleinbauern werden vernichtet, sie müssen das wenige Land schließlich verkaufen und sich als Landarbeiter auf den landwirtschaftlichen Betrieben verdingen oder wandern in die Städte.

Die Produktion von landwirtschaftlichen Gütern ist im Iran zurückgegangen. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln kann nicht auf der Grundlage eigenständiger Produktion durchgeführt werden; jedes Jahr müssen aus den imperialistischen Ländern zu hohen Preisen Nahrungsmittel eingeführt werden, um die Versorgung der Bevölkerung annähernd zu sichern. – (Z-Red.)

Erbitterte Kämpfe der Bauern in Indien

Die Bauern im indischen Bundesstaat Tamil Nadu im Südosten Indiens führen seit zwei Wochen eine erneute Kampagne in ihrem Kampf für die Durchsetzung der Neun-Punkte-Charta durch. Darum kämpfen die Bauern jetzt seit fünf Jahren u.a. mit dem Mittel der Steuerverweigerung. Eine Hauptforderung ist die Senkung des Strompreises für die Bewässerungspumpen von 16 auf 10 Paise pro Einheit. Die Aussetzung der Rückzahlung kurzfristiger und mittelfristiger Kredite, höhere Erzeugerpreise für Reis und Zuckerrohr, Senkung des Kunstdüngerpreises und der Preise anderer landwirtschaftlicher Hilfsstoffe, Garantie der Regierung, überschüssige Produkte der Bauern aufzukaufen, das sind weitere ihrer Forderungen.

1972 hatten die Bauern den Kampf gegen die Erhöhung des Strompreises von 10 auf 12 Paise gewonnen. Damals ließ die Staatsregierung von der Polizei 18 Bauern erschießen. Trotz dieses Terrors siegten die Bauern. Seitdem war es der Regierung mittels brutaler Unterdrückung, teilweise während der Zeit des Ausnahmezustandes, gelungen, den Preis für Strom auf 16 Paise zu schrauben. Bewässerung ist aber eine Grundlage der Landwirtschaft in dem von Trockenheit oft heimgesuchten Gebiet, der Strompreis für die Pumpen also ein Hauptmittel des Bauernlegens.

Am 5. April begannen die Bauern die neue Kampagne in ihrem Kampf für die Neun-Punkte-Charta. Kundgebungen und Demonstrationen wurden durchgeführt. Am 8. April wurde der Vorsitzende der Bauernvereinigung von Tamil Nadu verhaftet, mit ihm weitere Führer des Kampfes. Die Bauern verstärkten ihre Aktionen und setzten an die Spitze der Forderungen die Forderung nach Freilassung der Verhafteten. Mit Ochsenwagen wurden Straßensperren um Städte herum errichtet. Zu Tausenden demonstrierten die Bauern in die Städte und gingen u.a. gegen Regierungsbüros vor. Bei Vedesandur im Madurai-Distrikt sammelten sich Bauern in einem trockenen Flußbett, um den Durchbruch der Polizei in die Stadt zu verhindern. Die Polizei erschoß sechs von ihnen. Die Massen wehrten sich mit Steinen und Brandbomben. Die Regierung des Bundesstaates forderte noch am gleichen Tag Armeeeinheiten an.

Am nächsten Tag wurden vier Kompanien speziell für den Nahkampf ausgebildeter Truppen in das Zentrum des Kampfes im Norddistrikt des Staates verlegt. Die Massen setzten in den folgenden Tagen ihre Aktionen fort. Die Polizei erschoß einen Bauern und verletzte einen zweiten, als im Madurai-Distrikt demonstrierende Bauern Feuer an zwei Busse eines Transportmonopols legten. Wiederum wurden viele Straßensperren errichtet, diesmal auch mit Baumstämmen, Felsen und Lehmbarrikaden. In der Nähe des Dorfes Vettore wurde ein Regierungs-Lkw mit Polizeieskorte gestoppt und die Polizei angegriffen. Die erschoß einen Bauern und verletzte vier weitere schwer. Trotz dieser wilden Unterdrückung gelang es der Regierung nicht, die Kämpfe zu ersticken. Auch der fehlgeschlagene Versuch, das Dynamit der Bauern zu beschlagnahmen, nutzte nichts. Mit dem Dynamit verbreitern sie Bewässerungskanäle, und in den letzten Tagen hatten sie es auch zur Sprengung von Brücken und zum Stoppen von Zügen benutzt. Obwohl die Regierung am 14. April „Ruhe" und „normale Zustände" meldete, fanden weitere Demonstrationen statt, zum Teil als Schweigemärsche, auf denen die Teilnehmer gegen die Polizeischlächterei demonstrierten.

Am 15. April beschloß das Agitationskomitee der Bauernvereinigung, ab dem 18. April vor allen Regierungsbüros im Staat Kundgebungen durchzuführen unter der Hauptforderung nach Freilassung der Verhafteten. In der nächsten Phase des Kampfes, deren Anfangsdatum das Komitee noch festsetzen wird, sollen alle Lieferungen von Milch, Gemüse und anderen Nahrungsmitteln in die Städte verhindert werden.

In den letzten Monaten haben die Kämpfe der Bauern in ganz Indien einen Aufschwung genommen. Die meisten Bauern, über 70%, haben weniger als 2 ha Land. Der von ihnen bebaute Boden macht nur 21% der Gesamtanbaufläche aus. Die ungelöste Landfrage und der beherrschende Einfluß der Imperialisten und Sozialimperialisten in der Hilfsstoffproduktion und im Absatz der Produkte machen die Lage der Bauern unerträglich. 1961 waren noch 52,8% der werktätigen Volksmassen Bauern und 16,7% lohnabhängige Landarbeiter, 1971 nur noch 42,9% Bauern, dafür 25,7% Landarbeiter. Die Gewalttätigkeit auf dem Dorf nehme erschreckend zu, schreibt sorgenvoll die imperialistische Presse. Vor allem zwischen Landarbeitern, also den landlosen Bauern, und Grundbesitzern bzw. Plantagengesellschaften gebe es immer heftigere Zusammenstöße. – (Z-Red.)

Offener Brief des ZK des KBW an das ZK der KPD betreffend die Sammlung für eine vollmotorisierte ZANLA-Kompanie

Frankfurt, den 22.4.1978
ZK des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Mainzer Landstraße 147
6000 Frankfurt/M

An das
ZK der KPD

Werte Genossen,

Wir fordern Euch auf, die Kampagne zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA zu unterstützen und damit dazu beizutragen, das Ziel der Kampagne, wenigstens eine halbe Million in der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin aufzubringen, bis zum 1. Mai beträchtlich überzuerfüllen. Wir Ihr sicherlich in der Kommunistischen Volkszeitung gelesen habt, haben Arbeiter und Angestellte, Bauern, Soldaten, Studenten und Schüler bis zum 6. April bereits über eine halbe Million gesammelt. Wenn Ihr Euch entschließen könntet, die Kampagne jetzt kurz vor dem 1. Mai doch noch erneut zu unterstützen, würde es uns gemeinsam sicher gelingen, das Doppelte des ursprünglichen Ziels zu erreichen. Das wäre in der gegenwärtigen Situation, wo die Imperialisten alles daransetzen, die Patriotische Front zu spalten und die ZANU zu isolieren, ein nützlicher Beitrag zum Sieg des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe über seine Feinde.

Neben den beiden Supermächten und dem britischen Imperialismus ist der westdeutsche Imperialismus ein heimtückischer Feind des Volkes von Zimbabwe. Da Euch durch das Regierungspräsidium Tübingen die Verbots- und Beschlagnahmeverfügung über einen Teil der gesammelten Gelder für die Kompanie der ZANLA zugegangen ist, seid Ihr auf jeden Fall über die Anschläge der westdeutschen Monopolbourgeoisie gegen die Kampagne informiert. Das Regierungspräsidium Tübingen hat Euch diese Verfügung zugeschickt, weil Ihr ursprünglich zusammen mit uns den Aufruf der ZANU unterstützt hattet und Euch gemeinsam mit uns das Ziel gesetzt hattet, die Kampagne bis zum 1. Mai zum Erfolg zu führen. Das war eine Entscheidung, die dem bewaffneten Kampf des Volkes von Zimbabwe und der Arbeiterbewegung in Westdeutschland und Westberlin genützt hätte. Daß Ihr diese Entscheidung revidiert habt, hat geschadet. Daß Ihr gegen die Verbots- und Beschlagnahmeverfügung des Regierungspräsidiums protestiert hättet, ist uns leider nicht bekannt geworden.

Wenn wir uns zusammenschließen, um bis zum 1. Mai das gesetzte Ziel der Kampagne bei weitem zu übertreffen, werden wir sicherlich Erfolg haben. Dies entspricht dem Wunsch der Massen, wie man an dem bisherigen Sammlungsergebnis von 536490 DM (Stand 18. April 1978) sehen kann. Es gibt Leute, die die Unterstützung des bewaffneten Kampfes in Zimbabwe als den letzten KBW-Kram bezeichnen, der keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlockt. Der Kandidat der „Bunten Liste / Wehrt Euch", Gert Heide, hat sich in einem Brief an den „Arbeiterkampf" bereits gegen solche Dummheiten verwahrt. Noch besser wäre, wenn Ihr Eure falsche Entscheidung, die Unterschrift unter dem Aufruf der ZANU zurückzunehmen, korrigieren würdet und gemeinsam mit uns zu den Demonstrationen und Kundgebungen in Westberlin, Hannover, Köln, München und Frankfurt aufrufen würdet.

Ihr wißt genausogut wie wir, daß die Imperialisten, allen voran die beiden Supermächte, gegenwärtig die größten Anstrengungen machen, um die Patriotische Front zu spalten und die ZANU zu isolieren. In dieser Situation halten wir es für die Pflicht eines jeden Revolutionärs in Westdeutschland und Westberlin, die Kampagne für die Ausrüstung der vollmotorisierten Kompanie der ZANLA zu unterstützen und von der Bundesregierung, die auf Gelegenheit für die offene Intervention lauert, die Anerkennung der Patriotischen Front zu erzwingen.

Wenn wir uns zusammenschließen im Kampf für diese Ziele, wird es uns auch gelingen, die opportunistische Front gegen diese Kampagne zu brechen und damit in Westdeutschland zur Zerschlagung der kolonialistischen „Inneren Lösung" beizutragen. Wir müssen Euch ehrlich sagen, daß wir uns dabei schwertun, solange Ihr den Eckpfeiler dieser Front bildet.

Ihr habt seinerzeit die Aktionseinheit in dieser Kampagne mit der Begründung aufgekündigt, daß Euch die Termine der Kundgebungen zwischen dem 27. April und dem 1. Mai nicht passen. Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß solche Termine nicht willkürlich gewählt werden können, sondern daß sie Erfordernissen des internationalen Klassenkampfes entsprechen müssen. Die jetzigen Termine entsprechen diesen Erfordernissen und es ist gut, daß wir die Demonstrationen und Kundgebungen als zusammenhängende Manifestationen geplant haben. Schaut Euch nur das Fernsehen an und verfolgt die Hetze in der bürgerlichen Presse. Am 26. April wollen Vance und Owen mit ihrem Manöver gegen den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zum Ziel kommen und die erweiterte Verfassungskonferenz eröffnen. Am 27. April beginnen die Demonstrationen und Kundgebungen, um die Kampagne zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA zum Ziel zu führen und die Anerkennung der Patriotischen Front zu fordern. Es müßte Euch leicht fallen, Eure Haltung gegenüber dieser Kampagne zu ändern und zu Eurer ursprünglichen Unterstützung zurückzukehren.

Mit kommunistischen Grüßen
Hans-Gerhart Schmierer
KBW
Zentrales Komitee
Sekretär

Solidaritätsadresse der Revolutionary Communist League of Britain (RCLB) an das ZK des KBW

London, den 17.4.1978

An das
Zentrale Komitee des KBW

Liebe Genossen,

Wir verurteilen scharf die Beschlagnahmung der Gelder durch die räuberische Bourgeoisie Westdeutschlands, welche von der westdeutschen Arbeiterklasse zur Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA gespendet wurden, der Armee ihrer Klassenbrüder und -schwestern in Zimbabwe.

Die Versuche des britischen Imperialismus, seine Kolonie in „Rhodesien" aufrechtzuerhalten und seine schäbige Ausbeutung des Volkes von Zimbabwe fortzusetzen, werden durch den Rest der Imperialisten unterstützt, vor allem die US-Imperialisten und die westdeutschen Imperialisten. Die Beschlagnahmung der durch den KBW gesammelten Gelder ist ein unverhüllter Versuch, die niedergehende Herrschaft des Imperialismus in Zimbabwe zu verlängern.

Die Imperialisten werden keinen Erfolg haben. Der Kampf in Zimbabwe nähert sich seinem siegreichen Ende. Die Arbeiterklasse in Europa gibt diesem Kampf materielle Unterstützung. Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß in naher Zukunft der Kampf der unterdrückten Völker und Nationen und der Arbeiterklasse die Imperialisten aus Zimbabwe vertreiben wird.

Genossen, Euer Kampf ist unser Kampf. Der RCLB steht im Kampf, um Geld für einen Landrover zu sammeln und ihn den Freiheitskämpfern in Zimbabwe zu senden. Er fordert von der britischen Regierung, einzig und allein die Patriotische Front als Vertreterin des Volkes von Zimbabwe anzuerkennen.

Arbeiter und unterdrückte Völker und Nationen, vereinigt euch!
Der britische Imperialismus muß raus aus Zimbabwe!
Die Patriotische Front, die einzige Vertreterin des Volkes von Zimbabwe!
Die Macht an die Patriotische Front!

Mit kommunistischem Gruß
Neil Redfern
Sekretär des ZK des RCLB

Die Patriotische Front hält am bewaffneten Befreiungskampf fest und manövriert erfolgreich an der diplomatischen Front

Am 18. April haben die Außenminister der englischen und amerikanischen Imperialisten, Owen und Vance, mit dem Besuch in Salisbury ihre Verhandlungen in Südafrika abgeschlossen. „Ihr Vorschlag einer Allparteienkonferenz ist ein letzter Versuch, die ‚Patriotische Front' der beiden Guerilla-Führer Mugabe und Nkomo zu spalten und Nkomo auf seine Seite zu ziehen", schrieb der Kommentator der „Süddeutschen Zeitung" am 20.4.1978.

Wenige Tage zuvor hatte Strauß im „Bayernkurier" erklärt:

„In jahrelangen Bemühungen, in denen auch ich hinter den Kulissen tätig war, ist es gelungen, 80% der Schwarzen an den Verhandlungstisch zu bringen, zur Unterschrift unter ein Abkommen zu bewegen · für eine schwarz-weiße Mehrheitsregierung, allerdings mit Lebens- und Sicherheitsgarantien für die Weißen. Wir sind keine Kolonialherrschaft, wir haben einen guten Namen in der schwarzen Welt, was aber keiner versteht, ist, daß wir unsere Freunde im Stich lassen."

Strauß ist Handlungsreisender in Sachen Imperialismus. „Unsere Freunde" – das sind die Henker des Smith-Regimes, die die Höchstprofite des in Zimbabwe von den Imperialisten angelegten Kapitals garantieren. „Unsere Freunde nicht im Stich lassen" bedeutet also nichts anderes als blutige Unterdrückung des Befreiungskampfes, der sich gegen die koloniale Ausbeutung und Unterdrückung richtet. Dazu ist die „gemischtrassige Regierung", an der Strauß im Auftrag des



Finanzkapitals mitgewirkt hat, ein Mittel. Das durch drei schwarze Marionetten verzierte Kolonialregime, das angeblich 80% der Schwarzen repräsentiert, ist aber so weit angeschlagen, daß die Kolonialisten sich nur im Rahmen größerer Militärkonvois durch das Land trauen. Das konnte man im Fernsehen sehen. Da sich mit diesem „gemischtrassigen" Regime kein Befreiungskampf lange unterdrücken läßt, es nicht einmal als Stütze für einen ausländischen Interventionskrieg ausreicht, unternehmen die Imperialisten hartnäckige Anstrengungen, die Basis für die bewaffnete Intervention zu verbreitern. Nach der Reise von Owen und Vance, die kein anderes Ziel verfolgte, versucht jetzt Smith durch lancierte Gerüchte, die ZAPU werde demnächst legalisiert, die Patriotische Front zu spalten.

„Man hofft in Salisbury, daß Nkomo durch diese Legalisierungsmaßnahmen bewogen wird, sich von seinem Verbündeten Mugabe zu trennen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.4.)

Nkomo hat dazu am 22.4. auf einer Veranstaltung in London erklärt: Es würden immer wieder solche Gerüchte ausgestreut über einen von ihnen, Mugabe oder Nkomo. Sie hätten ihren Ursprung gerade in England. Sie hätten das erkannt und würden jetzt über solche Gerüchte nur lachen.

Die ZANU führt gegen die Spaltungsbemühungen der Imperialisten einen entschiedenen Kampf für die Einheit der Patriotischen Front auf Grundlage der korrekten Prinzipien. In den Verhandlungen hat die Patriotische Front zwar der Durchführung einer Verfassungskonferenz, der Präsenz von UNO-Truppen und weitgehenden Befugnissen des englischen Militärgouverneurs bei dem Prozeß der Entkolonialisierung zugestimmt, vor allem aber festgehalten, daß sie der Garant für die Unabhängigkeit nur die Patriotische Front und ihre Befreiungsstreitkräfte sein können:

„Die Patriotische Front stimmt ausgedehnten Befugnissen des Militärgouverneurs unter der Voraussetzung zu, daß Übereinstimmung über die Präsenz der Streitkräfte der Patriotischen Front in den Streitkräften des Landes und der Polizei des Landes während der Übergangszeit erreicht wird. Es wurde übereingekommen, daß die Streitkräfte während der Übergangsperiode aus der Befreiungsarmee bestehen würden, in die die annehmbaren Elemente der jetzigen rhodesischen Streitkräfte eingegliedert würden." (Presseerklärung der Patriotische Front)

Sie hat während der Verhandlungen den bewaffneten Kampf fortgesetzt und dabei den Kolonialtruppen weitere Schläge versetzt. – (Z-Red.)

Die Bourgeoisie manövriert mit Presse und Fernsehen gegen den Lohnkampf

1. Absicht der Kapitalisten war, die Forderungen gegen die dauernden Lohnsenkungen durch die Arbeiter in der BRD und in Baden-Württemberg im besonderen auf die Forderung von einer „Fünf vor dem Komma" herunterzubringen, die die Gewerkschaften angeblich fordern würden (wobei die Sozialdemokratie schon dazu neigte). Die Kapitalisten selbst wollten 4% geben, ausgehend von der Marke 3,5% der Bundesregierung. Absicht: „Kompromiß" zwischen 4 und 5%. Gleichzeitig sollte der Druckerstreik beendet werden. Von Anfang an haben sie ihre Presse eingesetzt, daß sie ihnen ihre Absicht als Tatsache hinstellt.

ZDF-Nachrichten, 13.3.1978: „Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall wollte eine Lohnerhöhung mit einer Vier vor dem Komma zugestehen, die Gewerkschaft beharrte auf einer Fünf vor dem Komma."

ZDF, 13.3.1978: Thiele, Gesamtmetall: „Sie kennen unsere Auffassung, die wir von Anfang an in dieser Tarifbewegung vertreten haben. Wir haben uns ja denjenigen angeschlossen, die dazu berufen waren, uns einige Ratschläge zu geben. Nämlich diejenigen, die uns gesagt haben, eine Drei vor dem Komma wäre das Optimale."

Werner Mühlbradt, ZDF, 13.3.1978: „Denn die zeitungslose, die schreckliche Zeit darf nicht mehr lange andauern. In der Metallindustrie ist dieser Höhepunkt noch lange nicht erreicht. Streik und Aussperrung werden dort dicht aufeinanderfolgen, jedenfalls in Nordwürttemberg-Nordbaden. Das Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen bleibt noch in Reserve. Es geht um die Vier vor dem Komma oder um eine Fünf vor dem Komma. Die volkswirtschaftliche Vernunft gebietet eher eine Vier im Lohnzuwachs. Doch der Arbeitskampf hat seine eigenen Gesetze."

Gleich zu Beginn des Metalltarifkampfes meldet sich Schmidt mit einem „Appell an die Tarifpartner".

ZDF, 14.3.1978: „Bundeskanzler Schmidt will aber auch jetzt keine Vermittlerrolle in diesem Arbeitskampf übernehmen. Heute abend trifft sich der Bundeskanzler mit dem Vorstand des DGB. Es wird angenommen, daß bei diesem schon lange geplanten Termin jetzt allerdings auch über die Arbeitskämpfe in der Druck- und Metallindustrie gesprochen wird."

Schmidt am 15. März zum Drucktarifkampf: „Und ich appelliere deshalb an die betroffenen Tarifpartner: erstens daß sie den Arbeitskampf einstellen und daß zweitens beide Tarifpartner unmittelbar an den Verhandlungstisch zurückkehren, um ihre Verhandlungen wieder aufzunehmen. Ich bin mir darüber im klaren, daß die Verhandlungsmaterie besonders schwierig ist, aber ich muß darauf aufmerksam machen, daß die Tarifpartner in diesem Wirtschaftszweig nicht nur ihre eigenen sozialen Probleme sehen dürfen, sie tragen auch besondere Verantwortung für die Information aller Bürger unseres Landes. Dieses Informationsrecht hat einen hohen Rang. Und ich muß deshalb erwarten, daß alle Beteiligten diesen Appell genauso ernst nehmen, wie ich ihn meine."

KVZ-EXTRABLATT, 16.3.1978. Schon im letzten Jahr wollten die Metallarbeiter mit den dauernden Lohnsenkungen Schluß machen. Jetzt steht der Streik. Mit ihren 3,5% sind die Kapitalisten auf die einheitliche Ablehnung der Metallarbeiter gestoßen. Das hat sich in den Urabstimmungsergebnissen gezeigt. Die Kapitalisten haben auch mit ihren 4,8%, die sie unter der Hand angeboten haben, keine Spaltungslinie gefunden. Sie werden aber alles daransetzen, doch noch zu spalten. Um so notwendiger, daß sich die Arbeiter darauf einigen, was mindestens erkämpft werden muß. Reichen weniger als 7%? Wie soll das der Masse der Arbeiter einschließlich der Facharbeiter reichen? Es würde kaum für die nächsten Monate reichen. Besser wäre sowieso ein Mindestbetrag von 110 DM, wie er im Nordverbund und in Niedersachsen gefordert wird. Wenn die unteren Lohngruppen nicht bis einschließlich Lohngruppe 3 gestrichen werden, dann bleibt den Kapitalisten immer noch viel zuviel Spielraum für Abgruppierungen. Selbst 7% brächten für eine ganze Reihe von Arbeitern und vor allem von Arbeiterinnen zuwenig. Wird aber die Streikfront nicht von unten gefestigt, dann haben die Kapitalisten große Spaltungsmöglichkeiten; der eine oder andere, der mehr verdient, beginnt nachzurechnen, wenn die Kapitalisten in den Prozenten noch ein bißchen nachgeben, sagen wir bis 5%. Den dauernden Lohnsenkungen kann damit aber kein Riegel vorgeschoben werden. Die Spaltung wird verhindert, wenn man sich jetzt fest zusammenschließt und jedes Angebot unter 7% zurückweist.

2. Die zweite Absicht der Kapitalisten ist dann gewesen, den Streik in Baden-Württemberg wegzubringen von der Frage der Lohnforderung und festzulegen auf die Frage der Abgruppierung. Das diente der Isolierung des Streiks in Baden-Württemberg von der breiten Solidaritätsbewegung und ging einher, daß die Frage der Lohnforderungen auch im übrigen Bundesgebiet weitgehend aus der bürgerlichen Presse verschwand.

ZDF-Nachrichten, 28.3.1978: „Im Tarifkonflikt der Metallindustrie in Nordwürttemberg-Nordbaden wird seit dem Vormittag wieder verhandelt. Bislang gibt es aber keine Anzeichen für eine rasche Einigung. Die Folgen des Arbeitskampfes werden unterdessen auch in anderen Teilen des Bundesgebietes immer spürbarer. Über eine Erhöhung der Löhne und Gehälter wird noch nicht gesprochen. Nach wie vor geht es um die Verdienstabsicherung der Arbeitnehmer bei Rationalisierungsmaßnahmen. Dazu am Nachmittag in einer Verhandlungspause Bezirksleiter Steinkühler von der IG Metall und Heinz Dürr vom Arbeitgeberverband.

Dürr: Wir beide, also die Arbeitgeber und die Gewerkschaften, gehen ja hier ein Thema an, das Wirkung in die Zukunft hat. Das bedeutet die Auswirkungen des technischen Fortschritts in den achtziger Jahren. Und das ist eben deshalb so schwierig."

KVZ-EXTRABLATT, 17.3.1978. Manche denken, die Sicherung gegen Abgruppierung sei das Entscheidende. Sicher, Schutz gegen Abgruppierung ist gut. Aber bedeutet die geforderte Regelung einen Schutz? Gerade die individuelle Sicherung – an sich vernünftig – wird durch die Durchschnittsregelung lebensgefährlich. Beides zusammen läuft darauf raus, daß die Kapitalisten in den unteren Facharbeitergruppen entlassen und dann unten mehr und oben weniger einstellen werden. Beim nächsten Kapitalisten nützt dem Entlassenen dann die Abgruppierungssicherung gar nichts mehr. In der Belegschaft aber wird die Spaltung vorangetrieben. Die Abgruppierungssicherung soll gegen die Folgen der analytischen Arbeitsplatzbewertung sichern. Aber ist die „Analytische" damals von Steinkühler nicht gerade als der Stein der Weisen verkauft worden? Jetzt hat er wieder einen solchen Stein der Weisen befunden. Die Dummen werden nachher die sein, die sich von seinen Allerweltsmittelchen täuschen lassen. Lieber was Handfestes: ausreichenden Tariflohn. Lieber was Einfaches: Verbot der Akkordarbeit. In diesem Streik aber wenigstens 7%.

KVZ-EXTRABLATT, 23.3.1978. Während überall über Abgruppierungssicherung geredet wird – Loderer und Thiele, der Kapitalistensprecher, haben im Fernsehen gestern abend bloß davon geredet – führen die Kapitalisten den Angriff auf die Tariflöhne. Zwischen 4 und 4,9 Prozent könne ein Abschluß nur liegen, hat der Geschäftsführer Kirchner von Gesamtmetall in der Bild-Zeitung gesagt. Die Bild-Zeitung selber hat frech behauptet, es ginge sowieso nur noch um eine Vier oder eine Fünf vor dem Komma. Ein ganzes Trommelfeuer aus verschiedenen Richtungen wird auf die Arbeiter angesetzt, um sie für diese Alternative reif zu schießen.

3. Dieses Manöver ist nicht ganz gelungen. Der Schlichtungsspruch im Norden hat das Konzept der Kapitalisten durchbrochen und war direktes Ergebnis des Kampfes der Arbeiter. Somit war die nächste Absicht, und dabei haben die Sozialdemokraten unter Steinkühler voll mitgezogen, den Abschluß in Baden-Württemberg durchzuziehen mit 5% und der Abgruppierung.

ZDF, 29.3.1978: „Im Tarifkonflikt der Metallindustrie zeichnet sich noch nirgends ein Durchbruch ab. In Niedersachsen gibt es jetzt einen Schlichtungsvorschlag, der Gehälter um 5,3% vorsieht. Von den Arbeitgebern ist dieser Schiedsspruch aber nicht akzeptiert. Die Gewerkschaft will zustimmen. Eine formelle Entscheidung muß allerdings noch von den zuständigen Gremien getroffen werden. In Nordwürttemberg-Nordbaden, also dem Tarifgebiet, das mitten im Arbeitskampf steht, wurden die Verhandlungen nach siebenstündiger Dauer auf morgen vormittag vertagt."

ZDF, 4.4.1978: „IG-Metall-Bezirksleiter Steinkühler sagte, er sei zuversichtlich, daß das Tarifergebnis bei der Urabstimmung am Donnerstag auch von der Basis als Erfolg gewürdigt und nicht als zu leicht befunden werde. Der Abschluß bringe insgesamt 5,5% mehr. Bei der Urabstimmung müssen mindestens 25% der organisierten Arbeitnehmer für eine Annahme und damit für ein Ende des Streiks stimmen."

KVZ-EXTRABLATT, 5.4.1978. Die Kapitalisten haben mit dem Stuttgarter Ergebnis erreicht, was sie erreichen konnten. „Voller Befriedigung" heben sie, wie Dürr sagte, die Aussperrung auf. Die Arbeiter haben nicht erreicht, was sie erreichen können. Sie wollen mit den dauernden Lohnsenkungen Schluß machen. Die Arbeiter haben allen Grund, ihren Streikbeschluß der letzten Urabstimmung in dieser Urabstimmung nicht aufzuheben.

Die Große Tarifkommission hat dem Stuttgarter Ergebnis mit 102 Ja-Stimmen bei 10 Gegenstimmen zugestimmt. Einige Stunden haben Steinkühler und Loderer gebraucht, bis sie die Mitglieder der Großen Tarifkommission in ihrer großen Mehrheit dazu gebracht hatten, die Aufträge abzuschütteln, die sie vielfach von den Streikposten mit auf den Weg bekommen hatten. Was sind die Argumente, die Steinkühler für die Annahme des Ergebnisses vorbringt?

Das erste Argument ist, daß mit dem Stuttgarter Ergebnis die Abgruppierung „ihren Schrecken" verloren hätte. Die IG Metall hatte in §2 ihres Entwurfes gefordert, daß die „festgestellte Eingruppierung" für die „Geltungsdauer des Tarifvertrages garantiert" ist. Wo findet sich dieser Paragraph 2 in dem Stuttgarter Ergebnis? Jetzt ist das Recht der Kapitalisten, abzugruppieren, erneut garantiert und, statt zahlen zu müssen, haben die Kapitalisten dafür bei den Prozenten noch gewonnen.

Das zweite Argument ist, daß die 5% in Wirklichkeit gar keine 5% seien, sondern dank der Pauschale von 411 DM eigentlich 5,5%. Auch das sind keine 7%, welche die Verhandlungen nach Steinkühler, wenn man ihm nach der Urabstimmung und bei Streikbeginn glauben wollte, hätten bringen müssen. Die Rechnung ist aber ein Betrugsmanöver. Ausgangsbasis für den nächsten Tarifkampf ist ein um 5% erhöhter Tariflohn und nicht ein um 5,5% erhöhter Tariflohn. Die Pauschale wird bei den Meisten draufgehen, um Schulden zu zahlen und Löcher zu stopfen, die mit der Ablehnung der gewerkschaftlichen Forderungen vor den Kapitalisten in den Haushalt der Arbeiter gerissen worden sind. Wo werden Steinkühlers 5,5% im Mai geblieben sein?

Mehr Argumente haben Steinkühler und der Hauptvorstand, der das Stuttgarter Ergebnis auf die anderen Tarifbezirke übertragen will, nicht. Der Schlichter in Niedersachsen mit seinen 5,3%, die für die Lohngruppen unter dem Ecklohn als Festgeld ausbezahlt werden sollten, hatte bessere Argumente für seinen Spruch als Steinkühler für sein Verhandlungsergebnis. Der Schlichter in Niedersachsen hatte die Absicht, einen Streik zu spalten und zu verhindern. Steinkühler hatte die Aufgabe, einen Streik in ein Ergebnis umzusetzen. Er kommt in seinem Drang nach Klassenversöhnung die Arbeiter teurer zu stehen als ein Schlichter.

4. Nach dem Abschluß in Baden-Württemberg war die Absicht, die 5% und den Abschluß als Leitlinie für die ganze Bundesrepublik durchzusetzen, möglichst noch darunter, um so möglichst nahe an die ursprüngliche Absicht von 3,5% heranzukommen. Verbunden war das mit tatsächlichen Abschlüssen und Fehlmeldungen über angebliche Abschlüsse, besonders im Norden.

ZDF, 4.4.1978: „In der Metallindustrie setzt sich der 5-Prozent-Abschluß von Nordwürttemberg jetzt in immer mehr Tarifgebieten durch. Heute einigten sich auch die Tarifpartner in Bayern, Niedersachsen und in Norddeutschland auf diese Zahl. Die im Südwesten geltende Verdienstabsicherung wurde allerdings nicht übernommen. Für Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland wird zur Stunde in Frankfurt noch verhandelt. Die Gespräche haben sich am Problem der Verdienstabsicherung festgefahren."

„Hauptgeschäftsführer Kirchner von Gesamtmetall erklärte im Deutschlandfunk, die Metallindustrie stehe in Baden-Württemberg wirtschaftlich besser da als in den anderen Bezirken. Deshalb müsse es auch Abschlüsse unter 5% geben. Besonders schwierig werde es in Nordrhein-Westfalen sein."

KVZ-EXTRABLATT, 12.4.1978. *Wilde Presselügen sollen einen schlechten Lohnabschluß im Nordverbund herbeiführen...* Was schreiben aber die bürgerlichen Zeitungen einheitlich durch die Bank und was bezweckt die Tatsachenverdrehung?

„Die Fünf vor dem Komma wird zur Regel", schreibt die „Frankfurter Allgemeine", das Blatt der Finanzbourgeoisie. Weiter ist zu lesen: „Im sogenannten Nordverbund sind fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt vom 1. März an vereinbart worden." Nichts ist vereinbart worden. Erst wenn die Tarifkommission der IG Metall diesem Vorschlag zustimmt, kann es eine Vereinbarung werden.

Es gibt Leute, die meinen, daß die anderen Blätter „objektiver" berichten. Gar der Bremer „Weser-Kurier"? „5% bestimmen die Metallrunde" prangt auf der Seite 1 als „Aufmacher". „Im Nordverbund sind die fünf Prozent mehr Lohn und Gehalt ab dem 1. März vereinbart worden."

Diese Pressemeldungen sind glatte Lügen. Sie wollen bezwecken, daß das Verhandlungsergebnis als angenommen erscheint. Daß es aber nicht angenommen ist, wissen wir alle.

Die Kapitalisten wollen diese Woche über die Runde kommen. Montag ist dann der 17., vielleicht stimmen dann die vier Tarifkommissionen des Nordverbundes für die 5%, denken die Kapitalisten. Hoffentlich berichtet auch keine Zeitung über den Streik bei VW, grübeln sie dann weiter, da sie sich mit diesem Ergebnis auf der einen Seite nicht zufriedengeben können. Sie wissen genau: Kommt es im Nordverbund wie bei VW zu Streiks und Arbeitsniederlegungen, können schnell 6% oder mehr aus dem Abschluß werden. Das wollen sie nicht.

5. Die Bourgeoisie und ihre Presse beabsichtigte, den Kampf der VW-Arbeiter, die gleich zum Ende des Streiks in Baden-Württemberg in den Kampf getreten sind und schon ein höheres Angebot erzwungen hatten, vollständig zu isolieren durch einfaches Totschweigen. Das ist durchbrochen worden durch den Kampf der VW-Arbeiter.

FLUGBLATT KVZ-EXTRA, MITTE, SÜD, 13.4.78. *VW-Konzern mußte bereits 107 DM mindestens anbieten! Die Lohnbewegung ist überhaupt nicht abgeschlossen.* Vorgestern konnte man im Fernsehen den ersten in den USA produzierten VW Golf aus einer Pappwand herauskommen sehen. Die Arbeiter, die den Golf dort produzieren, sah man nicht. Dafür erfuhr man, daß der amerikanische Finanzminister an der Eröffnungsfeier teilgenommen hat, und man sah, daß Toni Schmücker, der Chef des VW-Konzerns, dort eine Rede hielt. Einen Marktanteil von 5% will sich der VW-Konzern mit Hilfe der neuaufgenommenen Produktion auf dem US-Markt erobern. „Großartig sind Management und Belegschaft des neuen Wolfsburger US-Unternehmens motiviert", behauptet Toni Schmücker gegenüber dem „Handelsblatt". Er wird im Innern an den amerikanischen Bergarbeiterstreik denken und sich so sicher nicht fühlen in der Haut.

In der Basis für seine Expansion, in den bundesdeutschen VW-Werken, steht Schmücker mächtig unter dem Druck der Arbeiterbewegung. Daß in den deutschen Werken des VW-Konzerns in den letzten Tagen täglich Streikaktionen und Demonstrationen durchs Werk stattfinden, um von den Kapitalisten ein akzeptables Angebot zu erzwingen, ist im Fernsehen allerdings nicht berichtet worden.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen dem VW-Konzern und der Tarifkommission der IG Metall hatte diese bereits in der letzten Woche beim Hauptvorstand der IG Metall die Urabstimmung beantragt. Der Hauptvorstand hat den Antrag aufgeschoben, die Arbeiter haben aber angefangen zu streiken. Unter dem Druck der Streiks und Demonstrationen, an denen pro Schicht bis zu 10000 Arbeiter teilgenommen haben, haben die Kapitalisten mit der IG Metall neue Gespräche aufgenommen. Gestern hat die IG Metall in einem Flugblatt über das Angebot berichtet, das der VW-Konzern jetzt machen mußte: 62 Pfennig Festgeld bis einschließlich Lohngruppe 7 E (12,28 DM) und 5 B (12,40 DM). Das sind, den Monat mit 173 Stunden angesetzt, 107,26 DM. Die Lohngruppen über 7 E und 5 B sollen 5% erhalten. Zudem sollen einmalig 150 DM pauschal ausbezahlt werden. Das Festgeld für die unteren Lohngruppen beträgt prozentual zwischen 6,72 und 5,05%. Die VW-Arbeiter haben mit ihren Streiks und Demonstrationen in diesem Tarifkampf einen ersten, wirklich entscheidenden Durchbruch erzielt und ein Angebot erzwungen, das einen Mindestbetrag enthält, der für die unteren Lohngruppen als Festgeld ausgezahlt werden soll. Die Forderung der IG Metall für den Tarifbereich des VW-Konzerns lautet auf 8% und eine Vorweganhebung für die unteren Lohngruppen von 20 bzw. 10 Pfennig. Am Freitag soll die Tarifkommission der IG Metall über Annahme oder Ablehnung des Angebots des VW-Konzerns entscheiden.

6. Schlagartig steigerte die Bourgeoisie die Hetze gegen den VW-Streik, nachdem es ihr nicht gelang, daß die 5% durchbrochen werden und der Kampf erfolgreich. Das ist sowieso schon dahin, das ist sicher.

Braunschweiger Zeitung, 19.4.1978: „Lambsdorff verweist auf Folgen hoher Lohnkosten – Ein hohes Lohnkostenniveau beeinträchtigt nach Ansicht von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff die Entwicklungschancen eines Raums. Daher sollten bei den tarifpolitischen Auseinandersetzungen bei VW auch die regionalwirtschaftlichen Aspekte im Auge behalten werden.

Mit diesen Sätzen kommentiert der Bundeswirtschaftsminister die Zuspitzung des VW-Tarifkonfliktes, wies gleichzeitig aber darauf hin, daß auch diese Auseinandersetzung im Rahmen der Tarifautonomie ausgefochten werden müsse. Graf Lambsdorff sprach auf einer Kundgebung der FDP am Dienstag abend in Braunschweig."

Bild am Sonntag, Ausgabe Hannover, 16.4.1978: „Schlagen Experten Alarm? Biedenkopf: Zu hoch – Professor Kurt Biedenkopf, stellvertretender Vorsitzender der CDU, hat die Tarifabschlüsse gestern heftig kritisiert: Die fünf Prozent bei Metall und die 4,5 Prozent im öffentlichen Dienst sind zu hoch ...

Nach den Metall-Tariferhöhungen der letzten Wochen wird jetzt in den Autowerken hinter verschlossenen Türen fieberhaft über Preiserhöhungen gerechnet. Autos werden wahrscheinlich drei Prozent teurer."

Welt am Sonntag, Ausgabe Hamburg, 15.4.1978: „Neuer Arbeitskampf bei VW. Machtprobe der IG Metall – Wolfsburg ... es droht ein schon nicht mehr erwarteter Streik in der Autoindustrie.

Das vom Arbeitskampf bedrohte Volkswagenwerk ist dem Druck der IG Metall stärker ausgesetzt als jeder andere deutsche Auto-Produzent:

– IG-Metall-Chef Eugen Loderer ist stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei VW;
– die IG Metall hat die Wahl von zwei ihrer Vertrauensleute in den VW-Vorstand durchgesetzt;
– VW hat im letzten Jahr wieder einen Gewinn von einer runden Milliarde Mark gemacht – nach ebenso hohen Verlusten in den Jahren 1974/75;
– VW ist schon durch einen kurzen Streik schwer zu schädigen. Denn: VW lebt vom großen Absatz. Schon eine Woche Streik aber bedeutet einen Produktionsverlust von etwa 40000 Autos;
– VW ist zu 40 Prozent in Staatsbesitz (Bund und Land Niedersachsen). Das macht ein Unternehmen kompromißbereiter. Für mögliche neue Verluste tritt letztlich der Steuerzahler ein. Die VW-Arbeiter haben ihre harte Haltung bereits mit Warnstreiks bekräftigt. Setzen sie sich durch, ist der mühsam errungene Arbeitsfriede in der Metallindustrie erneut in Gefahr. Mit Nachforderungen der Arbeiter in den übrigen Autowerken ist zu rechnen." (Welt am Sonntag, Ausgabe Hamburg, 15.4.1978)

KVZ-EXTRABLATT, MITTE, SÜD, 21.4.1978. Endlich Ruhe an der Metall-Front" hatte das „Handelsblatt" letzte Woche geschrieben. Die Kapitalisten wollen die Früchte der niederen Tarifabschlüsse auf dem Weltmarkt ernten und die Ausbeutung deftig voranbringen. Die Regierung wissen die Kapitalisten dabei auf ihrer Seite. Erst jetzt hat der Graf Lambsdorff namens der Regierung wieder darauf hingewiesen, daß er jeden Abschluß über 4,5% für zu hoch hält. Die Regierung und die hohen Beamten leben schließlich aus den Profiten der Kapitalisten, die den Arbeitern abgepreßt werden. „Tarifkonflikte schwelen weiter", mußte gestern die „Süddeutsche Zeitung" zähneknirschend feststellen. Da gibt es VW, da gibt es Opel, und die Bauarbeiter haben durch Warnstreiks bereits zum Ausdruck gebracht, daß sie sich zum Streik gegen das Kapitalistenangebot von 5% zur Wehr setzen wollen. Wie soll es „Ruhe an der Metall-Front", wie soll es überhaupt Ruhe geben, wenn es Ausbeutung gibt und die Ausbeutung schärfer wird? Vergebliche Hoffnung der Kapitalisten. Schluß mit den dauernden Lohnsenkungen ist die Losung der Arbeiter in ihren gegenwärtigen Kämpfen. Diese Losung wird auch den 1. Mai bestimmen. Der Kampf wird jetzt gegen die Kapitalisten geführt, er bildet aber auch den Inhalt der notwendigen Kämpfe gegen die Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge und der Rentenversicherung, die die Regierung vorbereitet. Die Urabstimmung bei VW erinnert zur rechten Zeit daran, daß mit den verschiedenen Tarifabschlüssen der letzten Tage und Wochen der Kampf überhaupt nicht vorbei ist, sondern sich angesichts der Pläne der Kapitalisten und der Regierung unvermeidlich verschärfen wird. Gerade deshalb finden die VW-Arbeiter soviel Unterstützung. Gerade deshalb werden die Opel-Arbeiter Unterstützung haben und werden die Kämpfe einzelner Abteilungen der Arbeiterklasse zunehmend die Unterstützung aller Arbeiter und Angestellten finden. Es wird den Kampf stärken, wenn den VW-Arbeitern zu ihrem großartigen Urabstimmungsergebnis Glückwünsche geschickt werden, vor allem, daß sie sich durch die bisherigen Abschlüsse nicht entmutigen ließen. Das ist beispielhaft an ihrem Kampf.

– (Z-Red.)

Rentensanierung vor dem 1. und 2. Weltkrieg

1878 – Das Vermögen der Hilfskassen, die sich die Arbeiterklasse selbst geschaffen hatte, beträgt 75 Mio. Reichsmark.

1979 – Der Reichstag beschließt Invalidenversicherungsgesetz (IVG). Altersrente erhielt, wer nach 30 ununterbrochenen Beitragsjahren 71 Jahre alt wurde. Sie betrug 106 bis 191 RM im Jahr. Der bürgerliche Wissenschaftler *Verkauf* kommentierte die Rentenhöhe wie folgt: „ . . . so ist auch erwiesen, daß 38% des Lohnsatzes für die unteren und 14% für die oberen den Hungertod bedeuten . . .“. Und weiter: „der Erwägung, wie sehr die lange Wartefrist die Zahl der Rentenberechtigten vermindern müsse, haben sich die verbündeten Regierungen nicht verschließen können.“

Weil von den Arbeitern sowieso kaum jemand die Altersgrenze erreichte, kamen 92% der Summe aller Renten aus der Invalidenversicherung. Invalidenrente erhielt man nur bei „dauernder Erwerbsunfähigkeit“, was bedeutete, daß man so verschlissen sein mußte, daß man „nicht mehr in der Lage ist, ein Sechstel seines Durchschnittslohnes der letzten fünf Jahre zu verdienen.“ Die Höhe der Invalidenrente betrug 1891 12,6% vom Durchschnittslohn und 1912 14,6%.

Polizeimäßige Kontrolle wollten die Kapitalisten über das lebenslange Rentenquittungsbuch betreiben. Die Art, wie die Marken aufgeklebt waren, sollte dem nächsten Kapitalisten Aufschluß über rebellische, langsame oder kranke Arbeiter geben. Das wurde von der Arbeiterklasse unter Führung der revolutionären Sozialdemokratischen Partei verhindert.

1899 – Das Vermögen der Invalidenversicherung betrug nach den ersten zehn Jahren eine Milliarde RM und wurde durch Rentenkürzungen bis 1914 auf 3,7 Mrd. RM ausgebaut.

1911 – Das Invalidenversicherungsgesetz wird abgelöst von der Reichsversicherungsordnung (RVO) und das Versicherungsgesetz für Angestellte (VfA) neu geschaffen. 25% des Versicherungsvermögens *muß* nun in Staatsanleihen angelegt werden (RVO). Einführung von Wittwen und Waisenrenten – schon Jahre vorher diente diese geplante Einführung als Vorwand für Rentenkürzungen, Erhöhung der indirekten Steuern und Erhöhung der Lebensmittelzölle.

Ziel der Einrichtung einer besonderen Versicherung für Angestellte war es, Techniker, Werkmeister u.a., „die berufen sind, dem Prinzipal (Kapitalist) in der Leitung zu unterstützen und die Arbeiter zu beraten und zu unterstützen“, an die Bourgeoisie zu binden.

Eine Angliederung der Angestellten an die Arbeiterrentenversicherung wurde abgelehnt, „weil die Arbeitskraft der Angestellten in Folge der besseren Lebenshaltung und der verhältnismäßig geringeren körperlichen Anstrengung von längerer Dauer ist. Man würde . . . die Leistungen der Arbeiterversicherung auf Kosten der Angestellten erhöhen.“ (Manes und Königsberger, Seite 102)
Die Altersgrenze war bei den Angestellten das 65. Lebensjahr (bei Arbeitern 70. Lebensjahr); der Begriff der „Berufsunfähigkeit“ wurde für die Angestellten neu eingeführt.

1916 – Während des Krieges wurde die Altersgrenze für Arbeiter von 70 auf 65 Jahre gesenkt. Gleichzeitig war sicher, daß aufgrund der lebensverkürzenden Auswirkungen des imperialistischen Krieges (Blokade – „Steckrübenwinter“) dies keine höheren Kosten verursachen würde. Mittels des Krieges und der Inflation wurde bis 1923 von der Bourgeoisie das in Staatsanleihen angelegte Vermögen der Rentenversicherungen restlos vernichtet. Die Inflationsjahre 1921 bis 23 aus der Berechnung des Steigerungsbetrages der Rente herausgelassen.

Um das Vermögen der Knappschaftlichen Versicherung an die anderen Vermögenserhöhungen anzugleichen, wurde am **5.6.1931** in der Notverordnung verfügt – daß Reichsmittel nur bei Senkung der Leistungen gewährt würden. Dementsprechend wurden von den Versicherungsträgern folgende Kürzungen beschlossen:
– kein Kinder- und Waisengeld in allen Fällen nach dem 15. Lebensjahr
– Ruhen der Invalidenrente, wenn sie mit Renten aus anderen Versicherungen zusammen 8/% des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes übersteigt.

Notverordnung vom **8.12.1931** – Verlängerung der Wartezeit für die Invalidenversicherung auf 250 Beitragswochen (20 % Verlängerung).

– Bezüglich der Kinderzulagen gelten Stiefkinder und Enkel nicht mehr als „Kinder“.
Notverordnung vom **14.6.1932** – Senkung des Grundbetrages der Rentenversicherungen in der Invalidenversicherung von 165 RM auf 84 RM pro Jahr, in der Angestelltenversicherung von 480 RM auf 396 RM.

18.4.1933 – Jegliche Selbstverwaltung wird durch das „Führerprinzip“ ersetzt. Rentenanspruch verfällt bei staatsfeindlicher Betätigung oder bei unehrenhaftem Erreichen der Altersgrenze und Invalidität. Die Raub- und Vernichtungszüge führten bis Ende 1933 zu einer Anhäufung des Vermögens der Angestellten- und Invalidenversicherung auf 3,29 Mrd. RM.

1938 – Das Versicherungsvermögen ist auf 7,4 Mrd. RM angewachsen.

Die Rentenanpassungsgesetze – Ausplünderung, Spaltung und schnellerer Tod für viele Rentner

9. Artikel aus der Serie „Die Geschäfte des Bundesministers für Arbeit und Soziales“

Mit ihrem Arbeitsminister Ehrenberg geht die Bourgeoisie planmäßig daran, das Kapital der Rentenversicherungen (wie der Sozialversicherungen insgesamt) in ungeahnte Höhen zu treiben und für sich nutzbar zu machen.

20. Rentenanpassungsgesetz: 63 Mrd. DM herausgeholt

Die wichtigsten Maßnahmen sind: Verschiebung der Rentenanpassung 1978 auf 1.1.1979, zugleich „Anpassung“ der Renten „an die Entwicklung der Nettoentgelte“ (d.h. der Reallohnabbau soll auch für die Renten durchgesetzt werden); Einfrieren der Kinderzuschüsse für Rentner; Zahlungen an die Krankenversicherungen der Rentner nur noch in Höhe von 11% der Rentenausgaben; Beitragszahlungen der Bundesanstalt für Arbeit an die Rentenversicherung für die Empfänger von Arbeitslosengeld u.a. Das Gesamtvolumen der gekürzten Leistungen für Rentner beziffert der Rentenanpassungsbericht 1977 auf 63 Mrd. DM für den Zeitraum 1977 - 1980, davon allein 31,7 Mrd. DM durch Kürzung der Krankenversorgung der Rentner. 63 Mrd. DM, das ist weit mehr als der Höchststand, den bislang das gesamte Vermögen der gesetzlichen Rentenversicherungen erreicht hat; und das sind rund 70% der gesamten Rentenausgaben des Jahres 1976.

21. Rentenanpassungsgesetz: weitere 33 Mrd. DM

Dieser Raubzug reicht der Bourgeoisie nicht. Ehrenberg ist erneut ausgeschickt worden, und er ist mit dem 21. Rentenanpassungsgesetz (Entwurf) nochmals mit 32,7 Mrd. DM, wie der Gesetzesentwurf vermeldet, fündig geworden. Im einzelnen: Die Renten sollen zum 1.1.89 nur um 4,5% (anstatt wie nach der „dynamischen Rentenanpassung“ um 8,5%, dies sogar ohne Berücksichtigung der verzögerten Anpassung!) steigen; auch in den folgenden Jahren Erhöhung nur um 4%; willkürliche Festlegung der sogenannten „Allgemeinen Bemessungsgrundlage“ der Renten, so daß die Neurenten ebenfalls diesen niedrigen Prozenterhöhungen folgen; Erhöhung des Beitragssatzes von 18 auf 18,5% ab 1.1.1981; Einführung eines Krankenversicherungsbeitrags der Rentner ab 1982; diese Beiträge muß jeder Rentner individuell zahlen (angeblich erhält er dafür eine „Ausgleichszahlung“); Senkung der Einkommensgrenzen für Sozialversicherungs-, also beitragspflichtige, Tätigkeiten u.a.

Fazit: Das Gesamtvolumen der Einsparungen durch die beiden Gesetze beträgt nach Ehrenbergs eigenen Angaben von 1977 – 1982 ca. 100 Mrd. DM, mehr als das Doppelte des bisherigen Höchststandes des gesamten Rentenvermögens.

1967 sollten ursprünglich die Zahlungen der Rentenversicherung (RV) an die Krankenversicherung der Rentner (KVdR) 11% des Rentenvolumens betragen. Dies sollte zum damaligen Zeitpunkt dazu führen, daß die Rentenversicherung 80% und die Krankenversicherung der Rentner 20% der tatsächlich anfallenden Krankenkosten für die Rentner trägt. Tatsächlich stiegen die Aufwendungen für die Krankenversorgung der Renter – nicht zuletzt aufgrund des schnelleren Verschleißes der verschärft ausgebeuteten Arbeitskraft – schneller, so daß sie mit dem Satz von 11% nicht zu bestreiten waren. Zwischen 1971 und 1976 wurden über den 11%-Zuschuß hinaus rund 16 Mrd. von der Rentenversicherung an die Krankenversicherung der Rentner gezahlt. 1977 hätte dieser Beitrag bereits 5,8 Mrd. DM betragen müssen. Man vergleiche damit den Beitrag, der allein durch das 20. Rentenanpassungsgesetz für die Krankenversorgung der Rentner eingespart werden soll: 31,7 Mrd. DM in vier Jahren! Klar ist: Schlägt dieser ungeheure Entzug von Finanzmitteln zur Krankenversorgung der Rentner voll auf die einzelnen kranken Rentner durch, werden die „Rentenwegfälle“ – wie die Bourgeoisie den erfolgreich vollbrachten Tod von Rentnern nennt – sprunghaft in die Höhe schnellen. Mit den geplanten 11%-Beiträgen der Rentner selbst „können die Krankenkassen zur Zeit etwa die Hälfte (!) ihrer Leistungsaufwendungen für die Krankenversicherung der Rentner decken.“ (Bundesarbeitsblatt, 3/78, S. 82)

Damit dieses Programm nicht mit einem Schlag, sondern schleichend greift, wird über das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz der Leistungsentzug auf alle Krankenversicherten verallgemeinert und werden gleichzeitig Beitragserhöhungen in der Krankenversicherung durchgesetzt. Dennoch bleiben die Rentner am stärksten betroffen. Erste Erfolge des Programms vermeldet die „FAZ“ am 8.12.77: „In den ersten drei Vierteljahren von 1977 . . . hat sich die Zuwachsrate bei den Ausgaben in der allgemeinen Krankenversicherung auf 4,9% verringert (1976: 8,1%, 1975: 19,7%) . . . Dabei ist bemerkenswert, daß die Arzneikosten in der Krankenversicherung für Rentner nur noch um 0,4% gestiegen sind. Dies geht auf die Entwicklung im 3. Quartal zurück, in dem ein Rückgang (!) um 10,7% zu verzeichnen war.“

Seine volle Schärfe wird das Programm erst in den kommenden Jahren entwickeln, und zwar von zwei Seiten: einmal durch den Entzug der lebensnotwendigen Krankenversorgung und zum anderen durch die reale Kürzung der Renten. Errechnet man, wie hoch eine „Musterrente“ (45 Versicherungsjahre, Altersruhegeld von 1014 DM/Monat in 1977) nach altem Recht (vor dem 20. und 21. Rentenanpassungsgesetz) sein wird und wie hoch sie danach sein wird, so ergibt sich eine Gesamtdifferenz von 4680 DM

Spaltungsmanöver und ihre materielle Grundlage

Um ihr Programm durchsetzen zu können, muß die Bourgeoisie spalten: die Rentner untereinander und die Rentner von den lohnabhängigen Massen. Diese Spaltungsmanöver finden im bestehenden Rentenversicherungssystem Grundlagen, es wurde gerade so von der Bourgeoisie aufgebaut. Die Spaltung des Lohngefüges potenziert sich durch die Rentenformel für die Rentner. Durch die Rentenreform von 1957 hat sich ergeben, „daß die Renten viel breiter gestreut sein werden als früher“, schreibt W. Albers, ein bürgerlicher Professor (Heidelberg) im „Finanzarchiv“ (1957/58, S.61). Zur Spaltung durch das Lohngefüge kommt die unterschiedliche Anzahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre hinzu, von denen die Rentenhöhe abhängt. Tatsächlich hat derjenige, der wenige solcher Versicherungsjahre aufweist, fast immer auch einen absolut und *relativ* niedrigeren Lohn gehabt (RAB 1978, S. 69). Die ungleiche Einkommensverteilung, wie sie von der bürgerlichen Statistik gemessen wird, ist bei den Rentnerhaushalten seit der Rentenreform durchweg größer gewesen als bei anderen Haushalten.

Weiterhin gibt es eine Reihe systematisch wirkender Umverteilungen zugunsten der höheren Einkommensschichten in der Rentenversicherung. Es werden z.B. nur die Arbeitseinkommen „aus der die Versicherung begründenden Beschäftigung“ zur Beitragsbemessung herangezogen (RVO, § 1385). So bleiben etwa Besitzeinkommen (z.B. aus Aktien) bei höheren Angestellten beitragsfrei. Weiter: Das Einkommen wird nur bis zur sogenannten Beitragsbemessungsgrenze (BBG) zur Berechnung der – scheinbar für alle nach dem selben Prozentsatz erhobenen – Beiträge herangezogen. Die Folge ist, daß die Belastung mit Beiträgen mit wachsendem Einkommen immer geringer wird. 1973 war das Einkommen nach Berechungen des Statistischen Bundesamtes bei „4-Personenarbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen“ 11,2%, jedoch bei „4-Personenhaushalten von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen“ nur 3,4%.

Die materielle Lage von Rentenhaushalten

Von den 1295700 männlichen Arbeitern, die 1976 Altersruhegeld wegen Vollendung des 65. Lebensjahres erhielten, betrug für 61,1 % die Höhe der Rente durchschnittlich ca. 725 DM monatlich. (Für 50 % nur 625 DM)
Weil das zum Leben nicht reicht, vor allem, wenn man einbezieht, daß die Mehrheit noch ihre Frauen mit unterhalten, ist klar, daß sich das tatsächliche Einkommen in der Regel noch aus anderen Einkünften zusammensetzen muß. Etwa aus Hilfen durch Angehörige, bestimmte Beihilfen oder aus Lohnarbeit, zu der der alte Arbeiter auch nach 65 noch gezwungen ist.

Trotzdem kann man davon ausgehen, daß diese Rentner und ihre Frauen dem Haushaltstyp (HT) I: „Zwei Personenhaushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit monatlichem Einkommen unter 1100 DM“ (Vergleich Statistisches Jahrbuch 1977) zuzurechnen sind. Die Untersuchung der Lebensbedingungen in diesen Haushalten ergibt für 1976: ausgabefähiges Einkommen 1008,86 DM, Ausgaben für privaten Verbrauch (d.h. abzüglich Steuern, Versicherungen etc.) 877 DM, Ausgaben für Nahrungsmittel 283,50 DM. Das sind pro Tag pro Person 4,71 DM.

Wie jede Erhöhung der Mieten und Gebühren für Strom, Gas etc. auf sämtliche Lebensbedingungen, vor allem auf die Ernährung in diesen Haushalten durchschlägt zeigt folgende Tabelle:

	1976 4. Quart.	1977 1. Quart.
Nahrungsmittel	300,76	262,80
Genußmittel	66,78	52,85
Kleidung	67,37	60,00
Miete	202,02	207,49
Strom/Gas	70,39	85,70
Haushaltsgüter	77,94	61,60
Verkehr	45,64	42,22
Gesundheitspflege	33,26	33,01
Bildung/ Unterhaltung	50,19	42,38
pers. Ausst. Sonstiges	13,00	8,00

Diese Ausplünderungsmaßnahmen treffen vorangig die ärmsten Teile des Volkes, denn der prozentuale Anteil der Ausgaben für den Lebensmittelposten an den Gesamtausgaben betrug hier 30,3 %. Im Vergleich dazu der Haushaltstyp III: „Vier Personen, Einkommen mindestens 3200 DM“, hier waren es entsprechend 19,2 %.

Bekannt ist die Ideologie, die die Bourgeoisie verbreitet, von den Rentnermassen, die sich in den Wintermonaten ein schönes Leben auf Mallorca machen. Tatsache ist: 1976 haben überhaupt nur 36,8 % dieser Haushalte eine Urlaubsreise unternehmen können. Durchschnittlich haben diese 36,8 % im Jahr dafür 657 DM (zwei Personen) ausgegeben. (Vergleich HT III, hier waren es 86,2 %)
Deutlich wird an diesen wenigen Zahlen schon, was diese Rentner erwartet, wenn die weiteren Pläne der Regierung zur Rentenkürzung zuschlagen.

Aufgrund der Lohnsteuerstatistik von 1974 läßt sich schätzen, daß durch die Beitragsbemessungsgrenzen den hohen Einkommen mindestens 15% der gesamten Beitragseinnahmen der Rentenversicherung geschenkt wird. So werden die hohen Einkommen – über der Beitragsbemessungsgrenze, die jetzt bei 3700 DM/Monat liegt – systematisch geschmiert. Durch die Rentenberechnung setzt sich dieser Prozeß fort. Bei diesen hohen Einkommen *steigt* das Verhältnis von Rente zu eingezahlten Beiträgen immer mehr an! Ein Versicherter, der z.B. 40 Jahre stets den Durchschnittslohn aller Versicherten erhalten und davon Beiträge gezahlt hat, bekäme 1977 ein Altersruhegeld von etwa 1008 DM/Monat. Ein Versicherter, der demgegenüber immer das Doppelte verdient hätte, bekäme zwar die doppelte Rente, hätte aber nur 160% der Beiträge gezahlt. Ein Versicherter, der schließlich immer das Dreifache des Durchschnitts an Einkommen (ohne Besitzeinkommen!) gehabt hat, zahlte ebenfalls nur 160%, bekäme jedoch unter sonst gleichen Bedingungen eine Rente von 2540 DM/Monat, also 524 DM ohne Beitragsleistung. Tatsächlich haben die Haushalte mit niedrigem Einkommen nach Verrechnung aller Steuern und Beiträge einerseits und Geldleistungen aus der Sozialversicherung andererseits *mehr Nettoabzüge* als die Haushalte mit hohem Einkommen. (Vgl. Kommunismus und Klassenkampf, 7/77)

Ähnliche Betrugsmanöver startet die Bourgeoisie bei der Berechung des „Rentenniveaus“. Gemessen am durchschnittlichen Nettolohn liegt es 1976 bei 63,3%. Aber zugrunde liegt die „theoretische Durchschnittsrente“, das Rentenniveau der wirklichen Durchschittsrente liegt bei 45% in der Arbeiterrentenversicherung.

In der Sparte der Berufsunfähigkeitsrenten liegen etwa 95% der Männer und 99,9% der Frauen unter der „theoretischen Durchschnittsrente“, mit der die Bourgeoisie ideologisch operiert. Ein weiterer Punkt, der das wirkliche Rentenniveau verschleiert ist: durch spezifische Ausweitung des Kreises der Versicherten in der Rentenversicherung ist das Durchschnittseinkommen *der Versicherten* nominell durchaus schneller gestiegen als etwa der Durchschnittslohn der Industriearbeiter; wer also als Industriearbeiter stets „durchschnittlich verdient“ hat, bekommt noch lange nicht die Durchschnittsrente, wie sie sich nach der Rentenformel berechnet; wir schätzen, daß er etwa 90 - 95% bekommt.

Welche Pläne hegt die Bourgeoisie?

Die Maßnahmen des 20. und 21. Rentenanpassungsgesetzes zielen darauf, das Vermögen der Rentenversicherung in ungeahnte Höhen zu treiben. Das ist in der Langzeitwirkung der Sanierungspläne enthalten. Im Rentenanpassungsbericht 1978 hat die Bourgeoisie sich das vorrechnen lassen. Dort wird die „Schwankungsreserve“ – so nennt sie neuerdings das aus den Lohngeldern aufgeschatzte Vermögen – in mehreren Alternativrechnungen bis 1992 vorausgeschätzt. Angenommen wird, daß der Beschäftigungsstand um 0,5%, 0,3% oder 0,1% jährlich ansteigt (also keineswegs Abbau der Arbeitslosigkeit) und daß Lohnerhöhungen von 5, 6% oder 7% vorgenommen werden. So ergeben sich neun Kombinationsmöglichkeiten und für jede eine „Prognose“. In der Öffentlichkeit hat die Bourgeoisie hauptsächlich mit den „Horrorzahlen“ (Der Spiegel) gearbeitet: etwa der Kombination 0,1%/5%. Dabei ergibt sich eine rechnerische „Schwankungsreserve“ von minus 55,3 Mrd. DM. Steigen indessen die Löhne um 1% bzw. 2% mehr, so ergibt sich schon ein ganz anderes Bild: plus 46,9 Mrd. DM bzw. plus 163,1 Mrd. DM ist dann das Vermögen 1992.

Die Bourgeoisie selbst geht in ihrer „Mittelfristigen Finanzplanung“ von einer durchschnittlichen Lohnsteigerungsrate von 6,2% aus (RAB, 1978, S. 41). Nimmt man also diese Modellrechnungen nicht als Spielereien, sondern als strategische Planungen der Bourgeoisie, und rechnet man mit ihren eigenen Zahlen, so kommt man schon auf eine gewaltige Kriegskasse, die sie sich aus der Rentenversicherung beschaffen will. Tatsächlich hat die Bourgeoisie schon im 21. Rentenanpassungsgesetz eine „Risikoabsicherungsklausel“ vorgesehen, d.h. die Möglichkeit *weiterer* Rentenkürzungen bei „unvorhergesehener Verschlechterung der Wirtschaftsentwicklung gegenüber den mittelfristigen Annahmen der Bundesregierung“. Das erhellt ihre Planungen.

Und ein weiteres zeigen die genannten Modellrechnungen jedenfalls noch: die zentrale Bedeutung des Lohnkampfes, um das Lebensniveau der ganzen Klasse, einschließlich ihrer alten Klassenbrüder, der Rentner, zu halten, und zugleich, daß dieser Kampf mit der Durchsetzung der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen verbunden werden *muß*. Sonst lieferte der erfolgreiche Lohnkampf der Bourgeoisie bloß eine weitere Aufschatzung ihrer aus Lohngeldern geraubten Kriegskasse. – (GUV Münsterland/Emsland)

In der nächsten KVZ:
Transfer-Enquete – Unter dem Deckmantel des „Abbaus von Privilegien“ und des „sozialen Ausgleichs“ – weiter Bestandteile des Arbeiterlohns zur Verfügung der Kapitalisten.